



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

Erwerbstätigkeit von Müttern in Österreich und Frankreich im
Vergleich: Soziokulturelle Prägungen auf nationaler und
regionaler Ebene

verfasst von / submitted by

Anna Teresa Kohlbauer

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Naturwissenschaften (Mag.^a rer. nat.)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 347 456

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Französisch,
UF Geographie und Wirtschaftskunde

Betreut von / Supervisor:

Ass.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elisabeth Aufhauser

Erklärung

Hiermit versichere ich,

- dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, am

Kurzfassung

In den vergangenen Jahrzehnten wurden Veränderungen der demographischen Gegebenheiten in den Staaten Europas sichtbar und unter dem Konzept des zweiten demographischen Übergangs vorgestellt. Die verschiedenen Gendersysteme spielen dabei in Hinblick auf die unterschiedlichen Entwicklungen der Erwerbstätigkeit von Müttern, die ebenso einen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung mit sich zieht, eine wesentliche Rolle. Die vorliegende Diplomarbeit widmet sich soziokulturellen Prägungen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern auf nationaler und regionaler Ebene in Österreich und Frankreich. Auf der Grundlage des Generations and Gender Surveys wird die Einstellung der Bevölkerung gegenüber erwerbstätigen Müttern auf NUTS-3 Ebene in zwei ausgewählten Regionen in den beiden Ländern analysiert und im Zuge dessen untersucht, ob innerhalb der nationalen Prägungen auch regionale Unterschiede vorherrschen. Geographische Differenzierungen werden dabei in Bezug auf Variablen des zweiten demographischen Übergangs wie der totalen Fertilitätsrate, dem durchschnittlichen Alter bei Geburt des ersten Kindes und der Unehelichenquote unter die Lupe genommen, wobei gleichstellungliberale Auffassungen mit einer fortschrittlicheren Stellung im zweiten demographischen Übergang gegenübergestellt werden.

Abstract

Over the last decades, demographic change became visible in the European states and was introduced through the concept of the second demographic transition. The various gender equality policies play a vital role in the development of mothers' employment, which impacts the demographic development. This diploma thesis studies sociocultural influences on a national as well as on a regional scale in Austria and France regarding the employment of mothers of pre-school children. Based on the Generations and Gender Programme, the population's attitudes towards maternal employment are analysed in a selected NUTS-3 region in each of the respective countries. In addition, the study examines the prevalence of regional differences within these national characteristics. Geographical distinctions are studied carefully regarding the variables of the second demographic transition such as the total fertility rate, the mean age of the mother at the birth of her first child and the percentage of non-marital births, whereby attitudes liberal towards equality are confronted with a progressive stance in the second demographic transition.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	V
Tabellenverzeichnis.....	VI
Abkürzungen	VI
1. Einleitung.....	1
1.1. Aufbau der Arbeit.....	3
1.2. Forschungsfrage und Hypothesen	4
1.3. Methodische Vorgangsweise.....	5
2. Gendersysteme im Wandel der Zeit.....	7
2.1. Der erste und zweite demographische Übergang	7
2.2. Die europäischen Gendersysteme	11
2.2.1. Geographische Unterschiede in Bezug auf das Hausfrauen- und das Ernährermodell	14
2.2.2. Vom Alleinverdiener- zum Doppelversorgermodell.....	16
2.3. Die Rolle der Frau – zwischen Mutterschaft und Erwerbstätigkeit	20
2.3.1. Klassifikation weiblicher Lebensweisen	21
2.3.2. Die Aufschubsthese oder das Verschieben des Alters bei Geburt des ersten Kindes	22
2.4. Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Arbeitswelt	23
2.4.1. Ungleichheiten in unbezahlter Arbeit.....	25
2.4.2. Work-Life bzw. Work-Work-Life-Balance.....	26
2.5. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.....	27
2.6. Das Framework zu den vorgestellten Faktoren.....	29
3. Unterschiede auf nationaler Ebene	31
3.1. Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsstaat und kulturellen Unterschieden.....	32
3.2. Unterschiede im institutionellen Kontext.....	35

3.2.1. Die Familienpolitik im Vergleich.....	35
3.2.2. Unterschiede bezüglich der Familienleistungen.....	37
3.3. Der Arbeitsmarkt in Frankreich und Österreich -	
Erwerbsquoten von Frauen im Wandel der Zeit.....	40
3.3.1. Das Barcelona-Ziel der Europäischen Union.....	42
3.3.2. Beschäftigungsstrukturen von Frauen im Vergleich.....	43
4. Unterschiede auf regionaler Ebene	46
4.1. Regionale Varianz in Österreich	47
4.1.1. Geographische Grundzüge des Betreuungssektors in Österreich.....	48
4.1.2. Erwerbstätigkeit von Müttern innerhalb Österreichs	51
4.1.3. Kurzcharakteristik der Stadt Graz und der umliegenden steiermärkischen Regionen.....	51
4.2. Regionale Varianz in Frankreich.....	52
4.2.1. Geographische Grundzüge des Betreuungssektors in Frankreich.....	54
4.2.2. Erwerbstätigkeit von Müttern innerhalb Frankreichs.....	55
4.2.3. Kurzcharakteristik der Stadt Toulouse und der umliegenden Regionen.....	56
5. Zwischenfazit der soziokulturellen Forschungsperspektive	57
6. Nationale und regionale Prägungen der Erwerbstätigkeit von Müttern.....	59
6.1. Akzeptanz gegenüber der Erwerbstätigkeit von Müttern.....	60
6.1.1. Einstellungen zur mütterlichen Erwerbstätigkeit in Österreich.....	61
6.1.2. Auffassungen der mütterlichen Erwerbstätigkeit in Frankreich.....	64
6.1.3. Die Ansichten zur mütterlichen Erwerbstätigkeit im nationalen Vergleich.....	67
6.2. Zusammenhänge mit den Variablen des zweiten demographischen Übergangs auf nationaler Ebene	69
6.2.1. Die totale Fertilitätsrate	70
6.2.2. Das durchschnittliches Alter der Frau bei Geburt ihres Kindes.....	72
6.2.3. Der Prozentsatz der unehelich geborenen Kinder	74
6.2.4. Vergleich zwischen Österreich und Frankreich auf nationaler Ebene	76

6.3. Vergleich auf regionaler Ebene in Österreich und Frankreich.....	77
6.3.1. Steiermark mit der Hauptstadt Graz	78
6.3.2. Okzitanien mit der Hauptstadt Toulouse	83
6.3.3. Vergleich der beiden ausgewählten Regionen in Österreich und Frankreich	89
7. Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerung	90
8. Fazit und Ausblick	91
Literaturverzeichnis	93
Anhang	100

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Der erste und zweite demographische Übergang	8
Abbildung 2: Nationale Geschlechterverträge in Europa	15
Abbildung 3: „Women are less willing than men to make a career for themselves.“	24
Abbildung 4: Die wichtigsten Komponenten, die mit der TFR korrelieren	30
Abbildung 5: Betreuungsquoten von Kindern unter drei Jahren 2011/12	49
Abbildung 6: Anzahl der Kinder pro Frau in den Regionen Frankreichs im Jahr 2009 ..	53
Abbildung 7: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Österreich	62
Abbildung 8: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in der Steiermark	63
Abbildung 9: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Frankreich	65
Abbildung 10: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Okzitanien	66
Abbildung 11: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Österreich und Frankreich	67
Abbildung 12: Zusammenhang liberale Einstellung und TFR in Österreich	70
Abbildung 13: Zusammenhang liberale Einstellung und TFR in Frankreich	71
Abbildung 14: Zusammenhang liberale Einstellung und Fertilitätsalter in Österreich ..	72
Abbildung 15: Zusammenhang liberale Einstellung und Fertilitätsalter in Frankreich ..	73
Abbildung 16: Zusammenhang liberale Einstellung und Unehelichenquote in Österreich	74
Abbildung 17: Zusammenhang liberale Einstellung und Unehelichenquote in Frankreich	75
Abbildung 18: Karte der TFR in der Steiermark	78
Abbildung 19: Zusammenhang liberale Einstellung und Fertilitätsalter in der Steiermark	79
Abbildung 20: Karte des durchschnittlichen Fertilitätsalters in der Steiermark	80
Abbildung 21: Zusammenhang liberale Einstellung und Unehelichenquote in der Steiermark	81
Abbildung 22: Karte der UEQ in der Steiermark	82
Abbildung 23: Zusammenhang liberale Einstellung und TFR in Okzitanien	83
Abbildung 24: Karte der TFR in Okzitanien	84
Abbildung 25: Zusammenhang liberale Einstellung und Fertilitätsalter in Okzitanien ..	85
Abbildung 26: Karte des durchschnittlichen Fertilitätsalter in Okzitanien	86

Abbildung 27: Zusammenhang liberale Einstellung und Unehelichenquote in Okzitanien	87
Abbildung 28: Karte der UEQ in Okzitanien	88

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Modernisierungspfade auf Ebene der Geschlechterkultur	17
Tabelle 2: Anteile der formellen Kinderbetreuung über 30 Stunden nach Altersklassen in Österreich und Frankreich 2014	38
Tabelle 3: Erwerbstätigenrate von Personen zwischen 20 und 49 Jahren mit einem Kind unter sechs Jahren in Österreich und Frankreich 2015.....	42
Tabelle 4: Anteil der teilzeitbeschäftigten Personen zwischen 20 und 49 Jahren mit einem Kind unter sechs Jahren in Österreich und Frankreich 2015.....	42

Abkürzungen

BIP = Bruttoinlandsprodukt (Engl. GDP)

DOM = Départements d’outre mer (französischen Überseegebiete)

FA = Fertilitätsalter

FDT = First Demographic Transition (der erste demographische Übergang)

GGs = Generations and Gender Survey

INSEE = Institut national de la statistique et des études économiques (Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien in Frankreich)

KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

MEM = Mehrebenenmodell

SDT = Second Demographic Transition (der zweite demographische Übergang)

TFR = Totale Fertilitätsrate

UEQ = Unehelichenquote

1. Einleitung

Der demographische Wandel lässt sich im Hinblick auf eine Vielzahl veränderlicher Merkmale in den europäischen Staaten untersuchen. Nicht nur die Altersstruktur befindet sich stark im Umbruch, auch die rückläufige Geburtenhäufigkeit ist neben der zunehmenden Migration ein wesentlicher Bestandteil der heutigen Gesellschaft. Gleichzeitig lassen sich Veränderungen in der Familienstruktur beobachten. Die Europäische Kommission nennt in einem Strategiepapier als ersten Punkt zur Bewältigung dieses Wandels die „Förderung der demografischen Erneuerung in Europa durch Schaffung besserer Bedingungen für Familien“, wobei „Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ Priorität haben. (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2009: 8). Letzteres, nämlich die Vereinbarung von Beruf und Familie, stellt sich vor allem für Mütter oft als schwierig dar und ist ein zentraler Grund für ein Sinken der Geburtenrate.

Da Frauen Kinder gebären, erscheint es logisch, dass deren Berufskarriere von der Familienplanung mehr beeinflusst wird als die von Männern. In vielen Ländern wird die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern jedoch durch die Mutterschaft zusätzlich vergrößert, da Frauen nach der Geburt nicht mehr vollständig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dass diese Kluft nicht so stark ausgeprägt sein müsste, zeigt der Vergleich zweier Länder, die im Laufe der Zeit eine konträre Einstellung „von der gesellschaftlichen Rolle der Frau und vom Status der Mutter entwickelt“ haben (BADINTER 2010: 9). Frankreich verzeichnet eine der höchsten Geburtenraten in der Europäischen Union. Gleichzeitig sind die französischen Mütter viel schneller wieder erwerbstätig als in vielen anderen Ländern und arbeiten darüber hinaus auch mit Kindern, wenn eine Erwerbstätigkeit besteht, meistens in Vollzeit. Im Gegensatz dazu kann in Österreich ein kontinuierliches Sinken der Geburtenrate beobachtet werden, und Mütter sind nach der Geburt von Kindern viel häufiger teilzeitbeschäftigt. So wie es auch der zweite demographische Übergang prophezeit, bekommen Frauen in den westlichen Industrieländern immer weniger Kinder. (vgl. VAN DE KAA 2002: 2) Die fortschreitende Stellung eines Staates im zweiten demographischen Übergang wird dabei oftmals als tolerante Haltung der Bevölkerung gegenüber der Beschäftigung von Müttern und als fortschrittliche Familienpolitik des Landes interpretiert. Auch ANXO et al. (2011: 161) merken an, dass sich eine niedrigere Geburtenrate in den europäischen Ländern in den meisten Fällen mit einem weniger gleichberechtigten Genderregime erklären lässt.

Natürlich muss die Erwerbstätigkeit von Müttern immer in Verbindung mit dem politischen, sozialen, wirtschaftlichen und auch kulturellen Kontext des jeweiligen Landes gesehen werden. Neben den nationalen Unterschieden, die aus der Literatur deutlich hervorgehen, stellt sich jedoch die Frage, ob es innerhalb der ausgewählten Länder auch zu Unterschieden auf regionaler Ebene kommt. Es gilt zu ergründen, ob Differenzierungen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern zwischen ländlichen und städtischen Regionen vorherrschen und überdies, wie stark diese ausgeprägt sind.

Unter dem Schlagwort „regretting motherhood“ versteht man das Phänomen des „Bereuens der Mutterschaft“, das vor allem im deutschsprachigen Raum diskutiert wird. (vgl. CALLA 2016) Die Erwerbstätigkeit von Frauen scheint dabei von großer Bedeutung und auch der Staat nimmt mit seinen familienpolitischen Maßnahmen eine leitende Rolle ein. Damit es nicht zum Fall des Bereuens kommt, muss Platz für die Individualität der Mütter geschaffen werden und gleichzeitig auf ihre persönlichen Bedürfnisse eingegangen werden. Dies gelingt mit der Erwerbstätigkeit, da sie Frauen mehr Eigenständigkeit bringt. Eine attraktiver gestaltete Mutterschaft trägt außerdem wesentlich zu einem Umdenken der Gesellschaft bei und fördert das Ansteigen der totalen Fertilitätsrate. Gesellschaftliche Besonderheiten und kulturell geprägte Auffassungen hinsichtlich der Kindererziehung fördern das beschriebene Phänomen der bereuenden Mutter, das im Gegensatz zum deutschsprachigen Raum, in Frankreich keinen Widerhall findet. Die deutsch-französische Journalistin CÉCILE CALLA (2015: 1) betont außerdem: „Das Wort ‚Rabenmutter‘ gibt es auf Französisch nicht“. Die Elternschaft ist keineswegs einfacher in Frankreich. Der große Unterschied liegt darin, scheitern zu dürfen und nicht immerzu eine perfekte Mutter oder ein perfekter Vater sein zu müssen. „Erwartungen und Anforderungen der Gesellschaft gegenüber den Müttern sind schlicht nicht so hoch“. (ebd. 2) Eine deutsche Studie des BUNDESINSTITUTS FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (2012) zeigt überdies, dass sich viele Paare die Verantwortung ein Kind zu bekommen nicht mehr zutrauen. So heißt es in einem Artikel „Lieber kinderlos als ‚Rabenmutter‘“, wobei die AutorInnen der Studie noch einen Schritt weitergehen und die staatlichen Anreize weitgehend in Frage stellen: geht es nicht zunehmend um die Akzeptanz gegenüber erwerbstätigen Müttern und um die Einstellung der Gesellschaft, zumal die finanziellen Mittel des Staates wenig erreichen? (vgl. GAULHOFER und WEISER 2012: 1) Man könnte meinen, dass eigene kulturelle Prägungen vorherrschend sind. Zusätzlich gibt es nur wenige so heftig diskutierte Themen im sozialen Umfeld, wie das der perfekten Kindererziehung und der entsprechenden Elternschaft.

1.1. Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Diplomarbeit besteht aus zwei Hauptteilen, nämlich einem theoretischen und einem empirischen Teil. Die theoretische Einführung in das Thema setzt sich aus vier Abschnitten zusammen: Der erste Abschnitt dient als Einleitung und Hinführung zum Thema. Dabei werden neben der Forschungsfrage auch die dazugehörigen Hypothesen geklärt und vorgestellt. Darüber hinaus wird die methodische Vorgangsweise genauer erläutert und Hinweise zu den verwendeten Daten gegeben.

Der zweite Abschnitt gibt Einblick in die verschiedenen Gendersysteme im Wandel der Zeit. Hierbei werden wesentliche Entwicklungen hinsichtlich der totalen Fertilitätsrate mit Hilfe von fünf Faktoren erklärt und dazu Theorien unterschiedlicher Autorinnen und Autoren bzw. Forschungsbereiche für die Untersuchung herangezogen. Technische, historische und politisch-institutionelle, gesellschaftliche, ökonomische und familienpolitische Komponenten spielen dabei eine bedeutende Rolle und werden abschließend in einem für diese Arbeit konzipierten Modell zusammenfassend dargestellt.

Der dritte und vierte Abschnitt der Arbeit ist dem Vergleich zwischen Österreich und Frankreich gewidmet. Zunächst erfolgt eine Analyse auf nationaler Ebene, bevor soziokulturelle Prägungen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern auf regionaler Ebene untersucht werden. Es gilt dabei, neben den kulturellen Unterschieden auch auf (familien-)politische Unterschiede Bezug zu nehmen, um auf die Erwerbstätigkeit von Müttern näher eingehen zu können. Erst danach wird das Augenmerk auf regionale Unterschiede gelenkt, wobei dafür zwei spezifische Regionen in den beiden ausgewählten Ländern vorgestellt werden.

Aufbauend auf den theoretischen Überlegungen und der Darstellung der nationalstaatlichen Unterschiede zwischen Frankreich und Österreich, bezieht sich der empirische Teil auf die dargelegten Ansätze und nimmt ebenso Bezug auf innerstaatliche Differenzierungen. Dabei werden Zusammenhänge zwischen der Auffassung der Gesellschaft über die Erwerbstätigkeit von Müttern und den erklärenden Variablen des zweiten demographischen Übergangs wie die totale Fertilitätsrate, die Unehelichenquote oder das Alter der Mutter bei Geburt des ersten Kindes hergestellt. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht somit die Einstellung der Bevölkerung zur mütterlichen Erwerbstätigkeit, die dann mit dem zweiten demographischen Übergang in Verbindung gebracht wird. Eine liberalere Einstellung müsste gemäß der theoretischen Ansätze eine fortschrittliche Stellung im zweiten demographischen Übergang bedeuten. Ob diese Merkmale in Wechselbeziehung zueinander stehen, wird im empirischen Teil untersucht.

1.2. Forschungsfrage und Hypothesen

Die Fragestellung der Diplomarbeit lautet: Herrschen innerhalb der nationalen Prägungen in Österreich und Frankreich auch regionale Unterschiede vor, wenn es um die Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern geht?

Die Hauptzielsetzung der Diplomarbeit ist es, nationale und regionale Prägungen in den ausgewählten Ländern gegenüberzustellen. Dabei werden nationale Unterschiede bezüglich der Erwerbstätigkeit von Müttern in Österreich und in Frankreich dargestellt und durch die Untersuchung spezieller Gebiete mögliche Differenzierungen auf regionaler Ebene aufgezeigt. Dafür werden die zwei Städte Graz und Toulouse mit ihren umliegenden Regionen ausgewählt, da sich ihre Siedlungsstruktur und wirtschaftlichen Aktivitäten vergleichen lassen.

Die folgenden Fragen können als Leitfragen der Diplomarbeit verstanden werden und geben Einblick in die Grundstruktur der Forschungsarbeit:

- Wie wirkt sich die Familienpolitik und der historische Wandel der verschiedenen Gendersysteme auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mütter auf nationaler Ebene aus?
- Mit welchen wesentlichen Faktoren korreliert die Entwicklung der totalen Fertilitätsrate in den beiden Ländern?
- Wie sieht die Beschäftigungsstruktur von Müttern in Österreich und Frankreich aus, und mit welchen Einstellungen der Gesellschaft werden diese konfrontiert?
- Ist Frankreich im Gegensatz zu Österreich toleranter, wenn Frauen mit Kindern im Vorschulalter arbeiten?
- Inwiefern beeinflusst die Akzeptanz gegenüber der Beschäftigung von Müttern mit Vorschulkindern die Anzahl der Kinder pro Familie und vice versa in den beiden Untersuchungsländern auf nationaler und regionaler Ebene?
- Welche geographischen Differenzen herrschen in Frankreich und Österreich vor, wenn es um die Auffassung zur Beschäftigung von Müttern mit Kindern im Vorschulalter geht? Welche nationalen Unterschiede gibt es?
- Welchen Zusammenhang gibt es zwischen der Akzeptanz gegenüber erwerbstätigen Müttern, der totalen Fertilitätsrate, der Anzahl der unehelich geborenen Kinder und dem Alter der Mutter bei Geburt ihres ersten Kindes auf nationaler und regionaler Ebene?

Im Zuge der theoretischen und empirischen Auseinandersetzung mit diesem Thema gilt es, all diese Fragen im Laufe der wissenschaftlichen Forschungsarbeit zu beantworten. Dabei steht die Gegenüberstellung zwischen geographischen Unterschieden, auf nationaler sowie auf regionaler Ebene, im Vordergrund der Untersuchung. Grundsätzlich kann man sagen, dass die nationalen soziokulturellen Prägungen jene der regionalen Ebene überlagern. Dennoch lassen sich zwischen städtischen und ländlichen Gebieten Unterschiede hinsichtlich der Akzeptanz gegenüber der Erwerbstätigkeit von Müttern beobachten. Diese ist in manchen Städten höher, als in den umliegenden ländlicheren Bereichen, wo der größere Teil der Bevölkerung die Meinung vertritt, dass ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet. Die Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern erklärt in weiterer Folge die Stellung der Region im zweiten demographischen Übergang. Die Analysen basieren somit auf dem theoretischen Konzept dieses Übergangs und es wird vermutet, dass eine gleichstellungsliberalere Einstellung zur mütterlichen Erwerbstätigkeit die fortschrittlichere Stellung im zweiten demographischen Übergang erklärt und auch mit soziokulturellen Prägungen zur Beschäftigungsstruktur in Verbindung gebracht werden können. Demnach wurden folgende Thesen aufgestellt:

- Wenn die Akzeptanz auf nationaler Ebene höher ist, dann arbeiten Frauen öfter in Vollzeit und bekommen trotzdem mehr Kinder.
- Wenn die Akzeptanz auf regionaler Ebene höher ist, dann bekommen Frauen weniger Kinder und nehmen eine fortschrittlichere Stellung im zweiten demographischen Übergang ein.

1.3. Methodische Vorgangsweise

Die empirische Analyse erfolgt durch eine statistische Auswertung eines Datensatzes des „Generations and Gender Surveys“ (GGS), der sowohl für Österreich als auch für Frankreich auf NUTS-3-Ebene auswertbar ist. Der GGS setzt sich als Ziel die „Erklärung des individuellen demografischen Verhaltens“ und baut dabei auch „Informationen über individuelle Werthaltungen und Einstellungen, Generationen- und Geschlechterbeziehungen, (...) private und öffentliche finanzielle Hilfeleistungen, räumliche Mobilität und Gesundheit“ ein. (ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR FAMILIENFORSCHUNG o.J.a) Charakteristisch für die Untersuchungen des GGS ist das Paneldesign, das die Erklärung von kausalen Wirkungszusammenhängen auf individueller Basis möglich macht, da das Verhalten zwischen zwei Befragungswellen untersucht werden kann.. Demnach wurden zwei Umfragen mit einer

repräsentativen Stichprobe von knapp 5000 Personen in Frankreich und Österreich sowie anderen europäischen und vereinzelt nicht-europäischen Ländern zwischen 2008 und 2012 durchgeführt. Die jüngste Befragungswelle, die sich auf Veränderungen und verzögerte Realisierungen des Kinderwunsches der Testpersonen im Gegensatz zu den Jahren 2008 und 2012 spezialisiert, stammt aus dem Jahr 2016. Der Zugang zu den vergleichbaren Daten aller Länder wird dabei durch die United Nations Economic Commission für Europe (UNECE) verfügbar gemacht. (vgl. ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR FAMILIENFORSCHUNG o.J.b)

Der untersuchte Teil der Befragung richtete sich an Frauen und Männer der sogenannten fertilen Alterskohorte zwischen 18 und 45 Jahren, die die folgende Frage beantwortet haben: „Leidet ein Vorschulkind, wenn seine Mutter arbeitet?“ („A pre-school child is likely to suffer, if his/her mother works?“).

Die Ergebnisse werden mittels regionalanalytischer Statistik ausgewertet und mit Zahlen der Fertilität, des durchschnittlichen Alters der Frau bei Geburt ihres ersten Kindes und mit dem Prozentsatz der unehelich geborenen Kinder verglichen. Diese Maßzahlen sind auch Teil des Index des zweiten demographischen Übergangs, dessen Konzept im Folgenden noch ausführlich dargestellt wird. Die Visualisierung mittels Streudiagrammen zwischen abhängiger und unabhängiger Variable dient insbesondere dazu, den Zusammenhang zwischen den angeführten Merkmalen untersuchen zu können. Dabei steht die Verneinung der Befragung, ob ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet für eine gleichstellungsliberalere Auffassung der Bevölkerung. Umgekehrt zeigt eine positive Antwort eine traditionellere Sichtweise auf, wo die Bevölkerung Müttern nicht denselben Stellenwert am Arbeitsmarkt einräumt, wie kinderlosen Frauen oder Männern im Allgemeinen. Die Analyse erfolgt nicht nur auf nationaler Ebene zwischen Frankreich und Österreich, sondern auch auf regionaler Ebene innerhalb der beiden ausgewählten Länder. So kommt es innerhalb der Länder zum Vergleich der Regionen Graz und Toulouse. Dabei sollen neben nationalen vor allem regionale Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten analysiert werden. Die empirische Analyse ist Inhalt des zweiten Teiles der Diplomarbeit und wird in einem späteren Kapitel umfassend ausgeführt.

2. Gendersysteme im Wandel der Zeit

Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Forschungsbereiche haben sich mit den europäischen Gendersystemen auseinandergesetzt. Die verschiedenen Theorien, die zum Großteil auch Erklärungen zum zweiten Geburtenrückgang bieten, müssen dabei gleichermaßen in die Untersuchungen eingebettet werden. Ein wesentliches Konzept für den Forschungsbereich dieser Diplomarbeit stellt die Theorie des zweiten demographischen Übergangs von LESTHAEGHE und VAN DE KAA dar, welche Inhalt von Kapitel 2.1. ist. MARTIN BUJARD, Forschungsdirektor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Deutschland, hat sich hinsichtlich der verschiedenen Genderregime darüber hinaus um einen interdisziplinären Erklärungsansatz bemüht und dabei das Mehrebenenmodell (MEM) entwickelt, das auf verschiedene Ebenen aufgebaut ist und unterschiedliche Blickwinkel berücksichtigt. Es beantwortet die Frage, inwiefern der Geburtenrückgang und die Familienpolitik in Wechselbeziehung zueinanderstehen und führt dabei noch andere nicht unwesentliche Komponenten zur Erklärung mit ein. (vgl. BUJARD 2011) Im Folgenden werden in Anlehnung an dieses Mehrebenenmodell verschiedene für die Forschungsfrage relevante Theorien vorgestellt und abschließend in einem für diese Diplomarbeit konzipierten Framework dargestellt.

2.1. Der erste und zweite demographische Übergang

Der historische Diskurs zeigt, dass „der Geburtenrückgang des 20. Jahrhunderts lange als zusammenhängender Prozess interpretiert“ wurde, in dem die rückläufige Geburtenrate in allen europäischen Staaten verstärkt beobachtet werden konnte (EHMER et al. 2012: 44). Nach und nach sind ein erster und zweiter Geburtenrückgang in der Geschichte in den Vordergrund getreten. Dabei hat verstärkt eine Konzentration auf die Phasen der sinkenden Fertilität stattgefunden, d.h. es wurden vor allem jene Phasen am meisten beschrieben, wo die Geburtenhäufigkeit abgenommen hat. Dass ein Anstieg oder ein Stagnieren der Geburten selten in einem wissenschaftlichen oder öffentlichen Kontext diskutiert wird, weist darauf hin, dass eine hohe Fertilität als herkömmlich angesehen wird, während ein Sinken dieser mehr Aufmerksamkeit findet, da scheinbar von einem ungewöhnlichen Verhalten der Gesellschaft die Rede ist, und dieses Sinken gleichzeitig auch Auswirkungen auf den Zustand des jeweiligen Landes hat. (vgl. ebd.) Im Folgenden werden der erste und insbesondere der zweite demographische Übergang erläutert.

Der erste demographische Übergang, der auch als „klassischer Übergang“ gilt, betont ein Sinken der Sterberate einerseits und das der Geburtenrate andererseits. (vgl. LESTHAEGHE 2014: 18112) Wie in Abbildung 1 sichtbar, war zunächst eine hohe Geburtenrate in allen Ländern vorherrschend. Die Sterberate ist aufgrund einer besseren Lebensqualität und dem medizinischen Fortschritt stark gesunken, was zur Folge hatte, dass das natürliche Wachstum (grüne Linie) anstieg, da die Anzahl der Geburten vorerst auf einem hohen Niveau stagnierte. Die Bevölkerungszahl wurde erst dann geringer, als auch die Geburtenrate im Zuge des ersten demographischen Übergangs gesunken ist. (vgl. VAN DE KAA 1987: 2) LESTHAEGHE (2014: 18112) beschreibt das Ende des ersten demographischen Übergangs (FDT) mit einer bei Null liegenden natürlichen Wachstumsrate, mit einer älteren Bevölkerung und einer Lebenserwartung über 70 Jahren und einer dementsprechenden Fertilitätsrate, die gerade noch bei 2,0 liegt. Der zweite demographische Übergang setzt unmittelbar vor der Kreuzung zwischen der Geburten- und Sterberate ein. Das natürliche Wachstum befindet sich dabei unter 0, wobei allerdings die Migration ansteigt. In Abbildung 1 werden die beiden demographischen Übergänge mittels Maßzahlen der Geburten-, Sterbe- und Migrationsrate sowie der Rate des natürlichen Wachstums graphisch dargestellt.

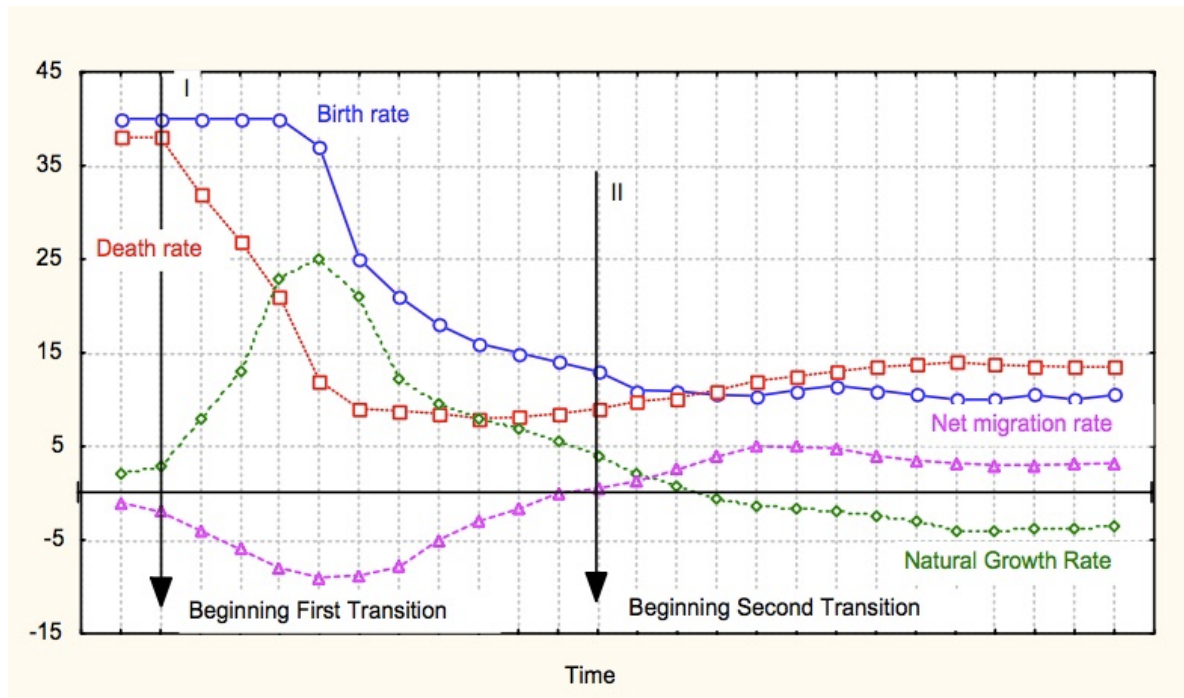


Abbildung 1: Der erste und zweite demographische Übergang
(Quelle: VAN DE KAA 1999:30, zitiert nach VAN DE KAA 2002:2)

Das theoretische Konzept des zweiten demographischen Übergangs oder der „second demographic transition“ (SDT) wurde 1986 von RON LESTHAEGHE und DIRK VAN DE KAA entwickelt. Dieses beschreibt Veränderungen bezüglich des Sexual- und Reproduktionsverhaltens in Nordamerika und Westeuropa. Dabei geht man davon aus, dass eine höhere Frauenbeschäftigung zu einem Wandel in der Vorstellung vom Familienleben führt. Diese Veränderungen haben die Bevölkerungsentwicklung stark beeinflusst, da ein Sinken der Geburtenrate zu beobachten ist, während die Sterberate ansteigt und sich somit immer mehr Länder unter dem Reproduktionsniveau befinden. Der zweite demographische Übergang beschreibt somit einen weiteren Bruch der totalen Fertilitätsrate unter das Niveau von 2,1 Kindern pro Frau, das den natürlichen Fortbestand der Bevölkerungsentwicklung sicherstellen würde. (vgl. VAN DE KAA 1987: 2f)

SOBOTKA (2008: 180f) führt in diesem Zusammenhang drei wesentliche Punkte an, die für den zweiten demographischen Übergang relevant sind: Erstens kommt es zu einer massiven Verschiebung der Elternschaft, da der Zeitpunkt der ersten Schwangerschaft oftmals durch eine längere Ausbildung später eintritt. Kinderlose Paare sind nichts Außergewöhnliches mehr und werden von ihrem Umfeld genauso akzeptiert wie Paare mit Kindern. Zweitens ist eine Zunahme an unehelichen Kindern aus dem Grund zu verzeichnen, weil alternative Partnerschaften immer gängiger werden und das traditionelle Modell der Ehe nach und nach abgelöst wird. Drittens spricht der Autor von einer Langzeit-Unterreproduktionsrate, da das Niveau von 2,1 Kindern pro Frau nicht mehr eingehalten werden kann. (vgl. ebd.)

VAN DE KAA (2002: 9f) definiert im Hinblick darauf 15 Schritte bis zum vollständigen Erreichen des zweiten demographischen Übergangs, mit Hilfe dessen die Stellung eines Landes innerhalb dieses Wandels ermittelt werden kann. Zusammengefasst kommt es zu einer geringeren gesamten Fertilitätsrate, die unter der Reproduktionsrate liegt, zu einem höheren durchschnittlichen Alter bei erster Heirat und einer großen Zunahme an Scheidungen, Lebensgemeinschaften und außerehelichen Geburten. Moderne Auffassungen ersetzen dabei traditionelle Konzepte. (vgl. ebd.) Uneheliche Lebensgemeinschaften zwischen Männern und Frauen sind in der Gesellschaft weitgehend anerkannt, dies „legitimiert“ auch die hohe Anzahl an unehelich geborenen Kindern. (vgl. EHMER et al. 2012: 45) Hinsichtlich der Theorie des zweiten demographischen Übergangs wurden überdies zwei Indizes entwickelt, die die obengenannten Schritte berücksichtigen und gleichermaßen Einblick in die Stellung des jeweiligen Landes geben und folglich einen internationalen Vergleich möglich machen. Die

nordischen Länder mit Schweden, Finnland, Island, Norwegen und Dänemark nehmen demnach die fortschrittlichste Stellung ein, weniger fortgeschrittene Länder im zweiten demographischen Übergang sind Rumänien, Mazedonien, die Ukraine oder Kroatien. (vgl. SOBOTKA 2008: 185) Der erste Index bezieht sich auf eine verhaltensbasierte Dimension. Dabei werden Variablen des durchschnittlichen Alters der Mutter bei Geburt des ersten Kindes, der Unehelichenquote, der Fertilitätsrate und der totalen Scheidungsrate herangezogen. Der zweite Index beschreibt Einstellungen und Werte in Bezug auf die Fertilität, dabei wird auch immer wieder auf die Erwerbstätigkeit von Müttern eingegangen. Es werden demnach verschiedene Aussagen bewertet und etwa die folgenden Fragen gestellt: „*Do you think that a woman has to have children in order to be fulfilled or is this not necessary?*“, „*Do you approve or disapprove abortion (...) where a married couple does not want to have any more children?*“ oder „*A job is alright, but what women really want is a home and children*“ (ebd. 223f) Die Ergebnisse dieser Befragung wurden geordnet und bewertet, wobei sich infolgedessen eine Rangordnung der 29 untersuchten Ländern ergibt.

Österreich nimmt eine mittlere Position im zweiten demographischen Übergang ein. Durch den Mangel an Kinderbetreuungsstätten und einem modifizierten Ernährermodell ist Österreich weniger fortgeschritten im SDT. Frankreich zeigt sich von einer progressiveren Seite gemäß dieses Indizes. Das heißt, dass viele der wesentlichen Schritte des zweiten demographischen Übergangs schon erreicht wurden. Dabei wird jedoch auch deutlich, dass der SDT nicht notwendigerweise zu einer Unterreproduktion führen muss, da das Land eine Geburtenrate von über zwei Kindern pro Frau aufweist. Dennoch ist auch ein späterer Eintritt in die Elternschaft, eine Unstabilität in Beziehungen und eine höhere Quote unehelicher Kinder zu beobachten. (vgl. ebd. 183) Auf die unterschiedliche Position im zweiten demographischen Übergang wird auch in weiteren Ausführungen dieser Arbeit noch näher eingegangen, wobei im empirischen Teil die Fortschrittlichkeit auf regionaler Ebene in Österreich und Frankreich untersucht wird. Da, wie aus den Theorien zum zweiten demographischen Übergang hervorgeht, eine fortgeschrittene Stellung im SDT als gleichstellungliberale Haltung angesehen wird, beziehen sich die empirischen Analysen dieser Arbeit auf der Annahme, dass eine gleichstellungsliberalere Auffassung einen Einfluss auf die Variablen des zweiten demographischen Übergangs hat. In den folgenden Kapiteln werden die Entwicklungen zum zweiten demographischen Übergang in einen historischen Kontext eingebettet und für die beiden untersuchten Länder erläutert.

2.2. Die europäischen Gendersysteme

Die rückläufige Geburtenrate ist beinahe in allen europäischen Ländern zu beobachten. Auch STOCK et al. (2012:13f) merken an, dass diese Entwicklung in wirtschaftlichen und politischen Bereichen mit einer „defizit-orientierte[n] Sichtweise“ diskutiert wird. Dies meint eine Fokussierung auf die Konsequenzen des Kindermangels ohne nachhaltige und zukunftsorientierte Lösungen aufzuzeigen. Dieselben Autorinnen und Autoren fordern in einem zweiten Schritt einen Perspektivenwechsel, in dem diese Entwicklungen konstruktiv untersucht werden können und das Wohlbefinden, sowohl für Kinder, als auch für Eltern im Mittelpunkt steht. (vgl. ebd.) Die Auseinandersetzung mit vergangenen Entwicklungen kann dennoch helfen, die vorherrschenden demographischen Gegebenheiten besser verstehen zu können. Demnach werden im Folgenden Theorien verschiedener Autorinnen und Autoren herangezogen, um die vergangene Entwicklungen veranschaulichen zu können.

Bereits DUNCAN (1995: 264) betont, dass sogar im verhältnismäßig kleinen Teil von Westeuropa sowohl in der Vergangenheit, als auch in der Gegenwart Ungleichheiten und unterschiedliche Geschlechterverhältnisse aufgezeigt werden können und sich die Länder Europas auch ungleich diesbezüglich entwickelt haben. Der Autor führt eine Diskussion über das Patriarchat als soziales Konstrukt, in dem Männer Frauen dominieren, unterdrücken und ausbeuten und führt diese Ungleichheiten für die europäischen Staaten aus. Die Aufteilung am Arbeitsmarkt benachteilige demnach fast immer Frauen und verstärke zusätzlich die bereits vorherrschenden ungleichen Geschlechterverhältnisse. Einmal mehr wird die Wichtigkeit dieses Diskurses deutlich, weil er Erklärungen dafür bietet, wie ungleiche Geschlechterverhältnisse entstehen, verändert werden, oder woher diese überhaupt kommen. DUNCAN (vgl. ebd.) weist darauf hin, dass die Geschlechterforschung ansonsten ein beschreibendes Merkmal von existierenden geschlechterblinden Theorien bleibt und setzt sich als Ziel, verschiedene europäische Genderregime auf vergleichender Basis darzustellen, die in diesem Kapitel etwas später ausgeführt werden. Im Folgenden Teil wird das Modell des Wohlfahrtsstaates unter Berücksichtigung der vorherrschenden Geschlechterverhältnisse dargestellt.

Eine ausführliche Auseinandersetzung zur Soziologie des Wohlfahrtsstaats findet man bei BECKER (2000). Die Autorin beschäftigt sich in ihrer Arbeit „Mutterschaft im Wohlfahrtsstaat“ mit der Frage „Do politics matter?“ und geht dabei auf Wirkungsverhältnisse zwischen

politischen Maßnahmen und der Erwerbsbeteiligung von Müttern ein. Sie definiert die Zielsetzung des Wohlfahrtsstaats mit der „materielle[n] Sicherung von Menschen, die aus verschiedenen Gründen (...) nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft, d.h. vor allem durch Erwerbstätigkeit für sich zu sorgen.“ (ebd. 19) Lange Zeit vernachlässigt wurde in der Diskussion zur Wohlfahrtspolitik und mit der Idee des Gesellschaftsvertrages die Geschlechterpolitik. Überdies ließ man die Frage außer Acht, inwiefern die Sozialpolitik „geschlechtsspezifisch strukturiert [ist] und welche Annahmen über die ‚Natur‘ des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern und zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit (...) zugrunde“ liegen. (ebd. 29) Nationale Sozialpolitik bezieht sich auf staatliche, markt- und familienbezogene Konzepte und deren Beziehungen untereinander, wobei hinsichtlich der wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen unterschiedliche Entwicklungen untersucht werden können. (vgl. DUNCAN und EDWARDS 2003: 3)

Das Modell des geschlechtsspezifischen Wohlfahrtsstaats bezieht sich auf feministische Kritiken einer vergleichenden Analyse jener Wohlfahrtsstaatenregime, die Frauen mehr oder weniger vorteilhaft in der Gesellschaft positionieren. Dabei geht es um Vorteile, sozialen Wohlstand, sowie das Steuersystem. (vgl. ebd.) In diesem Zusammenhang gilt es auch, auf GØSTA ESPING-ANDERSEN (1990) zu verweisen, der die Begriffe des „Familialismus“ und der „Defamilialisierung“, die im Folgenden näher ausgeführt werden, neu geprägt hat. In seinem Werk „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ beschreibt dieser Wohlfahrtsverantwortlichkeit und sein Dekommodifizierungskonzept, bei dessen Anwendung ein Wohlfahrtsstaat für das Folgende sorgt: „*citizens can freely, and without potential loss of job, income, or general welfare, opt out of work when they themselves consider it necessary*“ (ebd. 23)

DUNCAN (1995: 266f) führt in einem weiteren Schritt die folgenden drei Elemente der Regime-Typologie ESPING-ANDERSENS zusammengefasst an:

Beim **Skandinavischen oder sozialdemokratischen Regimetyp** sind Frauen von ihrer Abhängigkeit von Männern weitgehend befreit. Sie stellen individuelle Arbeiterinnen mit selbstständigem Einkommen dar, wobei die Mutterschaft überwiegend sozialisiert ist. Die sozialdemokratischen Regime stellen institutionelle Kinderbetreuung bereit, um insbesondere Frauen vollständig in den Arbeitsmarkt integrieren und Müttern mehr Wahlfreiheit geben zu können. (DUNCAN 1995: 266) Es kommt neben einer hohen Steuerbelastung und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik jedoch auch zur „Notwendigkeit zweier Erwerbseinkommen zur

finanziellen Absicherung eines Haushalts“ (ESPING-ANDERSEN 1994, zitiert nach BECKER 2000: 59)

Der zweite Ansatz des **anglosächsischen bzw. liberalen Regimetyps** bietet Frauen die Freiheit, zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit auswählen zu können, wobei ihnen nicht derselbe Zugang zum Arbeitsmarkt wie Männern gewährleistet wird, da der Staat keine der beiden Optionen für Frauen fördert. (vgl. DUNCAN 1995: 266) ESPING-ANDERSEN (1990:22) stellt jedoch ausführlich dar, dass das Konzept der Dekommodifizierung, in dem Sozialleistungen nicht mehr vollständig vom Markt und ihrer Erwerbstätigkeit abhängig gemacht werden, bei diesem Modell am weitestgehenden angewendet wird. Entsprechend der Darstellung von BECKER (2000: 59) kommt es dabei zu einem beschränkten Zugang zu Sozialleistungen. Signifikant sind dabei Anpassungsstrategien wie Steuersenkungen und Arbeitsmarktflexibilisierungen auf der einen Seite, was jedoch enorme gesellschaftliche Ungleichheiten und ein Auseinanderdriften der Löhne auf der anderen Seite zur Folge hat. (vgl. ebd.)

Der dritte Regimetyp ist der **Bismarck'sche oder konservative Regimetyp**. Bei diesem Modell ist der Staat daran interessiert, die traditionellen Gegebenheiten, wo Männer „normale Arbeiter“ und Frauen „normale Hausfrauen“ darstellen, aufrechtzuerhalten. (vgl. DUNCAN 1995: 266). BECKER, die die Typologie von ESPING-ANDERSEN ausführlich untersucht hat, führt dabei folgende Punkte an, die für das konservative Modell relevant sind: „Überwiegend erwerbsbezogene Sozialleistungen, starke (Berufs-)Statusdifferenzierung“, „Insider-Outsider-Problematik“ und „Einverdienerhaushalte“. (2000: 59). Die Insider-Outsider-Problematik meint die Gegenüberstellung von zwei Gruppen zwischen wenigen, gut verdienenden, überwiegend männlichen Vollzeitbeschäftigten und einer größeren „Outsider-Population“, die sich von den sogenannten Insidern in Abhängigkeit befindet. (vgl. ebd.)

Sowohl Frankreich als auch Österreich gehören zur Bismarck'schen Gruppe, obwohl sich zwischen den beiden Ländern gravierende Unterschiede hinsichtlich der sozialstaatlichen Charakteristika untersuchen lassen, was auch DUNCAN (1995: 267) anmerkt: Frankreich weist sehr wohl eine hohe Anzahl an Frauen am Arbeitsmarkt, sowie ein hohes Ausmaß an institutioneller Kinderbetreuung auf. (vgl. ebd.) Dies ist im Gegensatz dazu in Österreich nur unzulänglich gegeben. Der nationale Vergleich bzw. die Hintergründe dazu sind Inhalt eines späteren Kapitels dieser Arbeit.

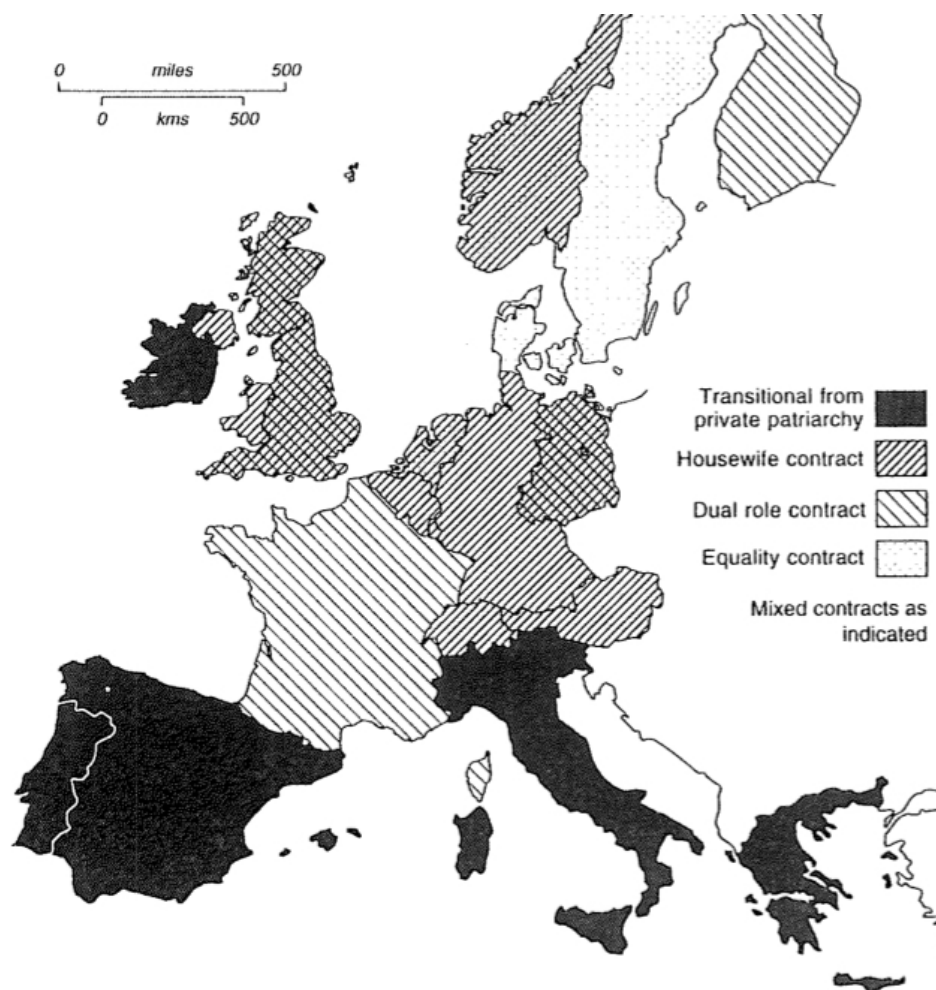
2.2.1. Geographische Unterschiede in Bezug auf das Hausfrauen- und das Ernährermodell

Lange Zeit war das Kinderkriegen das einzig erreichbare Mittel von Frauen, um dem gesellschaftlichen Status zu entsprechen. Nach und nach prägte nicht allein die Mutterschaft die Identität von Frauen, und sie wurden verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert. Mit Blick auf die Integration von Frauen in die Wirtschaft ist BIRGIT PFAU-EFFINGER (2004) der Frage nach den historischen Unterschieden in der Entwicklung und Bedeutung des Hausfrauenmodells in Bezug auf Familien mit männlichem Alleinverdiener nachgegangen, die in einem späteren Kapitel noch genauer erläutert werden. Sie betont, dass viele Autorinnen und Autoren annehmen, dass es das Resultat der modernen westlichen und insbesondere kapitalistischen Gesellschaft war, dass (Haus-)Frauen für die Familienpflege und den Haushalt zuständig waren, währenddessen Ehemänner mit der Teilnahme am Arbeitsmarkt die Familienernährer darstellten. (vgl. ebd. 378) Eine solche Einbeziehung von Frauen in die Erwerbstätigkeit geschah nach diesen Behauptungen immer in drei Schritten: zunächst fand in vormodernen Gesellschaften die überwiegende Integration von Frauen in die gesellschaftliche Produktion statt, danach wurden sie im Übergang zur Industriegesellschaft weitgehend davon ausgeschlossen, während im Zuge der Modernisierung schließlich eine Reintegration in die bezahlte Arbeit erfolgte. (vgl. ebd. 377)

Es zeigte sich, dass eine solche Verbindung zwischen dem Übergang in die moderne Industriegesellschaft und der Dominanz der Haushaltsform des männlichen Alleinverdieners und der weiblichen Hausfrau nicht für alle Länder Westeuropas gegeben ist. Dafür werden zwei wesentliche Gründe vorgestellt. Zum einen betont die Autorin, dass die Rolle der städtischen Gesellschaft maßgeblich für die Entwicklung der Hausfrauen-Ehe als kulturelles Ideal verantwortlich war, da diese das traditionelle Modell zum kulturellen Leitbild erklären. Dies geschah vor allem in Ländern, wo die urbane Bourgeoisie dominierte und widerspricht somit der Annahme, dass die Entwicklung hin zum Brotverdiener-/Hausfrauenmodell mit dem Prozess der Industrialisierung einhergehe. Zum anderen war die Stabilisierung dieser Familienform abhängig vom gesellschaftlichen Wohlstand und dessen Verteilung. Dies war also dafür ausschlaggebend, ob sich das Modell in der sozialen Praxis der Familie durchsetzt oder nicht. (vgl. ebd. 394)

Die Karte in Abbildung 2 zeigt nationale Unterschiede hinsichtlich der Geschlechterverträge in Europa. Dabei wird ein hohes Niveau an Differenzierungen festgestellt. Frankreich fällt hierbei

bereits mit seinem Doppelversorgermodell auf. Im Gegensatz dazu sind die anderen Länder des Bismarck'schen Regimetyps und insbesondere Österreich vom traditionellen Hausfrauenmodell geprägt. Dieser Karte entsprechend befinden sich lediglich Norwegen und die Niederlande im Übergang zu einem gleichberechtigten Vertrag, der in Schweden und Dänemark bereits vorherrscht. In den Ländern des Südens kann ein Übergang vom privaten Patriarchat beobachtet werden, wobei vor allem diese Staaten nach wie vor am meisten vom traditionellen Modell betroffen sind. (vgl. DUNCAN 1995: 273)



*Abbildung 2: Nationale Geschlechterverträge in Europa
(Quelle: DUNCAN 1995:275)*

2.2.2. Vom Alleinverdiener- zum Doppelversorgermodell

Die Beschäftigungsstruktur von Frauen hat sich in den letzten Jahrzehnten in allen europäischen Staaten stark verändert. Modelle über die Beteiligung der Haushalte am Arbeitsmarkt lassen sich dabei in Anlehnung an die Darstellung von PFAU-EFFINGER (1998: 153) in die im Folgenden angeführten Kategorien unterteilen. Der männliche Familiernährer wird im Englischen als „breadwinner“ definiert und hier einfacherweise mit „Brotverdiener“ übersetzt bzw. meistens als „Alleinverdiener“ angeführt.

Beim traditionellem Modell des Alleinverdieners findet eine Differenzierung der Gesellschaft in eine private und eine staatliche Sphäre statt. Männer werden als Brotverdiener angesehen, die das Einkommen für die Familie im öffentlichen Raum mit bezahlter Arbeit verdienen. Frauen sind im Wesentlichen für die Arbeit im privaten Haushalt einschließlich der Kinderbetreuung zuständig und befinden sich somit immer in einem Verhältnis der Abhängigkeit. Währenddessen sind beim Doppelversorgermodell verschiedene Formen möglich. Erstens, in einem Modell, in dem Frauen teilzeitbeschäftigt sind, was auch als modifiziertes männliches Alleinverdiener-Modell beschrieben wird, da der Mann dennoch in Vollzeit arbeitet und der Hauptverdiener der Familie ist. Zweitens, in dem eine systematische und gleichberechtigte Integration beider Geschlechter in die Gesellschaft stattfindet und beide Elternteile gleichermaßen sowohl für das Einkommen, als auch für die Kindererziehung zuständig sind. Drittens, in einer Form des Doppelversorgers, wo beide Geschlechter vollständig in den Arbeitsmarkt integriert sind und die Kinderbetreuung hauptsächlich in der öffentlichen Hand liegt. Das Modell des Familienunternehmens, das eine Kooperation zwischen der Frau und dem Mann im eigenen Unternehmen, etwa einer Landwirtschaft, meint, lässt sich vor allem in Finnland untersuchen. Beide Geschlechter tragen dabei wesentlich zum Überleben des Familienunternehmens bei, wenngleich eine starke geschlechterspezifische Unterteilung der Arbeit stattfindet. Modernisierungswege hin zum Doppelversorgermodell werden von der Autorin in zwei Varianten beschrieben. Diese werden in den beiden Spalten in Tabelle 1 aufgelistet. (vgl. ebd.)

Tabelle 1: Modernisierungspfade auf Ebene der Geschlechterkultur

	<i>Modernisierung des Alleinverdienermodells</i>	<i>Modernisierung des Modells des Familienunternehmens (Beispiel Finnland)</i>
Alleinverdiener- modell	Traditionelles Modell des männlichen Alleinverdieners und der weiblichen Betreuungsperson	
Doppel- versorgermodell	Modell des männlichen Alleinverdieners und der weiblichen Halbzeit-Betreuungsperson	Modell des Familienunternehmens
	Modell der dualen BrotverdienerInnen und der dualen Betreuungspersonen	Modell der dualen BrotverdienerInnen und der staatlichen Betreuung

(Quelle: eigene Darstellung, nach PFAU-EFFINGER 1998:153)

Die Entwicklung weg vom männlichen Ernährer-/weiblichen Versorgermodell hat in den europäischen Staaten in verschiedenster Art und Weise stattgefunden. Zum einen unterscheidet sich die Intensität der Entwicklung, zum anderen auch die Dauer der jeweiligen Phasen. Darüber hinaus haben nicht alle Länder mit demselben Geschlechtervertrag begonnen, siehe Tabelle 1 Bsp. Finnland. Unter Bezugnahme der beschriebenen Modelle kann überdies davon ausgegangen werden, dass es zu regionalen Prägungen innerhalb der nationalen Modelle kommt. Somit wird deutlich, dass etwa Unterschiede hinsichtlich der Familienvereinbarungen zwischen dem ländlichen und städtischen Raum untersucht werden können. So könnte man meinen, dass das früher vorherrschende Modell des Familienunternehmens von Finnland ebenso in den ländlichen Räumen in Österreich und Frankreich untersucht werden könnte, währenddessen in den Städten der erste Modernisierungspfad realistischer erscheint. Regionale Prägungen in Österreich und Frankreich sind Inhalt eines späteren Kapitels und werden im Anschluss an die nationalen Unterschiede der Länder näher erläutert.

Hinsichtlich der Darstellung in Tabelle 1 können darüber hinaus einige Punkte kritisch angemerkt werden: Zunächst sollte klarwerden, dass fünf Modelle nicht ausreichen, um alle europäischen Genderarrangements ausführlich beschreiben zu können. Dennoch geben die

ausgewählten Modelle einen guten Überblick über mögliche Modernisierungsprozesse. Auch PFAU-EFFINGER merkt in einer anderen Publikation an, dass etwa für Frankreich das Alleinverdienermodell, in dem Frauen den Haushalt übernehmen und Männer den Brotverdiener darstellen, für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht zutreffend ist, und es sich hierbei eher um ein Konzept handelt, in dem die Familie zwar dominiert, die bezahlte Beschäftigung von Müttern jedoch vollständig akzeptiert ist. (PEDERSEN 1993, zitiert nach PFAU-EFFINGER 2004: 381). Darüber hinaus sollte die Darstellung um das Modell jener Alleinverdienerhaushalte der Alleinerzieher und Alleinerzieherinnen ausgeweitet werden, da diese Form in den letzten Jahrzehnten keine Seltenheit mehr darstellt. Schließlich gibt es Haushalte, wo niemand erwerbstätig ist, welche in den Darstellungen auch nicht vorkommen. Außerdem fällt in der gesamten Literatur zu Genderarrangements in Familien auf, dass immer von heterosexuellen Paaren ausgegangen wird, was für die heutige Zeit aufgrund von Legalisierungen hinsichtlich der Adoption für homosexuelle Paare nicht mehr angemessen ist. Die Analysen in der vorliegenden Arbeit beschränken sich gleichermaßen nur auf Paare von Frauen und Männern, da dies die häufigste Konstellation für eine Familiengründung darstellt. Ungeachtet dessen gilt es zu betonen, dass homosexuelle Paare in allen Ländern existieren, wenn auch im Vergleich zu heterosexuellen Paaren nicht in einem großen Ausmaß. Diese folgen unterschiedlichen Vereinbarungen und können demnach auch nicht einheitlich kategorisiert werden.

Für ESPING-ANDERSEN erschließt sich der Zusammenhang zwischen der totalen Fertilitätsrate und der Frauenerwerbstätigkeit schließlich durch die Defamilialisierung, da es vor allem jene Wohlfahrtsstaaten, die eine starke Konzentration auf die Familie forcierten, verabsäumt haben, die Vereinbarung zwischen Beruf und Familie herzustellen, und es somit zu einer rückläufigen Geburtenrate kommt. (vgl. ESPING-ANDERSEN 2002, zitiert nach BUJARD 2011: 185) Während der Sozialstaat einerseits den Anstoß dazu gegeben hat, dass Frauen nicht länger die Hausfrauenrolle der Nachkriegszeit einnehmen müssen, suggerieren die niedrigen Geburtenraten für den Autor andererseits sehr wohl ein Wohlfahrtsdefizit, das vor allem in den Ländern Südeuropas stark zu spüren ist. (vgl. ESPING-ANDERSEN 2003: 606) Der Wohlfahrtsstaat muss demnach auch geschlechtsspezifisch organisiert sein, damit Erklärungen für die Verhältnisse zwischen Männern und Frauen gegeben werden und dabei wesentliche Annahmen über bezahlte und unbezahlte Arbeit diskutiert werden können. (vgl. BECKER 2000: 29)

In Hinblick auf vorherrschenden geschlechterspezifischen Strukturen in den verschiedenen Wohlfahrtsstaaten muss auch das Konzept des Patriarchats für die Berücksichtigung nationaler Unterschiede in Geschlechterungleichheiten herangezogen werden. Dieses kann, wie bereits erläutert, dabei in seiner Form und Intensität variieren. Vor allem spielen die Ungleichheiten in bezahlter Arbeit eine wesentliche Rolle. (vgl. ebd.) Das Patriarchat meint eine „Gesellschaftsform, in der der Mann eine bevorzugte Stellung in Staat und Familie innehat und in der die männliche Linie bei Erbfolge und sozialer Stellung ausschlaggebend ist“ (DUDEN 2001: 739). Für WALBY geht es vor allem darum, Genderungleichheiten in dieser Gesellschaftsordnung aufzuzeigen und sie nennt dabei sechs Strukturen, in denen Männer Frauen dominieren: die Arbeitsweise (vor allem im Haushalt), patriarchale Verhältnisse in Bezug auf bezahlter Arbeit, Sexualität und Kultureinrichtungen, der patriarchale Staat und männliche Gewalt. (WALBY 1990, zitiert nach DUNCAN 1995: 269) Zentral bei Walbys Analyse ist neben den sechs Achsen der Übergang vom privaten zum öffentlichen Patriarchat. Bei Becker (2000: 33) liest man ferner, dass das Patriarchat nicht nur im Sinne des Gesellschaftsvertrages vorherrschend war, sondern auch der Wohlfahrtsstaat selbst und seine Strukturen „patriarchal geprägt“ sind. „Mit der Entstehung des Kapitalismus habe der Staat zwar die patriarchale Verfügungsmacht in der Familie geschwächt, nun allerdings selbst die Strukturierung von patriarchaler Unterordnung

in der Gesamtgesellschaft übernommen.“ (KULAWIK 2005: 3) Somit wird die Einbeziehung von Frauen in die Erwerbstätigkeit verstärkt von staatlichen „Interventionen patriarchalisch reorganisiert.“ (ebd.) An dieser Stelle sei auch auf vorherrschende Geschlechterverträge hingewiesen, die einerseits auf der „Dichotomie von ‚männlich‘ und ‚weiblich‘“, und andererseits auf einer „Hierarchie, die das Männliche als Norm“ sieht, basieren. (BECKER 2005: 40)

Die vorangehenden Ausführungen haben gezeigt, dass ungleiche Geschlechterverhältnisse in den europäischen Staaten lange Zeit in einem deutlichen Ausmaß existiert haben. Dabei wird auch deutlich, dass Wohlfahrtsstaatenregime in den verschiedenen Ländern eine unterschiedliche Entwicklung hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse durchlaufen haben. Überdies können immer noch vorherrschende geschlechterspezifische Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen beobachtet werden. Dies wird in einem späteren Kapitel dieser Arbeit für die differenzierende Darstellung von Österreich und Frankreich noch einmal aufgegriffen. Im Folgenden wird nun näher darauf eingegangen, welche Rolle Mütter innerhalb dieses Wohlfahrtsstaatengefüges einnehmen und überdies welche Stellung hierbei die Erwerbstätigkeit dieser darstellt.

2.3. Die Rolle der Frau – zwischen Mutterschaft und Erwerbstätigkeit

Bei der Auseinandersetzung mit erwerbstätigen Müttern erscheint es äußerst wichtig über die Hauptperson dieses Diskurses, nämlich über die Frau, zu sprechen. Oftmals wird der Prozess, in dem man „Platz für die Unterscheidung zwischen Frau und Mutter“ schuf, in Vergessenheit gedrängt. (vgl. BADINTER 2010: 12) Emanzipationsprozesse und deren Diskussion finden außerdem in einem hohen Ausmaß ohne Berücksichtigung der Mutterschaft statt. Die Liberalisierung der Frau und feministische Konfrontationen müssen jedoch sehr wohl unter Einbeziehung der Mutterschaft diskutiert werden. Der Mutterschaft muss Platz im Feminismus eingeräumt werden und vice versa. Für diese Auffassung werden viele Feministinnen kritisiert, wenn sie für egalitäre Vorstellungen hinsichtlich der Mutter- bzw. Vaterschaft kämpfen.

So etwa BETTY FRIEDAN, die

„dem Feminismus riet, sich vermehrt um das Thema Familie zu kümmern (...) [dies] schlug ihr eine Welle der Empörung radikaler Feministinnen entgegen. Friedman würde mit dieser Forderung den Feminismus zerstören, statt retten (...) Inzwischen weisen kritische Beobachterinnen der postfeministischen Szene allerdings auf das Problem der ‚Vereinzelung‘ von Frauen hin und sprechen von einem ‚unerwarteten so nicht gewollten Ergebnis der Frauenbefreiung‘“. (KUMMER 2006: 109)

Dass das Thema der Fertilität insbesondere im politischen und institutionellen Kontext nicht ignoriert werden darf, sollte auch bei dieser Diplomarbeit deutlich gemacht werden.

Die Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft spielt hinsichtlich des zweiten Geburtenrückgangs und der verschiedenen Prägungen der Genderregime eine wesentliche Rolle. Sie nimmt in der Diskussion zwischen Mutterschaft und Erwerbstätigkeit eine Schlüsselfigur ein. Das wachsende Engagement von Frauen am Arbeitsmarkt geht dabei wesentlich mit deren Bildungsexpansion einher und spiegelt auch gesellschaftliche Erneuerungen hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse wider. (vgl. BUJARD 2011: 114) Der Autor betont in einem weiteren Schritt dass die Erwerbstätigkeit der Frauen zwar einerseits durch gleichberechtigte Geschlechterverhältnisse im öffentlichen Raum forciert werden kann, andererseits jedoch auch eine „egalitäre Beteiligung der Männer an der Familienarbeit“ notwendig ist. Da eine stärkere Beteiligung der Männer an der unbezahlten Arbeit jedoch selten stattfindet, ist ein Aufschub bzw. in weiterer Folge eine rückläufige Geburtenrate die häufigste Konsequenz der Erwerbstätigkeit von Müttern. (vgl. ebd. 115)

2.3.1. Klassifikation weiblicher Lebensweisen

In den westlichen Industrieländern gibt es nicht nur Differenzierungen bezüglich der Haushaltsformen oder der totalen Fertilitätsrate, sondern auch innerhalb der Länder verschiedene Ausprägungen hinsichtlich des Kinderwunsches. Einstellungen zur Fortpflanzung und Mutterschaft unterscheiden sich sehr stark und beeinflussen infolgedessen auch den beruflichen Status der Frau. Hierbei sei auf die Heterogenität der Lebensstile von Frauen verwiesen. BUJARD (2011: 120) betont, dass verschiedene Bedürfnisse „in allen sozioökonomischen Gruppen vorhanden“ sind. (ebd.) Klassifikationen hierzu findet man zahlreich. NEIL GILBERT etwa (2008, zitiert nach BADINTER 2010: 37f)) teilt Frauen nach der Anzahl ihrer Kinder ein und bildet so vier Gruppen von traditionellen Frauen mit drei oder mehr Kindern bis hin zu postmodernen Frauen, die kinderlos bleiben. Letztere verkörpern unabhängige und zufriedene Frauen, die „ihre Erfüllung im beruflichen Erfolg“ finden. (ebd.) Eine andere Einteilung kommt von CATHERINE HAKIM (2000:6). Sie nimmt eine Klassifikation weiblicher Lebensweisen des 21. Jahrhunderts vor und gliedert diese in die folgenden drei Gruppen:

1. Heimorientiert (home-centred)

Dies sind, abhängig vom jeweiligen Land, durchschnittlich 20% der Frauen, die der Familie in ihrem Leben die größte Bedeutung zuschreiben und kein Interesse an einer beruflichen Anstellung haben. (vgl.ebd.)

2. Adaptiv (adaptive)

Zur adaptiven Gruppe gehören, wiederum abhängig vom jeweiligen Land, 60% der Frauen. HAKIM betont dabei, dass die Gruppe sehr heterogen ist. Einerseits meint dies Frauen, die sowohl ihre Arbeit, als auch ihre Familie unter einen Hut bringen wollen. Andererseits bezieht sich diese Kategorie auf jene Frauen, die sich in ihrem Leben nicht im Voraus auf eine Familie festlegen, dennoch einen Beruf nachgehen, der ihnen wichtig ist und sich eher treiben lassen. (vgl. ebd.)

3. Berufsorientiert (work-centred)

Der letzte Teil setzt sich aus den übrigen 20% der Frauen zusammen, die meist kinderlos bleiben und sehr stark an ihrer Arbeit oder ähnlichen Aktivitäten festhalten. Sie stellen jene Gruppe dar, die am meisten Kraft in eine Ausbildung oder ein Studium stecken. (vgl. ebd.)

2.3.2. Die Aufschubsthese oder das Verschieben des Alters bei Geburt des ersten Kindes

Neben diesen Kategorien zur weiblichen Lebensweise, wird das Alter bei der Geburt des ersten Kindes verschoben, was ebenso die Verringerung der totalen Fertilitätsrate zur Folge hat. Vor allem junge Frauen sehen sich in ihrer Zukunft als Mütter, nehmen aber gleichzeitig an, vor der ersten Schwangerschaft noch Zeit zu haben, vielen Lebensvorsätzen nachgehen zu können. Zu Zielen, die sie davor erreichen wollen, gehören nicht nur ein Studium und eine Karriere, in der sie sich verwirklichen können, sondern auch die Suche nach dem richtigen Partner, einem festen Wohnsitz und in diesem Zusammenhang auch Zeit, diese Freiheit mit ihm oder ihr gemeinsam genießen zu können. (vgl. BADINTER 2010: 139)

Auch wenn Frauen grundsätzlich Kinder wollen und eine Mutterschaft auch später im Leben planen, bekommen sie durch das Aufschieben oft weniger Kinder und immer öfter auch gar keine. In seinen Analysen stellt BUJARD (2011: 139) ausführlich dar, dass ein Aufschub „teilweise zu ungewollter Kinderlosigkeit [führt] und (...) die Zeitspanne für größere Kinderzahlen“ verringert wird. Anders ausgedrückt wird die Kinderzahl oft deshalb ungewollt verringert, da sich Frauen durch ihre gewonnenen Freiheiten verstärkt auf ihre Erwerbstätigkeit konzentrieren und die Mutterschaft zunächst nicht mehr das einzige wichtige Merkmal ihres Lebens darstellt. Die Vielzahl an Entscheidungsprozessen, die die Lebensgeschichte der modernen Gesellschaften prägen, führen demnach nicht nur zu einem späteren Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes und einer Reduzierung der Kinderanzahl, sondern auch zu dem gravierenden Effekt der ungewollten Kinderlosigkeit, da das Fertilitätszeitfenster versäumt wird. (vgl. ebd.) VELVERS (1972: 267) untersucht in Bezug auf die Kinderlosigkeit die physiologischen und psychologischen Gründen dieser und spricht in diesem Zusammenhang nicht nur von der ungewollten Kinderlosigkeit, sondern auch von einer Entwicklung vom Kinderwunsch zur *gewollten* Kinderlosigkeit. Paare werden dabei als „postponers“ beschrieben, da sie eine Schwangerschaft immer länger hinauszögern und sich schließlich gegen einen Nachwuchs entscheiden, wobei dies oftmals unbewusst passiert. (vgl. ebd.) Vor allem Frauen bleiben schließlich unbeabsichtigt kinderlos, ohne jemals eine Wahl getroffen zu haben. (vgl. BADINTER 2010: 140) Der englische Begriff „Fertility Gap“ wird häufig auch im deutschsprachigen Raum genutzt und bedeutet wörtlich übersetzt die „Fruchtbarkeitslücke“, die die „Diskrepanz zwischen gewünschter Kinderzahl und tatsächlich realisierter Kinderzahl erfasst.“ (STOCK et al. 2012: 454)

Hinsichtlich der Aufschubsthese kommt es jedoch auch noch zum Phänomen des sogenannten „Nachholeffekts“. Erst dieser entscheidet den letztendlichen Geburtenrückgang, da es trotz des späteren Eintritts in die Elternschaft möglich ist, die durchschnittliche Anzahl der Kinder sozusagen „nachzuholen“. Nicht in allen europäischen Ländern gibt es diese Möglichkeit gleichermaßen, und so ist der Nachholeffekt in Österreich wesentlich schwächer ausgeprägt als im geburtenreichen Frankreich. (vgl. ebd. 400) Eine konkrete Auseinandersetzung mit dem Fertilitätsalter folgt im empirischen Teil dieser Arbeit, bei dem das durchschnittliche Alter der Frau bei Geburt ihres ersten Kindes mit einer gleichstellungsliberalen Haltung hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern in Zusammenhang gebracht wird.

2.4. Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Arbeitswelt

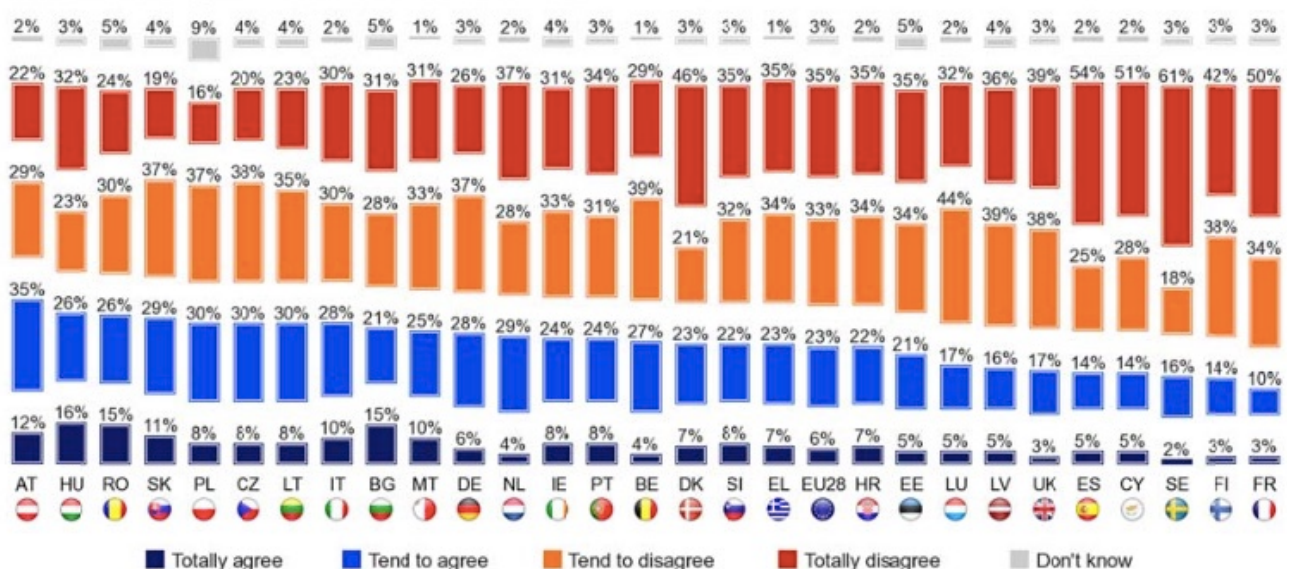
Im Folgenden werden ökonomische Faktoren hinsichtlich des zweiten Geburtenrückgangs beschrieben. Dabei findet man in Kosten-Nutzen-Ansätzen eine verständliche Erklärung. Würde man die erbrachte Betreuungszeit, die für die Kindererziehung aufgebracht wird, mit Geld entlohnen, würden nach EHRHARDT et al. (2012: 88) „Werte von mehreren Hunderttausend Euro“ herauskommen. Abgesehen davon lassen sich Kinder in wirtschaftliche Modelle eingliedern: sie stellen in erster Linie „Konsumgüter“ dar, da sie das Wohlergehen der Familie in einem hohen Ausmaß langfristig aufwerten, was für andere alltägliche Gebrauchsartikel weniger zutrifft. In zweiter Linie werden Kinder als „Investitionsgüter“ bzw. „Produktionsgüter“ angesehen, da sie „indirekt zum Nutzen ihrer Eltern beitragen, indem sie ihr Einkommen erhöhen und damit ihre Konsummöglichkeit verbessern.“ (ebd.) Und schließlich ist auch noch der „Versicherungsnutzen“ relevant, der bei Krankheit oder im Alter von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Komponente der Elternschaft ist. Bei der Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Komponenten hinsichtlich der Fertilität, müssen außerdem direkte und indirekte (Opportunitäts-)Kosten abgewogen werden. (vgl. ebd.; BUJARD 2011: 144) Der Wunsch nach Kindern geht demnach immer auch mit einer größtmöglichen Bedürfnisbefriedigung der Familie einher, da diese „gleichzeitig Produzent und Konsument“ ist. (BECKER 1974, zitiert nach BUJARD 2011: 145)

Hinsichtlich der ökonomischen Komponente spielen auch die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Arbeitswelt eine besondere Rolle. Es lässt sich überdies ein positiver Zusammenhang zwischen einer guten Perspektive am Arbeitsmarkt und dem Ansteigen der Geburten untersuchen. (vgl. EASTERLIN 1961, zitiert nach BUJARD 2011: 155) Demnach führt

eine positive Integration in den Arbeitsmarkt auch zu einer höheren Anzahl von Kindern. Nichtsdestotrotz bleibt diese Eingliederung von Frauen in die Erwerbstätigkeit vielerorts aus. Vor allem Mütter sind von Ungleichheiten am Arbeitsmarkt noch stärker betroffen. ASTRID SCHREYÖGG (vgl. 2011:472) stellt sich diesbezüglich die Frage, was die berufliche Ungleichheit von Frauen und Männern begünstige und betont, dass die „Berufstätigkeit von Frauen (...) nur den Charakter von Zuverdienst“ hat. Besondere Faktoren sind hierbei der Mangel an Einrichtungen zur Kinderbetreuung und eine unzulängliche Familienpolitik. Die Konsequenz ist folgende: „Gut ausgebildete Frauen sind (...) in einen ‚Gebärstreik‘ eingetreten.“ (ebd.) Familienpolitische Maßnahmen und wichtige Komponenten zur Vereinbarung von Familie und Beruf sind Inhalt des folgenden Kapitels.

Nicht zu unterschätzen sei hierbei die Einstellungen der Gesellschaft bezüglich des Anteils von Frauen am Arbeitsmarkt. Im Zuge einer Befragung der Europäischen Union von 2015 wurden in allen EU-Ländern Befragungen hinsichtlich ungleicher Geschlechterverhältnisse durchgeführt. So zeigt sich eine enorme Diskrepanz zwischen den einzelnen Ländern, wobei in allen Mitgliedsländern die Mehrheit der Bevölkerung die Aussage ablehnt, dass Frauen weniger dazu bereit sind, eigenständig eine Karriere zu machen als Männer. Es ist bezeichnend, dass Österreich und Frankreich die beiden Pole folgender Grafik bilden.

Abbildung 3: „Women are less willing than men to make a career for themselves.“



(Quelle: EUROPÄISCHE UNION 2015: 19)

Bei genauerer Betrachtung des Diagramms fällt sehr stark auf, dass es zwischen Österreich und Frankreich zu enormen Diskrepanzen kommt. So steht Österreich an ganz linker Stelle, wobei 47% der Bevölkerung die Meinung vertreten, dass Frauen weniger gewillt sind eine Karriere zu machen. Wo hingegen in Frankreich nur 13% dieselbe Auffassung vertreten. 84% der Französischen und Franzosen lehnen diese Behauptung ab und befinden sich somit an ganz rechter Stelle des EU-Rankings. Einmal mehr zeigt sich, dass man Frauen die vollständige berufliche Integration in Frankreich eher zutraut, als in Österreich, wo die Gesellschaft von traditionellen Einstellungen geprägt ist. Der EU-Durchschnitt sieht dabei folgendermaßen aus: 29% der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger sind der Meinung, dass Frauen weniger danach trachten eine eigene Karriere zu machen als Männer.

2.4.1. Ungleichheiten in unbezahlter Arbeit

In vielen westlichen Staaten obliegen die Hausarbeit und die Kinderbetreuung und somit die Belastung der unbezahlten Arbeit bei Frauen, ungeachtet dessen, ob deren Beteiligung am Arbeitsmarkt wächst oder nicht. (vgl. ANXO et al. 2011: 159) Eine Besserung der Situation lässt sich nur zu Beginn des Zusammenlebens zwischen Frauen und Männern beobachten, und auch nur dann, wenn das Paar nicht verheiratet ist. Schon Durkheim hat sich Ende des 19. Jahrhunderts mit der sozialen Arbeitsteilung beschäftigt und betont, dass „die Ehe für Frauen ihren Preis hat und (...) Männer begünstigt.“ (DURKHEIM 1893, zitiert nach BADINTER 2010: 28) Es wird kritisch angemerkt, dass das Leben in einem Haushalt zu zweit auch heute noch negative Konsequenzen für Frauen hat. Nicht nur die unbezahlte Arbeit, sondern auch die berufliche Karriere und das Einkommen von Frauen sind stark von der Paarbeziehung abhängig. Für dieses Ungleichgewicht kann in der heutigen Zeit weniger die Ehe verantwortlich gemacht werden, zumal es zu alternativen Lebensgemeinschaften kommt. Die Ungleichheiten werden jedoch mit dem Eintritt in die Elternschaft zusätzlich verschärft. Mit der Geburt des Kindes verfallen viele Paare verstärkt in traditionelle Haushaltsmodelle: Frauen sind für den Haushalt zuständig und Männer verbringen noch mehr Zeit im Beruf, um für den neuen Familienzuwachs sorgen zu können. (vgl. BADINTER 2010: 28f)

In ihren Analysen stellen ANXO et al. (2011: 188) ausführlich dar, dass die geschlechterspezifische Diskrepanz im Laufe des Lebenszyklus unterschiedlich ausfällt. Dabei spielen der institutionelle und auch soziale Kontext eine wesentliche Rolle. Weniger ausgeprägt sind die geschlechterspezifischen Differenzen bei jüngeren und älteren Personen, wobei die

höchste Ungleichheit während der Elternschaft zu verzeichnen ist. Hinzu kommt eine bedeutende Intensivierung dieser Diskrepanzen bei Eltern mit Vorschulkindern. (vgl. ebd.) Die AutorInnen schließen ihre Forschungsarbeit mit einer positiven Anmerkung ab und betonen, dass Frauen, auch wenn sie im Laufe ihres Lebens mehrheitlich für den Haushalt zuständig waren, in einer einzigen Lebensphase davon profitieren können. Am Ende ihres Lebens etwa verbringen Witwen weniger Zeit mit Hausarbeit als ihre männlichen Pendants. Dies ist die einzige Phase während des gesamten Lebensverlauf, in der die klassischen Geschlechterrollen umgekehrt sind. (vgl. ebd.)

2.4.2. Work-Life bzw. Work-Work-Life-Balance

Nicht unwesentlich ist auch, dass das vorherrschende „Ökonomieverständnis (...) noch stark vom Zeitalter der Industrialisierung geprägt“ ist. (KNOBLOCH 2013: 17) Denn die Wirtschaft betrifft heutzutage meist Unternehmen und den Markt, weniger wird der ursprüngliche Begriff des Haushaltes „oikos“ darunter verstanden. In der Wirtschaftstheorie müsse man folglich die Marktwirtschaft mit der Hauswirtschaft stärker verbinden, wobei die unbezahlte Arbeit eine Schlüsselrolle einnimmt. (ebd. 17f) ULRIKE KNOBLOCH ist Lehrbeauftragte für Wirtschaftsethik und Gender Studies und hat den Begriff der „Work-Work-Life-Balance“ geprägt. In einem Interview erklärt sie, dass der Begriff der „Work-Life-Balance“ zu unpräzise sei: „er suggeriert, das Leben würde einerseits aus bezahlter Arbeit und andererseits aus erholsamen Stunden bestehen“. (KNOBLOCH 2013: 18) Dies sei natürlich eine falsche Auffassung, da es vor allem um den Ausgleich der folgenden drei Dinge gehe: „bezahlte Arbeit, unbezahlte Arbeit und Freizeit“. (ebd.) Einmal mehr wird deutlich, dass ein Gleichgewicht zwischen der Erwerbstätigkeit und der Betreuungsarbeit hergestellt werden und zusätzlich noch Zeit für individuelle Bedürfnisse bleiben muss. Die Wirtschaftsphilosophin vergleicht dieses Gleichgewicht eher mit dem Jonglieren von Bällen, als der Waage zweier Enden. (ebd. 19) Dabei kann jedoch noch kritisch angemerkt werden, dass das Leben nicht nur aus dem dritten Ball der Freizeit besteht. Vielmehr müssen die bezahlte oder unbezahlte Arbeit ein großer Teil des Lebens sein, da diese sehr wohl zu Sinnfindung beitragen. (vgl. ZULEHNER und STEINMAIER-PÖSEL 2014: 127)

2.5. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Familienpolitische Faktoren sind entscheidend für die Erwerbstätigkeit von Müttern. Zielgerichtete Maßnahmen machen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erst möglich und auch hier lassen sich deutliche geographische Unterschiede feststellen. Die Balance zwischen beruflichem und familiärem Leben im Gleichgewicht zu halten, stellt sich in den untersuchten Ländern unterschiedlich schwierig dar, zumal auch die Vorstellungen dazu stark variieren. Wie auch BERTRAM et al. (2012: 189) anmerken, geht es dabei vor allem um eine „Politik von Zeit-, Geld- und Infrastrukturmaßnahmen“. Mehrere Komponenten tragen sowohl zum kindlichen als auch zum elterlichen Wohlbefinden bei und müssen berücksichtigt werden. Die öffentlichen Diskurse werden auch über „emanzipatorische[n], sozialpolitische[n], bildungspolitische[n] und bevölkerungspolitische[n] Motive[n] bis zu arbeitsmarktpolitische[n]“ geführt. (ebd. 204) Blickt man in die Vergangenheit, so lassen sich in den europäischen Staaten familienpolitische Initiativen beobachten, die vor allem den „Erhalt des Bevölkerungsstandes“ etwa nach dem zweiten Weltkrieg zum Ziel hatten. (ebd. 199) Neben diesen Maßnahmen versucht die Familienpolitik gerade in einer Zeit, in der der Beruf einen großen Teil der persönlichen Identität ausmacht, Maßnahmen zu besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familien zu schaffen. Dies bewirkt auch ein Ansteigen der Geburtenraten, auch wenn dieser Zusammenhang in der Literatur oftmals widersprüchlich diskutiert wird. (vgl. BUJARD 2011: 55) Es besteht jedoch sehr wohl ein Zusammenhang zwischen der Frauenerwerbsquote und der totale Fertilitätsrate, da die Erwerbstätigkeit zumeist ein Sinken der Geburtenrate bewirkt (ebd. 58). Diese Verbindung knüpft unmittelbar an die Erwerbstätigkeit von Müttern an und kann demnach auch mit der Familienpolitik des jeweiligen Landes in Verbindung gebracht werden.

Hinsichtlich der Vereinbarung von Beruf und Familie wird häufig argumentiert, dass staatliche Transferleistungen die weibliche Erwerbstätigkeit und die gleichzeitige Mutterschaft möglich machen. Durch „familienpolitische Rahmenbedingungen [können] die Opportunitätskosten, die für Frauen mit der Geburt von Kindern verbunden sind, entscheidend“ verringert werden. (ZIEFLE 2009: 57) Die Autorin betont die wichtige Aufgabe der Familienpolitik als Determinante weiblicher Lebensverläufe, die durch entsprechende Maßnahmen bestimmt wird, „indem sie die ökonomischen Folgekosten der Familiengründung abmildern“ (ebd. 19) Das Problem liegt in erster Linie darin, dass die Familie auf einen Teil ihres Einkommens verzichten muss, da zumindest ein Elternteil nicht mehr vollständig erwerbstätig sein kann, wobei finanzielle Mittel vor allem bei der Gründung einer Familie benötigt werden. Nachdem zumeist

der weibliche Elternteil vor allem nach der Geburt des Kindes zuhause bleibt wird ein traditionelles Familienmodell begünstigt, da Frauen später erschwert wieder in ihren Beruf einsteigen können. Familienpolitische Schritte können demnach dazu beitragen, die Kosten einerseits durch Kindergelder auszugleichen und andererseits Richtlinien zu schaffen, die Müttern einen reibungslosen Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit ermöglichen. (vgl. ebd.)

FUCHS (2014) stellt den Ansatz einer nachhaltigen Familienpolitik vor und betont die Wichtigkeit eines Paradigmenwechsels hin zur Defamilialisierung. Diese sollte einen Kontrast zur früheren Familienpolitik herstellen und die „Müttererwerbstätigkeit und Institutionenkindheit“ als Leitbild sehen. Für ihn „gilt die bisherige Familienförderung als kontraproduktiv, da sie die Erwerbstätigkeit von Eltern bzw. Müttern nicht genügend gefördert habe.“ (ebd. 55) Wesentlich ist dabei die Bereitstellung von Kinderbetreuungsstätten und einer angemessenen Infrastruktur. Hinsichtlich der Partizipation am Arbeitsmarkt von Müttern sind es hierbei „vor allem eine mangelnde Kinderbetreuung für Kleinkinder unter drei Jahren und Faktoren wie eine begrenzte Ganztagsbetreuung, unflexible Öffnungszeiten und hohe Betreuungskosten“, die dafür verantwortlich gemacht werden können, dass Mütter ihre Erwerbstätigkeit reduzieren. (vgl. ZIEFLE 2009: 25)

Die Erwerbstätigkeit von Müttern erscheint jedoch auch für den Staat als sehr wichtig. Diese zu fördern bedeutet gleichzeitig Frauen von ihrer Mutterschaft so weit zu entlassen, dass eine Erwerbstätigkeit möglich ist und das Familienleben nicht darunter leidet. Flexible Arbeitszeiten sind neben guten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unerlässlich. Eine moderne Familienpolitik sollte überdies als „Familien- und Solidarpolitik verstanden“ werden und „sich sozial- und gesellschaftspolitische[r] Maßnahmen“ bedienen. (WUNDERLICH 2014: 70) Der Autor hebt darüber hinaus die Wichtigkeit der regionalen Ebene hervor: „Moderne Familienpolitik muss auf der kommunalen Ebene ansetzen“ (ebd. 69) Gerade lokal kommen die Angebots- und die Nachfrageseite der Familienpolitik zum Tragen und müssen mitberücksichtigt werden. Es wird deutlich, dass „hier die *nationale Familienpolitik* konkret erfahrbar wird.“ (ebd.) Das Zusammenspiel zwischen nationalen und regionalen Prägungen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern stellt einen wesentlichen Teil dieser Forschungsarbeit dar und ist Inhalt der folgenden Kapitel.

2.6. Das Framework zu den vorgestellten Faktoren

Abschließend zu den verschiedenen Theorien und Entwicklungen, die die Geschlechterverhältnisse, die Mutter- bzw. Vaterschaft und die Erwerbstätigkeit von Frauen wesentlich verändert haben, wird, wie anfangs erwähnt, in Anlehnung an das Mehrebenenmodell von BUJARD (2011: 82, 181) ein für den Forschungsschwerpunkt dieser Arbeit konzipiertes Framework dargestellt. Dabei werden die verschiedenen gesellschaftlichen, ökonomischen, historisch/politisch-institutionellen, technischen und familienpolitischen Faktoren mit den jeweiligen, dazugehörigen Ansätzen und Merkmalen gruppiert. Im Mittelpunkt steht dabei die totale Fertilitätsrate aus jenem Grund, da sie eine Schlüsselzahl für die unterschiedlichen Komponenten ist und Beziehungen zwischen den Faktoren herstellt. Darüber hinaus ist sie jene Maßzahl, mit Hilfe derer viele der genannten Faktoren im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit von Müttern untersucht werden können. Die in Klammer gefassten Punkte sind wesentlich für die einzelnen Bereiche, werden in dieser Forschungsarbeit jedoch nicht näher behandelt. Abbildung 4 sollte einen Überblick über bereits vorgestellte Theorien bieten und deren Wirkungszusammenhänge untereinander deutlich machen. BUJARD geht in seinem Mehrebenenmodell noch einen Schritt weiter und verbindet die Merkmale der Makroebene, die sich in den fünf vorgestellten Faktoren wiederfinden, mit den Komponenten der Mikroebene. Diese sind für ihn der langfristige Kinderwunsch und die Verhütung sowie die Situation betreffende Merkmale wie die Lebenslaufperspektive. (vgl. ebd.) Die individuellen Besonderheiten sind nicht Inhalt dieser Arbeit und werden deshalb nicht ausführlicher behandelt.

Das Modell dieser Arbeit (Abbildung 4) sollte nicht nur dazu dienen, die verschiedenen Theorien und ihre Beziehungen zueinander darzustellen, sondern kann auch als Schnittstelle zwischen Theorie und Empirie aufgefasst werden, in dem die verschiedenen Merkmale als erklärende Variablen angesehen werden. Die unterschiedlichen Faktoren korrelieren mit der totalen Fertilitätsrate. Sie zeigt sich als interessanter Knotenpunkt, da sie diese Verbindungen veranschaulicht und gleichermaßen bewusst macht, dass bei der Auseinandersetzung mit ihr das ganze Konstrukt der Ansätze und Theorien berücksichtigt werden muss. Im Hinblick auf den empirischen Teil dieser Arbeit, in dem die zu erklärenden Variablen die totale Fertilitätsrate, die Unehelichenquote und das Alter der Mutter bei Geburt des ersten Kindes darstellen und die erklärende Variable sich aus den Antworten auf die Aussage „Ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet“ ergibt, sollte darauf hingewiesen werden, dass

dabei vor allem die gesellschaftlichen bzw. familienpolitischen Faktoren eine wesentliche Rolle spielen, wobei diese von historischen, politisch-institutionellen und technischen Faktoren geprägt werden.

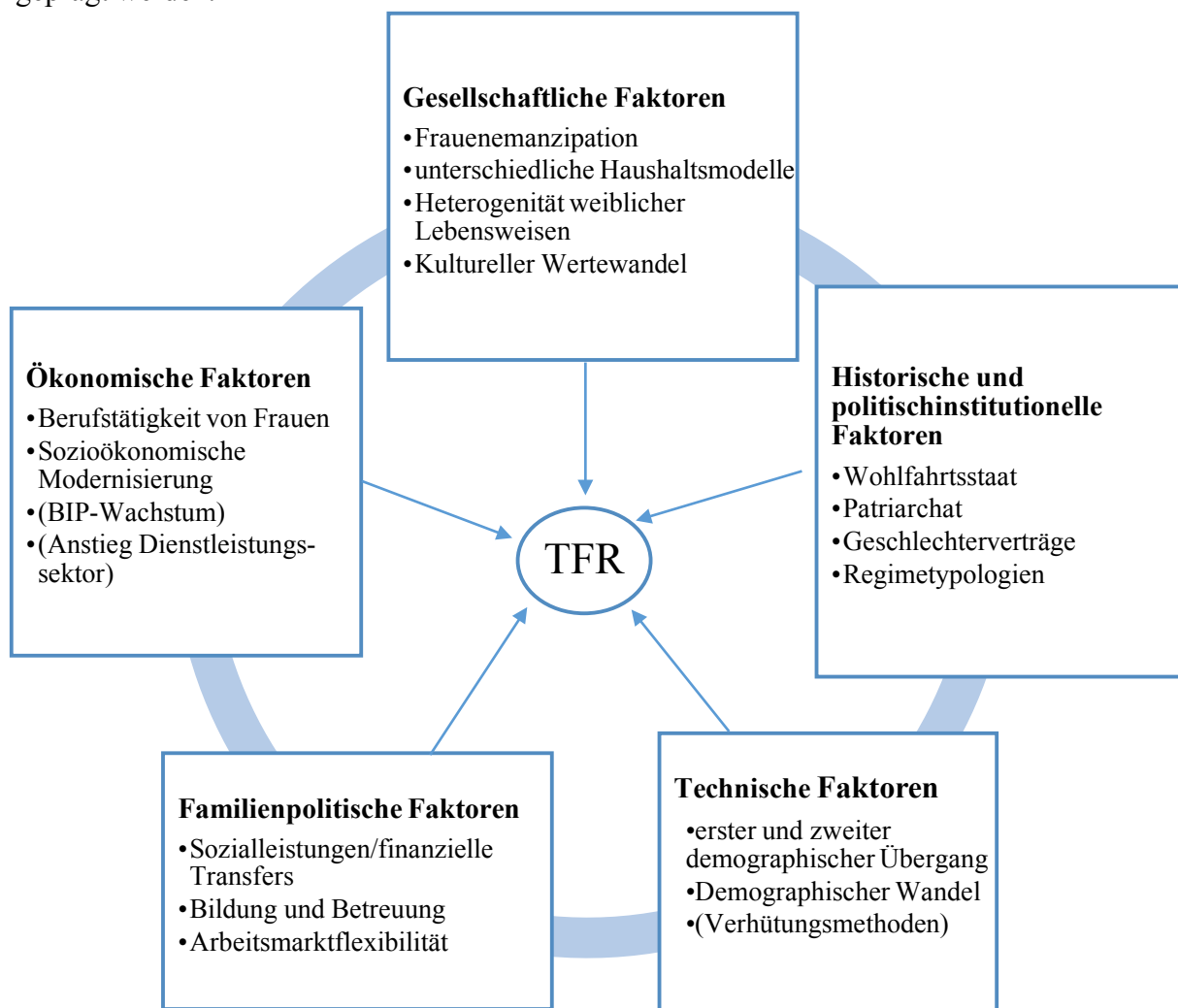


Abbildung 4: Die wichtigsten Komponenten, die mit der TFR korrelieren

(Quelle: eigene Darstellung, nach. BUJARD 2011: 82,181)

Die folgenden Kapitel widmen sich neben dem nationalen Vergleich zwischen Frankreich und Österreich auch der Auseinandersetzung auf regionaler Ebene bezüglich der Erwerbstätigkeit von Müttern. Dabei werden die hier bereits veranschaulichten Komponenten und Theorien berücksichtigt und auf die beiden untersuchten Länder angewendet. Im Anschluss erfolgt der empirische Teil dieser Forschungsarbeit, in dem die dargestellten Theorien der Literaturrecherche der statistischen Auswertung der Daten gegenübergestellt wird.

3. Unterschiede auf nationaler Ebene

Soziokulturelle Prägungen sind in Österreich und in Frankreich entscheidend für die Erwerbstätigkeit von Müttern. Inwiefern sich diese auf nationaler Ebene unterscheiden ist Inhalt dieses dritten Kapitels. Dabei werden auch Unterschiede im institutionellen Kontext erläutert, sowie der Arbeitsmarkt in den beiden Ländern untersucht. Vor- und Nachteile des jeweiligen Systems bzw. der kulturellen Gegebenheiten sollen möglichst wertfrei dargestellt, jedoch auch kritisch beleuchtet werden. Eine Studie der europäischen Kommission beschäftigt sich mit gerechten Geschlechterverhältnissen und stellt die Frage, ob eine Familie leidet, wenn die Mutter Vollzeit arbeitet: „All in all family life suffers when the mother has a full time job“. (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2015: 16) In den beiden untersuchten Ländern können bei den Antworten bedeutende Unterschiede festgestellt werden. Während in Österreich 73% der Bevölkerung der Aussage voll bis eher zustimmen, dass das Familienleben leidet, wenn die Mutter Vollzeit beschäftigt ist, stimmen in Frankreich nur 51% der Bevölkerung zu. Im Gegensatz dazu sind in Österreich 25% und in Frankreich 46% mit derselben Aussage nicht bis eher nicht einverstanden. (vgl. ebd.) Diese Unterschiede auf nationaler Ebene deuten darauf hin, dass Französinnen und Franzosen die vollständige Erwerbstätigkeit von Müttern eher akzeptieren als Österreicherinnen und Österreicher. Ob das Familienleben wirklich leidet oder nicht sei dahingestellt. Tatsache ist jedoch, dass mit Hilfe staatlicher Mittel und einer entsprechenden Infrastruktur das Leben in der Familie erleichtert werden kann, auch wenn die Mutter wieder in den Beruf einsteigt. Dazu kommen unterschiedliche kulturelle Auffassungen die Erziehung und Sozialisation von Kindern betreffend.

Die hohe Geburtenrate in Frankreich wirft Fragen auf, da sowohl die Abtreibung als auch die Empfängnisverhütung schon lange gesellschaftlich toleriert werden und auch Migrantinnen keinen wesentlichen Teil zum Fertilitätsausmaß beitragen. Diese übernehmen nämlich schon in der zweiten Generation das Verhaltensmuster der Französinnen, auch wenn sie zunächst in der ersten Generation mehr Kinder bekommen. (vgl. BADINTER 2010: 32) Dem gegenüber ist es in Österreich nicht klar, warum die Geburtenrate so niedrig ist, obwohl der Staat sehr viel Geld für Familienleistungen ausgibt (vgl. BAIERL und KAINDL 2017: 8). Die Anzahl der Kinder pro Frau ist demnach von verschiedenen Faktoren abhängig. Verschiedene Komponenten wurden bereits im zweiten Kapitel eingehend erläutert. Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema fällt jedoch eines auf: „Staaten mit dem höchsten Anteil berufstätiger Frauen [haben] zugleich die höchsten Geburtenraten vorzuweisen“ (BADINTER 2010: 151) Einmal mehr wird deutlich,

wie wichtig die Erwerbstätigkeit von Müttern nicht nur für die Unabhängigkeit der Frauen und für gerechte Geschlechterverhältnisse, sondern auch für den Staat selbst ist. Dieser profitiert nicht unwesentlich davon, wenn die Geburtenrate erhöht werden kann.

3.1. Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsstaat und kulturellen Unterschieden

BIRGIT PFAU-EFFINGER (2005: 1) weist bei der Analyse von nationalen Differenzen auf die Bedeutung der kulturellen Unterschiede des Wohlfahrtsstaatengefüges hin. Sie betont die Komplexität dieses Zusammenhangs zwischen den Wohlfahrtsstaaten und den kulturellen Unterschieden, der in den sozialen Kontext der Gesellschaft eingebettet ist. Länderübergreifende Differenzen werden oftmals nur mit den unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Institutionen erklärt, obwohl vor allem soziokulturelle Unterschiede für diese geographischen Prägungen verantwortlich sind. (vgl. ebd.) Auch wenn nach der Typologie von ESPING-ANDERSEN sowohl Österreich als auch Frankreich zum Bismarck'schen Regimetyp gehören, unterscheiden sich die Genderarrangements in den beiden Ländern sehr stark. Es ist daher davon auszugehen, dass soziokulturelle Prägungen auf nationaler Ebene eine eigenständige Rolle spielen. Diese folgen gesellschaftlichen Dynamiken und benötigen folglich besondere Berücksichtigung. In Österreich ist das Hausfrauenmodell vorherrschend, vor allem auch aufgrund der Sozialisierung von Kindern, die im privaten Rahmen stattfindet. (vgl. PFAU-EFFINGER 2004: 390) In Frankreich ist es im Gegensatz dazu gesellschaftlich akzeptiert, dass Kinder in öffentlichen Einrichtungen betreut werden und Frauen Vollzeit arbeiten gehen. Kinder werden schnell in die Gesellschaft integriert. Die Sozialisierung findet demnach im öffentlichen Rahmen statt. „In Frankreich gilt: je früher das Kind in die Gesellschaft kommt, desto besser für die Charakterbildung“, betont die deutsch-französische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin ANGELA GREULICH. "Man sieht das Neugeborene als eine Art weißes Blatt, das beschrieben werden muss: je mehr äußere Einflüsse, desto besser für das Kind", währenddessen man im deutschsprachigen Raum der Meinung ist, dass man das „Kind möglichst lange vor der bösen Welt beschützen muss, damit es seine reine Seele behält." (GREULICH 2013, zitiert nach BERGER 2013:1) Grundlegende kulturelle Unterschiede lassen sich demnach hinsichtlich der Sozialisierung von Kindern in Österreich und Frankreich feststellen, die folglich auch die Akzeptanz der Erwerbstätigkeit von Müttern entscheidend prägen. Französische Kinder sollen schon früh mit gleichaltrigen Kindern zusammenkommen, damit sie ihre Persönlichkeit vollständig entwickeln können. Für Französinen ist es viel einfacher, früh wieder in ihren Beruf einzusteigen, da es ganz normal ist, dass auch Kinder

unter drei Jahren schon tagsüber eine Betreuungseinrichtung besuchen. Abgesehen von den nahezu völlig fehlenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren in Österreich, die die Erwerbstätigkeit von Müttern zusätzlich erschweren, ist es nicht angesehen, Kinder unter drei Jahren in einer öffentlichen Betreuungseinrichtung unterzubringen. Während die frühe Sozialisation in Frankreich nicht nur akzeptiert ist, sondern auch gesellschaftlich gut bewertet wird, ist man in Österreich immer noch der Meinung, dass ein Kind unter drei Jahren immerzu bei seiner/ihrer Mutter sein müsse und eine Trennung traumatisch für das Kind wäre. (vgl. FAGNANI 2002: 113) JEANNE FAGNANI war Forschungsleiterin des „Centre national de la recherche scientifique“ (Nationales Zentrum für wissenschaftliche Forschung) und betont, dass eine französische Mutter immer noch als eine „gute Mutter“ gilt, auch wenn sie ihr unter dreijähriges Kind von einer Tagesmutter betreuen lässt. Besondere Maßnahmen wurden bereits in den 1970er Jahren gesetzt, um vollzeitbeschäftigte Mütter zu unterstützen, und um die Mutterschaft einfacher gestalten zu können. Demnach gab es Bemühungen die berufliche Stellung von Tagesmüttern einerseits und die Qualität der Betreuung in Kindergruppen andererseits zu verbessern. (vgl. ebd. 114)

Frauen gelten in Österreich als Rabenmütter, wenn sie bald nach der Geburt wieder in die Erwerbstätigkeit einsteigen, währenddessen dies in Frankreich dem Normalfall entspricht und sich französische Frauen seltener dazu entscheiden, länger bei ihren Kindern zu bleiben. Dabei lassen sich auch Unterschiede zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeit untersuchen. In Österreich entscheiden sich zwei Drittel der Eltern für das Hausfrauenmodell, wenn das Kind unter drei Jahre alt ist. (vgl. BUBER-ENNSER 2015: 125f) Ab dem vierten Lebensjahr wird dieses traditionelle Modell von dem modernisierten männlichen Alleinverdiener-Modell abgelöst, wo Frauen zumindest Teilzeit arbeiten. Das duale Alleinverdiener-Modell, wo die Erwerbstätigkeit bzw. Betreuungszeit zwischen Mutter und Vater egalitär aufgeteilt ist, bleibt, egal ob das Kind unter drei oder unter fünf Jahren ist, bei weniger als 30%. (ebd.) 90% der österreichischen Kinder unter drei Jahren werden nicht formal betreut. (vgl. FUCHS 2014: 355) In Frankreich hingegen begann der stetige Rückgang des männlichen Alleinverdiener-Modells bereits in den 1970er Jahren im Anschluss an die starke Zunahme von Frauen am Arbeitsmarkt in den 1960ern. Über die Zeit hinweg und insbesondere seit den 1980er Jahren verlief dieser Prozess schneller. Ab den 1990er Jahren wollte die Regierung neben der Erwerbstätigkeit auch das Angebot für Kinderbetreuungsmöglichkeiten erhöhen. Demnach hat die rechte Regierung 1994 einerseits beschlossen, das Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Kinderbetreuungssektor zu fördern, und andererseits spezielle Steuervergünstigungen

eingeführt, um Familien individualisierte Kinderbetreuungsformen zu ermöglichen. Die Regierung wollte dabei Frauen mit Kindern zur Erwerbstätigkeit ermutigen und gleichzeitig mehr Hausangestellte in den formellen Arbeitsmarkt bringen. Die Erwerbstätigkeit von Müttern wurde bewusst gefördert. Das männliche Alleinverdiener-Modell wurde nach und nach von dem „Modell der berufstätigen Mutter“ abgelöst. (vgl. FAGNANI 2012: 512)

Immer wieder wird betont, dass Französinnen zunächst Frauen sind und erst in einem zweiten Schritt als Mütter gesehen werden. Diese kulturelle Prägung kann mit Blick auf das 17. und 18. Jahrhundert erklärt werden, als die „Mutterschaft (...) stets respektvoll auf Distanz gehalten“ wurde. (vgl. BADINTER 2010: 175) Demnach war es für eine Frau nicht wichtig, Mutter zu sein, um ihre Weiblichkeit zum Ausdruck zu bringen, sondern Mutterschaft diente lediglich der Namensweitergabe des Mannes. Bereits während der Aufklärung hatte sich eine eigene Dynamik entwickelt, die Frauen von ihren Verpflichtungen als Mütter weitgehend befreit hat. Vor allem wohlhabende und bekannte Frauen, die in den französischen Städten lebten, gaben ihre Kinder an Ammen und konnten somit das Bild von emanzipierten Frauen, die „von den Sorgen der Mütterlichkeit befreit“ sind, repräsentieren. (ebd. 179) Frei von Schuldgefühlen ließ man den Nachwuchs bei Ammen in ländlichen Regionen, was die Kindersterblichkeit zu dieser Zeit auf 50% erhöhte. Abgesehen von diesen dramatischen Zuständen vor mehreren hundert Jahren, ist die Identität der französischen Frau bis heute von der Mutterschaft entkoppelt geblieben. Die französische Gesellschaft übt somit auch heute noch weniger Druck auf die Rolle der Mutter aus und stellt die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern nicht unbedingt in dem Ausmaß in Frage, wie es in Österreich der Fall ist. Der französische Staat hat dabei, auch hinsichtlich der hohen Kindersterblichkeit, mit dem Erlass der „Loi Roussel“ 1874 entscheidend reagiert, das „die weitverbreitete Tätigkeit der Ammen regelte und unter die gesundheitspolizeiliche Aufsicht der Behörden stellte“. (NORVEZ 1990: 14, zitiert nach BECKER 2000: 156) Dieses Gesetz machte es möglich, dass die Erziehungsarbeit von Kleinstkindern bereits im 19. Jahrhundert als eine staatliche Verantwortung angesehen wurde. Wenige Zeit später wurden 1882 auch für Kinder bis sechs Jahren Möglichkeiten zur Betreuung geschaffen und die „école maternelle“ (Kindergarten) gegründet. (vgl. BECKER 2000: 156)

3.2. Unterschiede im institutionellen Kontext

In diesem Unterkapitel geht es darum, Unterschiede hinsichtlich des institutionellen Kontextes in Österreich und Frankreich darzustellen. Die Familienpolitik mit ihren geld- und sachbezogenen Familienleistungen prägen dabei nicht unwesentlich die Erwerbstätigkeit von Müttern in den beiden Ländern.

3.2.1. Die Familienpolitik im Vergleich

Wie bereits erwähnt wurde in Frankreich seit dem 19. Jahrhundert eine aktive Familienpolitik betrieben. Sie zeichnete sich durch eine Vielzahl von politischen Maßnahmen und Besonderheiten aus, die sich einerseits aus der „Förderung der Institution Familie“ zusammensetzen, und andererseits aber auch großen Wert auf die „Erhöhung der Geburtenzahlen“ legte. (vgl. BECKER 2000: 157) Die Erwerbstätigkeit von Müttern wird dabei häufig in den Zielen der französischen Familienpolitik genannt und sollte neben dem „besseren Ausgleich zwischen Beruf und Familienleben“ auch „das Armutsrisiko der Familien mindern“ und „zum wirtschaftlichen Wachstum des Landes beitragen“ (SALLES 2009: 7) Vor allem nach dem zweiten Weltkrieg förderte man ein eher traditionelles Familienbild, aber bereits in den 1960er Jahren versuchte man, Frauen immer stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Damit dies gelang, bemühte man sich um eine „flächendeckende Betreuung aller Kinder“ und insbesondere auch um ein Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren. Die französische Regierung führte in diesem Zusammenhang die „Politik der freien Wahl“ („libre choix“) ein, die es Eltern ermöglichte, zwischen unterschiedlichen Betreuungsformen und Einrichtungen wählen zu können und überdies sollte ihnen auch die „Möglichkeit geboten werden, ihre Kinder selbst zu betreuen“. (ebd. 8) Hierzu gehören die verschiedenen „crèches“, die erstens ganztägige Krippen, zweitens Mikrokrippen mit weniger Kindern, und drittens Kindergärten ab zwei Jahren, die vor der Vorschule besucht werden, meint. Zusätzlich gibt es ein gut ausgebautes Netz an Tageseltern, dem sogenannten „service d’accueil familial“, sowie Betriebs- und Elternkrippen. Ab dem Alter von drei Jahren kommen beinahe alle Kinder in die „école maternelle“, die als Vorschule verstanden wird und mit dem österreichischen Kindergarten gleichzusetzen ist, wobei diese schon Kinder ab zwei Jahren aufnimmt. (vgl. ebd.) Das besondere dieser freien Wahl ist es, dass verschiedene Formen auch kombiniert werden können und Kinder etwa nur am Vormittag die „école maternelle“ besuchen und später entweder von den Tageseltern oder den leiblichen Eltern betreut werden. (vgl. ebd. 8) Eine

weitere wesentliche Maßnahme der französischen Familienpolitik ist das 1994 erlassene Familiengesetz, das finanzielle Mittel für Familien erst ab dem zweiten Kind gewährt. (vgl. BROSSÉ-VERBIEST und WAGNER 2003: 17f) Dieses unterstützt vor allem kinderreiche Familien und veranlasst Französinnen und Franzosen eher dazu, ein zweites Kind zu bekommen, was sich auch in der hohen Geburtenrate widerspiegelt.

In der familienpolitischen Zielsetzung Österreichs wird der Kinderbetreuung im Gegensatz dazu wenig Platz eingeräumt. Die „Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen mit besonderem Fokus auf das kindliche Wohlergehen“ ist zwar als wichtiges Ziel vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend 2012 ausgesprochen worden, wird aber nicht in dem Ausmaß forciert, wie es in Frankreich der Fall ist (RILLE-PFEIFFER und KAPPELLA 2017: 18f). Die Kinderbetreuung bzw. verschiedene Möglichkeiten für Eltern werden in Österreich kaum erwähnt. Ein großes Anliegen der österreichischen Familienpolitik ist die Bekämpfung der Ungleichheiten zwischen Familien mit Kindern, kinderlosen Personen und jenen mit verschiedenen Familienformen, wobei auch die „Unterstützung von Familien bei der Krisenbewältigung“ genannt wird (vgl. ebd.). Österreich befindet sich in der Familienpolitik nach wie vor in einem konservativen Regime. Dieses zeichnet sich durch verschiedene Unterstützungen für Familien aus, die jedoch an den Beschäftigungsstatus der Eltern geknüpft sind und eher von traditionellen Ansichten der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen geprägt sind (vgl. PRSKAWETZ et al. 2008: 340) Arbeitende Eltern und insbesondere erwerbstätige Mütter werden dabei jedoch nur bedingt unterstützt. Der Eltern- bzw. Erziehungsurlaub kann andererseits relativ lange ausgedehnt werden, vielleicht auch deshalb, da Kinderbetreuungseinrichtungen nur begrenzt vorhanden sind. (vgl. ebd.)

Die österreichische Sozial- und Familienpolitik wurde lange Zeit vom männlichen Alleinverdiener-Modell geprägt. Auffallend hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern ist, dass Frauen vor allem bis zur Geburt in den meisten Fällen Vollzeit arbeiten und erst nach einer längeren Unterbrechung wieder in die Erwerbstätigkeit einsteigen. (vgl. ebd.) Auch wenn sich Österreich häufig mit einem „differenzierte[n] System der Familienförderung“ rühmt, wird deutlich, dass die unterschiedlichen Instrumente nicht ausreichend auf die Bedürfnisse arbeitender Mütter abgestimmt sind. (RILLE-PFEIFFER und KAPPELLA 2017: 201) Finanzielle Hilfestellungen für Familien sind im Gegensatz dazu ausreichend gegeben, nicht umsonst liegen die „direkten Geldleistungen deutlich vor den anderen familienpolitischen Transfers“.

(ebd.) Mit neuen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder könnte jedoch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen erleichtert werden. Diese wird durch das Fehlen eines privaten Kinderbetreuungssektors und durch die ungünstigen Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen jedoch erschwert. (vgl. ARBEITERKAMMER 2017b , PRSKAWETZ et al. 2008: 340)

3.2.2. Unterschiede bezüglich der Familienleistungen

Grundsätzlich wird im Familienetat zwischen Geld- und Sachleistungen unterschieden. (vgl. BAIERL und KAINDL 2017: 5f) Laut OECD 2011 werden in Österreich 2,6% des BIPs für Familienleistungen verwendet, während sich die Ausgaben in Frankreich auf 3,7% belaufen. Demgegenüber stehen Zahlen des EUROSTAT, wonach Österreich 2,8% und Frankreich 2,5% des BIPs für die Familie ausgibt. (vgl. ebd. 8) FUCHS (2014: 238) nimmt hierzu eine genauere Untersuchung der OECD-Daten vor und unterteilt dabei die öffentlichen Ausgaben für Familien in drei Kategorien: nämlich in die finanzielle Familienförderung, die Betreuungsdienstleistungen und die Familienförderung insgesamt. Betrachtet man die Anteile der gesamten Unterstützung wird deutlich, dass Frankreich mit 3,79% des BIPs an erster Stelle der OECD-Staaten liegt, wobei Österreich 2,88% des BIPs für die Familienförderung ausgibt. Bezüglich der Infrastruktur und der Dienstleistungen liegt Frankreich hinter Dänemark, Island und Schweden mit 1,62% und Österreich mit nur 0,65% an 16. Stelle. Nur bei der finanziellen Familienförderung, sprich den Geldleistungen, nimmt Österreich mit 2,42% den dritten Platz ein, wobei Frankreich mit 2,16% fünf Plätze weiter hinten liegt. (vgl. ebd.) Die österreichische Familienpolitik kann jedoch trotz sehr guter finanzieller Leistungen für Familien die Erwerbstätigkeit von Müttern nur in einem geringeren Ausmaß fördern. Überdies bleibt die Geburtenrate, die mit den politischen Maßnahmen in direktem Zusammenhang steht, auf einem niedrigen Niveau. Die Gegenüberstellung der öffentlichen Ausgaben zeigt, dass Frankreich dank hoher Infrastruktur- und Dienstleistungsmaßnahmen eine höhere Geburtenrate zu verzeichnen hat. Weniger tragen zum Ansteigen der totalen Fertilitätsrate offensichtlich die finanziellen Transfers oder Steuererleichterungen bei. Auch FUCHS (ebd. 237) betont, dass die „Ausgaben für die Infrastruktur tatsächlich ‚effektiver‘“ sind, wobei auch darauf hingewiesen wird, dass immer beide Förderungen betrachtet werden müssen und diese nicht in Konkurrenz zueinander stehen. Angepasste Betreuungseinrichtungen und familienfreundliche Maßnahmen, die auch die Erwerbstätigkeit von Müttern fördern, tragen demnach eher dazu bei, einen Kinderwunsch zu realisieren, als zusätzliche finanzielle Mittel.

Der Mangel an Kinderbetreuungsstätten in Österreich kann signifikant für die geringere Beschäftigung am Arbeitsmarkt und die hohen Teilzeitquoten von Müttern mit Kindern unter drei Jahren verantwortlich gemacht werden. Vor allem für kleinere Kinder sind institutionelle und staatliche Betreuungseinrichtungen in unzulänglichem Ausmaß gegeben. 2014 konnten nur 7% der Kinder unter drei Jahren von einer institutionellen Kinderbetreuung über 30 Stunden profitieren. Der Prozentsatz für Vorschulkinder über drei Jahren belief sich auf 25%. Dabei muss aber betont werden, dass private Betreuungsmaßnahmen nicht in diese Zahlen miteinfließen und diese Anteile nur die formelle Kinderbetreuung über 30 Stunden, also jene Betreuungszeit die für eine vollzeitige Erwerbstätigkeit der Mutter notwendig wäre, darstellen. Neben diesen Unzulänglichkeiten hinsichtlich der Kinderbetreuungseinrichtungen in Österreich kommen ungünstige Öffnungszeiten bzw. lange Schließungsperioden während der Ferienzeiten hinzu, was die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zusätzlich erschwert. (vgl. PRSKAWETZ et al. 2008: 336f) In Frankreich führt vor allem der hohe Anteil von Tageseltern zu einem bedeutenden Unterschied, wobei auch ganztägige Krippen, Kindergärten und Vorschulen in einem hohen Ausmaß gegeben sind. In der folgenden Tabellen werden sowohl für Frankreich als auch für Österreich die Anteile an formeller Kinderbetreuung über 30 Stunden in drei Altersklassen aufgeteilt und gegenübergestellt.

Tabelle 2: Anteile der formellen Kinderbetreuung über 30 Stunden nach Altersklassen in Österreich und Frankreich 2014

ALTERSKLASSEN	ÖSTERREICH	FRANKREICH
<i>0 – 3 JAHRE</i>	7%	26 %
<i>3 JAHRE – SCHULPFLICHTIGES ALTER</i>	25 %	56 %
<i>SCHULPFLICHTIGES ALTER – 12 JAHRE</i>	44 %	62 %

(Quelle: EU-SILC 2014, Eurostat)

Deutliche Unterschiede hinsichtlich der Kinderbetreuung lassen sich hier beobachten. Auffallend ist einmal mehr der hohe Anteil an unter dreijährigen Kindern, die sich in Frankreich bereits in externer Betreuung befinden. Auch BAIERL und KAINDL (2017: 27) merken an, dass die Kleinstkindbetreuung in Frankreich sehr gut entwickelt ist: „Dort werden bereits im ersten

Lebensjahr 29% der unter 1-jährigen (...) von Tageseltern betreut, 10% in Krippen.“ Auch hinsichtlich der Vorschulkinder unter sechs Jahren ist Frankreich stark der Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen verpflichtet. Die sogenannten „écoles maternelles“ (Kindergärten) sind sehr gut ausgebaut und werden vom Bildungsministerium geleitet. (FAGNANI 2002: 110) Diese sind 35 Stunden pro Woche geöffnet, wobei darauf hingewiesen werden muss, dass Schulen in Frankreich mittwochs geschlossen haben und durch einen halben Tag am Samstag ergänzt werden. Bereits 36% der Zweijährigen und fast 99% der Dreijährigen besuchen den Kindergarten, der über einen sehr guten Service für erwerbstätige Mütter verfügt und mit guten Kantinen ausgestattet ist. (vgl. ebd.) Französinnen mit Kindern können nicht behaupten, dass sie gerne arbeiten würden, es aber keine Möglichkeit für die Betreuung ihrer Kinder gäbe. Jede Familie kann zwischen den verschiedenen Einrichtungen und Formen der Kinderbetreuung frei wählen, am beliebtesten sind jedoch nach wie vor die sogenannten „crèches“ (Krippen), da die Erzieherinnen und Erzieher hierbei eine professionelle Ausbildung haben, meint der ehemalige Familienminister Phillip Bas in einem Interview. (Vgl. BAS 2006) Dieser betont darüber hinaus, dass Kinder später erfolgreicher sind, wenn die Mutter erwerbstätig ist. In Österreich hingegen vertritt man die Meinung, dass Kinder ihre Persönlichkeit nur dann entwickeln können, wenn sie von ihren eigenen Eltern betreut werden: die „Familie sei im Wesentlichen für die Kinderbetreuung zuständig, solange das Kind noch nicht zur Schule geht.“ (BAIERL und KAINDL 2017: 32) Die Öffnungszeiten der Kindergärten schwanken in Österreich, haben aber im Durchschnitt etwa 8,7 Stunden täglich geöffnet. (vgl. ebd. 33) Weniger gut ausgestattet sind österreichische Kindergärten auch mit Kantinen. Nur „drei von zehn Kindern unter sechs Jahren“ können in einem Kindergarten betreut werden, „der mit einem Acht-Stunden-Arbeitstag vereinbar ist, (...) mindestens 45 Wochenstunden geöffnet, Angebot von Mittagessen und maximal fünf Wochen im Jahr geschlossen“ hat. (ARBEITERKAMMER 2017b) Dies erschwert erwerbstätigen Müttern in Österreich den Alltag zusätzlich.

Im Hinblick auf den nationalen Vergleich zwischen Österreich und Frankreich muss darüber hinaus auch auf rechtliche Gegebenheiten hingewiesen werden. Karenzregelungen spielen eine besondere Rolle und auch die Höhe der finanziellen Mittel muss betrachtet werden. BAIERL und KAINDL (2017: 29) merken an: „Je kürzer die Möglichkeiten der Erwerbsunterbrechung mit Kündigungsschutz sind, desto früher besteht die Notwendigkeit, in die Erwerbstätigkeit zurückzukehren und die Kinder außerfamilial betreuen zu lassen.“ Dazu lassen sich die folgenden Unterschiede zwischen den beiden Ländern feststellen: in Österreich dauert die

rechtliche Karenz bis zum zweiten Geburtstag des Kindes an, wobei man die Bedingungen und das Ausmaß der finanziellen Unterstützung innerhalb des Zeitraumes frei wählen kann. Im Gegensatz dazu gibt es in Frankreich die Möglichkeit, 36 Monate in Karenz zu bleiben, wobei dies nur zulässig ist, wenn man mehr als ein Kind hat. Ansonsten dauert die Karenz nur ein halbes Jahr, wenn die Mutter zuhause bleibt, und ein ganzes Jahr, wenn auch der Vater in Elternzeit geht. (vgl. ebd. 29f) Familienpolitische Maßnahmen unterscheiden sich somit sehr stark zwischen Österreich und Frankreich. Diese sind neben den Geldleistungen auch von unterschiedlichen Sachleistungen geprägt. Wie sehr dies Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Müttern ausübt ist Inhalt des folgenden Kapitels.

3.3. Der Arbeitsmarkt in Frankreich und Österreich - Erwerbsquoten von Frauen im Wandel der Zeit

Die berufliche Gleichstellung zwischen Männern und Frauen ist eine wichtige Forderung, die sowohl in Österreich als auch in Frankreich von Bedeutung ist. Diskriminierungen von Frauen am Arbeitsmarkt sind in beiden Ländern zu beobachten, wobei ihre Bekämpfung in Frankreich eine längere Tradition hat. Bereits im Zuge des Arbeitsgesetzbuches von 1972 hat man die „gleiche Bezahlung von Männern und Frauen“ gefordert. (FAGNANI 2013: 1) 2013 sind in Frankreich 59% der Frauen Vollzeit beschäftigt. Diese Quote liegt um 15 Prozentpunkte unter den vollzeitbeschäftigten Franzosen. Teilzeitbeschäftigung benachteiligt eher Frauen, dies hat auch ungünstige Auswirkungen auf deren Pensionen. (vgl. ebd.) Obwohl es viele Gesetze gibt, die gegen Geschlechterungleichheiten am Arbeitsmarkt ankämpfen, ist das Arbeitsentgelt für Frauen in Frankreich um 16% niedriger als das von französischen Männern, währenddessen in Österreich der Gender Pay Gap noch höher ist und 2015 bei 22% liegt. (vgl. EUROSTAT 2015a) Große Unterschiede gab es lange Zeit in Österreich in Bezug auf bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen. Hinzu kam eine starke Differenzierung der Erwerbstätigenquote von Frauen hinsichtlich deren Bildungsniveau (vgl. PRSKAWETZ et al. 2008: 331) Innerhalb der Mitgliedsstaaten der europäischen Union fiel Österreich jedoch immer wieder mit einer der höchsten Erwerbsquoten für junge Frauen auf. Generell sind die Erwerbsquoten in Österreich höher als in Frankreich. PRSKAWETZ et al. (ebd. 332) merken an, dass die weiblichen Erwerbsquoten in den nordischen Ländern deswegen so hoch sind, da auch die unbezahlte Arbeit im Haushalt zumeist ausgelagert werde, vor allem auch was die Kinderbetreuung betrifft. Gleichmaßen könnte man meinen, dass die Erwerbsquoten in Frankreich aus diesem Grund in die Höhe getrieben werden, diese liegen jedoch unter der

österreichischen Quote. Bezieht man zur Betrachtung der Erwerbsquoten von Frauen auch die totale Fertilitätsrate mit ein, lassen sich für die beiden Länder unterschiedliche Ergebnisse hinsichtlich dieses Zusammenhangs beobachten. Die Anzahl der Kinder beeinflusst insbesondere die weibliche Erwerbstätigkeit in Österreich, zumal Erziehungsaufgaben immer noch hauptsächlich von Frauen übernommen werden. In Frankreich sind 18 Monate nach der Geburt mehr als die Hälfte der Mütter wieder im Arbeitsleben, zusätzlich wird die Arbeitsbeschäftigung von Frauen nach der Geburt durch ein Gesetz beeinflusst, das sie dazu veranlasst, wieder früher in das Arbeitsleben zurückzukehren. (vgl. PAILHÉ und SOLAZ 2006: 1f) Dieses garantiert einen unproblematischen Wiedereinstieg in denselben Job. (vgl. ebd.) Frauen mit Kindern haben in Österreich demgegenüber oftmals Schwierigkeiten, wieder in ihren Beruf zurückzukehren. Die Rückkehrquote sinkt mit der Anzahl der Kinder und steigt mit dem Alter des Kindes an. (vgl. PRSKAWETZ et al. 2008: 334) Die Autorinnen und Autoren verweisen in diesem Zusammenhang auf die Verfügbarkeit von institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen, die in einem negativen Verhältnis zur Erwerbsquote von Frauen steht. (vgl. ebd.) Auch heute „fehlen nach wie vor zahlreiche Kinderbetreuungsplätze“ in Österreich und es benötige weitere 21 000 Plätze für Kinder unter drei Jahren, heißt es bei der ARBEITERKAMMER (2017c), denn erst dann würde das im nächsten Kapitel erläuterte Barcelona-Ziel für alle Bundesländer verwirklicht werden. Im Folgenden werden die Erwerbstätigenquoten in Österreich und Frankreich zur besseren Veranschaulichung in zwei Tabellen dargestellt. Tabelle 4 zeigt den Anteil der teilzeitbeschäftigten Personen in den beiden Ländern an. Die Anteile von Österreich liegen dabei immer deutlich über den Quoten von Frankreich, wobei vor allem jene der Teilzeitbeschäftigten markante Unterschiede zwischen einerseits den beiden Ländern und andererseits zwischen Männern und Frauen insgesamt aufweisen.

Tabelle 3: Erwerbstätigenrate von Personen zwischen 20 und 49 Jahren mit einem Kind unter sechs Jahren in Österreich und Frankreich 2015

ALTERSKLASSEN	ÖSTERREICH	FRANKREICH
<i>INSGESAMT</i>	78,4 %	73,7 %
<i>FRAUEN</i>	69,0 %	63,1 %
<i>MÄNNER</i>	88,7 %	85,5 %

(Quelle: EUROSTAT 2015b)

Tabelle 4: Anteil der teilzeitbeschäftigten Personen zwischen 20 und 49 Jahren mit einem Kind unter sechs Jahren in Österreich und Frankreich 2015

ALTERSKLASSEN	ÖSTERREICH	FRANKREICH
<i>INSGESAMT</i>	32,7 %	15,5 %
<i>FRAUEN</i>	57,3 %	24,9 %
<i>MÄNNER</i>	9,1 %	6,5 %

(Quelle: EUROSTAT 2015c)

3.3.1. Das Barcelona-Ziel der Europäischen Union

Die verschiedenen Maßnahmen, die die Erwerbstätigkeit von Müttern fördern und Frauen in ihrer Mutterschaft entlasten, sind auch insofern wichtig, als sie die Ungleichheit zwischen kinderlosen Frauen und Frauen mit Kindern minimieren. Eine Vielzahl an Studien hat in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass berufliche Aktivitäten von Frauen gestiegen sind. Im Zuge dessen wurde aber auch deutlich, dass alleinlebende Frauen viel häufiger einen Beruf ausüben als Frauen mit Kindern. Darüber hinaus sind Frauen ohne Kinder viel häufiger in höheren Positionen tätig. (vgl. BADINTER 2010: 161) Einmal mehr wird deutlich, dass die Geburt eines Kindes zu ungleichen Verhältnissen nicht nur zwischen Männern und Frauen, sondern insbesondere auch zwischen Frauen im Allgemeinen führt. Die gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen kann jedoch auch als „Folgewirkung des Barcelona-Ziels“ gesehen werden. (BAIERL und KAINDL 2017: 37) Diese Maßnahme der Europäischen Union setzt sich als Ziel, eine

Beschäftigungsquote von 75% bis 2020 zu erreichen (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2013: 5). Dabei spielt die Erwerbstätigkeit von Frauen eine besondere Rolle und bedarf eingehender Berücksichtigung. Die Erwerbstätigkeit von Frauen soll demnach durch die „Bereitstellung erschwinglicher und qualitativ hochwertiger Betreuungseinrichtungen für Kinder zwischen 0 Jahren und dem Schulpflichtalter“ erhöht werden. (ebd. 4) Dabei gelten die folgenden Forderungen, die neben der Gleichstellung von Frauen und Männern auch die „Bewältigung der demografischen Herausforderung“ (ebd. 6) forcieren:

„Die Mitgliedstaaten sollten Hemmnisse beseitigen, die Frauen von einer Beteiligung am Erwerbsleben abhalten, und bestrebt sein, nach Maßgabe der Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen und im Einklang mit den einzelstaatlichen Vorgaben (...) für mindestens 90 % der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens 33 % der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen.“ (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2013: 4)

Im Jahr 2010 konnte dieses Ziel neben neun anderen Mitgliedstaaten auch in Frankreich erreicht werden. Österreich hat noch Nachholbedarf, wobei der Anteil der erwerbstätigen Mütter zwischen 2005 und 2013 deutlich angestiegen ist. (vgl. BAIERL und KAINDL 2017: 37) Das französische System zeichnet sich vor allem durch seine „individuellen[n] und kollektive[n] Betreuungsmodelle für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren“ aus. Etwa 30% der berufstätigen Mütter nutzen die Möglichkeiten einer ausgebildeten Tagesmutter/ eines ausgebildeten Tagesvaters. (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2013: 8)

3.3.2. Beschäftigungsstrukturen von Frauen im Vergleich

Grundsätzlich unterscheidet sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen zwischen Österreich und Frankreich nicht deutlich. Seit den 1970er Jahren ist sie in allen OECD Staaten signifikant gestiegen, wobei sie in den nordischen Ländern höher ist, als in den beiden untersuchten Ländern. (vgl. TOULEMON et al. 2008: 531) Ein maßgeblicher Unterschied lässt sich jedoch zwischen dem Arbeitsstatus von Frauen mit einem Kind unter sechs Jahren in den beiden Ländern feststellen: der Anteil zwischen Voll- und Teilzeitarbeit fällt in Frankreich und Österreich gegensätzlich aus und wird im Folgenden dargestellt: In Österreich sind 61,1% der Mütter mit einem Kind teilzeitbeschäftigt, währenddessen 30% davon in Vollzeit arbeiten und sich 8,9% in Karenz befinden. Werden nun die Werte von Frauen mit einem Kind unter sechs Jahren untersucht, lassen sich Unterschiede zu den Merkmalen der Erwerbstätigkeit von Frauen

mit Kindern insgesamt feststellen. Hierbei sind 86% der Frauen mit einem Kind unter 6 Jahren in Teilzeit und 13% in Vollzeit beschäftigt. (vgl. STATISTIK AUSTRIA 2016) Nach den Erhebungen des INSEE arbeiten in Frankreich im Vergleich dazu 25% der Mütter, deren jüngstes Kind unter sechs Jahren ist in Teilzeit, währenddessen der Wert für Mütter mit einem Kind insgesamt bei 30% liegt. (vgl. DARES 2013: 9) In Österreich entspricht der Anteil der vollzeitbeschäftigten Mütter mit einem Vorschulkind demnach dem Anteil der teilzeitbeschäftigten Mütter mit einem Vorschulkind in Frankreich.

Die Kinderbetreuung kann dabei wesentlich für eine geringere Beschäftigung verantwortlich gemacht werden. Nach einer Erhebung des Eurostat von 2016 geben 24,8% der teilzeitbeschäftigten Französinen an, dass die eigenständige Kinderbetreuung der wesentliche Grund für ihre teilzeitige Beschäftigung ist. Dieser Anteil ist in Österreich um 14 Prozentpunkte höher. 38,5% der Österreicherinnen gehen aufgrund der Betreuung ihrer Kinder keine vollzeitige Beschäftigung ein. Die Werte der österreichischen und französischen Väter liegen dabei in beiden Ländern unter 5%. (vgl. EUROSTAT 2016)

Die Mehrheit der Doppelverdiener-Paare mit kleinen Kindern sind in Frankreich vollzeitbeschäftigt und müssen zusätzlich mit den Herausforderungen hinsichtlich der Verbindung zwischen Job und Familienpflichten zurechtkommen. (vgl. FAGNANI und LETABLIER 2004: 551) Die französische Regierung hat aufgrund dessen als einzige in Europa die 35-Stunden-Woche eingeführt und das sogenannte „Aubry-Gesetz“ erlassen, das die Arbeitszeiten von 39 auf 35 Stunden reduziert hat. Im Zuge dessen bemühte sich man sich verstärkt um eine bessere „Work-Life Balance“ für französische Familien. (ebd. 552) Das Arbeitszeitenregime von Frankreich ist ähnlich dem der skandinavischen Staaten, unterscheidet sich jedoch von jenem Deutschlands, dem Vereinigten Königreich und auch von Österreich deutlich. Hier bleiben signifikante Unterschiede zwischen den Arbeitszeiten von Frauen und Männern, einerseits durch den hohen Anteil von Frauen, die teilzeitbeschäftigt sind, und andererseits durch die längeren Arbeitsstunden, die vor allem Männer im Beruf verbringen, bestehen. (vgl. ebd. 553) Die Besonderheit der Erwerbsbeteiligung von Frauen in Frankreich zeichnet sich wie in einem vorhergehenden Kapitel bereits erläutert dadurch aus, dass Mütter von kleinen Kindern Vollzeit arbeiten. (vgl. TOULEMON et al. 2008: 533)

Die beiden Wissenschaftlerinnen FAGNANI und LETABLIER (2004) haben sich bald nach der Einführung des Gesetzes hinsichtlich der 35-Stunden-Woche um die Analyse der Einflüsse auf

arbeitende Eltern und deren Meinungen bemüht: 58% haben die folgende Frage mit Ja beantwortet: „*Do you feel that the law on the 35 hour has made it easier for you to combine your family life with your working life?*“. Die Mehrheit der Französinnen und Franzosen reagieren demnach mit einer positiven Antwort, wobei der Zuspruch am höchsten bei Eltern mit universitärem Abschluss oder bei staatlich Angestellten ist. Grundsätzlich wird jedoch deutlich, dass es wenige Unterschiede insgesamt zwischen den sozio-professionellen Kategorien gibt. Die Organisation des Alltags sollte durch das Gesetz erleichtert werden, wobei deutlich wird, dass es teilweise sogar zu schwierigeren Verhältnissen hinsichtlich der Bewältigung des Lebens mit Kindern kommt. Viele der befragten Personen äußern, dass die Veränderungen stressige Situationen auslöse und sie geben zu, mit der kürzeren Arbeitszeit überfordert zu sein. Eltern können die entstandene Flexibilität der 35-Stunden-Woche oftmals nicht gut ausnützen und sind zusätzlich an gewisse Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen und an die Verfügbarkeit von Tagesmüttern gebunden. Es stellt sich heraus, dass nur diejenigen davon profitieren, die ohnehin gewöhnliche Arbeitszeiten (zwischen acht und 18 Uhr) haben. Darüber hinaus sind arbeitende Eltern auch von ihrem Arbeitsverhältnis abhängig und davon, ob ihr/e Arbeitsgeber/in die Mitteilungsfrist für flexible Arbeitszeiten respektiert oder nicht. Eine bejahende Antwort kommt vor allem von arbeitenden Müttern, diese sind mit der besseren Verfügbarkeit zufrieden, da sie mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können und sich somit weniger gestresst und müde hinsichtlich der Mutterschaft fühlen. Andere Mütter wiederum klagen darüber, dass sie durch die 35-Stunden-Woche mehr gestresst sind als zuvor. Vor allem jene in höheren Positionen betonen, dass die Arbeit zwar kürzer, aber viel intensiver und dies mental anstrengender sei, auch wenn sie insgesamt weniger arbeiten. Alles in Allem zeigen die Ergebnisse der Studie, dass es nicht reicht, die Arbeitszeit pro Woche zu reduzieren, um arbeitenden Müttern und Vätern eine bessere Bewältigung ihres Familienlebens zu ermöglichen. Auch wenn das Gesetz ein Schritt in die richtige Richtung darstelle, sind zusätzlich andere Bedingungen, die Arbeitszeiten in Firmen und Vereinbarungen zur Kinderbetreuung betreffend, erforderlich, meint die Autorin. (vgl. FAGNANI und LETABLIER 2004: 552-567)

Österreichische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Vollzeitbeschäftigung verbringen im Gegensatz zu Frankreich und auch im internationalen Vergleich sehr viel Zeit im Beruf: „41,5 Stunden pro Woche“ heißt es diesbezüglich von der Arbeiterkammer. (vgl. ARBEITERKAMMER 2017a) Österreicherinnen und Österreicher arbeiten nicht nur viel mehr, sondern erledigen vieles auch in Überstunden, die zu einem Fünftel unbezahlt bleiben. Demnach hat die

Bundesregierung für 2017/18 ein neues Arbeitsprogramm vorgestellt, das „die Flexibilisierung der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber“ forciert. (vgl. ebd.) Vor allem Mütter sollten durch die Elternschaft im Beruf weniger diskriminiert werden. Nach wie vor kommt es zu enormen Benachteiligungen, wenn Frauen eine Schwangerschaft bekannt geben bzw. nach dem Elternurlaub wieder in ihren Beruf zurückkehren. (vgl. ARBEITERKAMMER 2017b) Eine Erhebung der Arbeiterkammer von 2016 zeigt, dass es in den meisten Fällen zu „Verschlechterungen des Arbeitsklimas bzw. den Arbeitsbedingungen“ (40%) kommt. In 34% der Fälle werden „schlechtere Tätigkeiten“ zugewiesen, 22% der benachteiligten Mütter haben ihr Arbeitsverhältnis verloren und 19% mussten ihre Führungsposition abgeben. (vgl. ebd.) Alles in Allem zeigt sich, dass sich die Vereinbarung der Erwerbstätigkeit und die gleichzeitige Mutterschaft oftmals schwierig darstellt, und es zu Benachteiligungen von Frauen mit Kindern kommt.

4. Unterschiede auf regionaler Ebene

Nachdem in den vorhergehenden Teilen der Arbeit eher auf die nationalen soziokulturellen Prägungen eingegangen wurde, werden nun regionale Differenzierung in den beiden Ländern untersucht, um die zu Beginn vorgestellte Fragestellung beantworten zu können. Diese lautet: Herrschen regionale Unterschiede innerhalb der nationalen Prägungen in Österreich und Frankreich vor, wenn es um die Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern geht? Dabei soll herausgefunden werden, ob es innerhalb der nationalen Prägungen auch zu Unterschieden auf regionaler Ebene kommt und inwiefern diese in Verbindung zueinanderstehen. Dieses Kapitel dient insbesondere auch als Vorbereitung für den empirischen Teil, in dem regionale Unterschiede noch genauer unter die Lupe genommen werden.

BAIERL und KAINDL (2017: 26) merken an, dass es neben nationalen Vergleichen immer auch zu einer Betrachtung der Regionen kommen muss: Vergleiche „auf gesamtstaatlicher Ebene sind grundlegend fragwürdig, da auch innerhalb der Länder massive regionale Unterschiede bestehen können.“ Soziokulturelle Prägungen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern können sich demnach stark innerhalb des Landes unterscheiden, da auch die Faktoren, die eine Erwerbstätigkeit möglich machen, nicht überall gleich sind. So könnte man etwa meinen, dass der Arbeitsstatus der Mutter von den Möglichkeiten der Kinderbetreuung beeinflusst wird und

die Verfügbarkeit in Abhängigkeit zu den infrastrukturellen Gegebenheiten steht. Überdies spielt natürlich auch die regionale Familienpolitik eine besondere Rolle. Die lokalen Interessensvertreter und politischen Strukturen vor Ort werden bei WUNDERLICH (2014) eingehend erforscht. Dabei wird deutlich, dass auch den Akteurskonstellationen auf örtlicher und überörtlicher Ebene besondere Betrachtung zukommen muss. „Dazu gehören die Akteure des kommunalen politisch-administrativen Systems, örtliche Akteure und Familien.“ (WUNDERLICH 2014: 122) Der Autor betont, dass die Rahmenbedingungen dabei ganz wesentlich von den Familien selbst gesteuert werden können, indem „(1) ein familienpolitisches Thema benannt wird, (2) dieses auf die Verwaltungs- oder Politik-Agenda gelangt, (3) daraus ein konkretes Programm bzw. eine Maßnahme entwickelt und verabschiedet wird sowie anschließend (4) umgesetzt und (5) ggf. evaluiert wird.“ (ebd.) Politische Maßnahmen werden zu einem großen Teil natürlich vom Bund gesteuert, trotzdem wird klar, dass auf regionaler Ebene eigene Dynamiken von lokalen Interessensvertretern ausgehen können, die sich auch in den Regionen widerspiegeln.

4.1. Regionale Varianz in Österreich

Bereits DUNCAN (1995: 279ff) stellte fest, dass es innerhalb Österreichs zu einer Unterteilung in moderne städtische Gebiete und traditionelle ländliche Regionen kommt. Die Anzahl der Kinder pro Frau unterscheiden sich im Jahr 2014 wie folgt. Die totale Fertilitätsrate ist auf NUTS-1 Ebene in Westösterreich am höchsten (1,56) und in Südösterreich am niedrigsten (1,43), wobei sie in Ostösterreich mit 1,43 Kindern pro Frau beinahe dem Wert des gesamtösterreichischen Durchschnitts entspricht. Auf Bundeslandebene können Differenzierungen zwischen 1,3 und 1,6 Kindern pro Frau untersucht werden, wobei die Gesamtfertilitätsrate im Burgenland und in der Steiermark am niedrigsten ist, und die höchsten Werte, gefolgt von Salzburg und Wien, in Oberösterreich und Vorarlberg zu verzeichnen sind. Auf NUTS-3 Ebene ist hierbei die größte Schwankungsbreite beobachtbar: die Gesamtfertilitätsrate liegt im Südburgenland bei 1,29 Kindern pro Frau, wobei sie im Mühlviertel in Oberösterreich 1,72 beträgt. Demnach ist ein Unterschied von 0,5 Kindern pro Frau auf NUTS-3 Ebene beobachtbar. (vgl. STATISTIK AUSTRIA 2014)

Auch RIEDERER und BUBER-ENNSER (2016) untersuchten diesbezügliche Unterschiede hinsichtlich der Realisierung des Kinderwunsches und konnten dabei wichtige soziokulturelle Prägungen feststellen. Dabei werden Differenzierungen zwischen Wien und den restlichen

Gebieten in Österreich beobachtet. Hauptstädte und größere Städte weisen in Österreich überdies normalerweise eine geringere Fertilitätsrate als der ländliche Raum auf. Dies wird in der Literatur anhand folgender Punkte erklärt: erstens kommt es zu unterschiedlichen Opportunitätsstrukturen zwischen den Regionen, zweitens sind lokale Muster der sozialen Interaktion bzw. der kulturellen Normen beobachtbar, drittens gibt es Unterschiede hinsichtlich der Verteilung von individuellen Merkmalen, und viertens stellt die selektive Migration einen Grund für regionale Differenzierungen dar. Städtische und ländliche Regionen variieren darüber hinaus auch in anderen Aspekten, die für das Reproduktionsverhalten und die Fertilität relevant sind. Demnach spielt auch das Angebot der formellen und informellen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder eine wesentliche Rolle im regionalen Vergleich. Diese sind meistens in den städtischen Regionen zu einem größeren Teil verfügbar, wobei eine höhere Anzahl an Kindern im ländlicheren Raum wahrscheinlicher ist. Dieses Paradox ist von den verschiedenen Kinderwünschen von Paaren am Land bzw. in der Stadt geprägt. Paare neigen im ländlichen österreichischen Raum eher dazu, sich mehr Kinder zu wünschen als Paare in den Städten. Die Auffassung über die ideale Familiengröße kann infolgedessen bedeutend abweichen, da Frauen durch ihr höheres berufliches Engagement vor allem in den Städten oftmals gar keine Kinder haben wollen. Dazu kommt, dass Personen in den städtischen Gebieten Österreichs für gewöhnlich höher gebildet sind, da Akademikerinnen und Akademiker auch hier ihr Studium absolvieren. Der Berufsstatus der Frau ist dabei wesentlich für das Aufschieben einer Schwangerschaft verantwortlich, wobei die tatsächliche Realisierung der Kinderwünsche in den Städten auch geringer ausfällt, als in den ländlichen Gebieten. Überdies kommen viele Menschen der Ausbildung wegen in die Stadt und bleiben anschließend zumindest einige Jahre dort. Diese vertreten weniger traditionelle Auffassungen als Paare am Land, wo der Elternschaft generell ein höherer Stellenwert zugeschrieben wird. Eine längere Ausbildung führt in der Stadt schließlich auch zu einem höheren Alter bei der Geburt des ersten Kindes, wobei Kinderwünsche im ländlichen Raum schon viel eher und in jüngeren Jahren realisiert werden und es infolgedessen auch zu mehreren Kindern pro Frau kommt.

(vgl. RIEDERER und BUBER-ENNSER 2016: 2-8)

4.1.1. Geographische Grundzüge des Betreuungssektors in Österreich

Regionale Differenzierungen der Betreuungsmöglichkeiten spielen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern eine wesentliche Rolle. Auch wenn der österreichische Durchschnitt der Kinderbetreuung über 30 Stunden von Kindern unter drei Jahren 2014 bei 7% liegt, gibt dieser Prozentsatz keinen Einblick auf die Situation auf regionaler Ebene.

(Vergleiche Tabelle 2) Dabei unterscheiden sich die Anteile in den verschiedenen Regionen für die Kinderbetreuung insgesamt nun unabhängig von der Betreuungszeit selbst für das Jahr 2013 sehr stark. Für die Steiermark gilt etwa folgendes: 11,9% der unter dreijährigen Kinder werden institutionell betreut, während sich im Gegensatz dazu in Wien 40,3% in institutioneller Betreuung befinden. (vgl. BAIERL und KAINDL 2017: 26) Auffallend ist, dass es in den Hauptstädten der Bundesländer zu einem höheren Anteil der institutionellen Kinderbetreuung kommt. Ganz deutlich zeigt sich der Unterschied hierzu im Schuljahr 2011/12 in der Steiermark: der durchschnittliche Wert des Bundeslandes ist sehr niedrig, da die Betreuungsquote in allen politischen Bezirken im ländlichen Raum unter 10% liegt. Lediglich in Graz ist der Anteil von Kindern unter drei Jahren, die institutionell betreut werden, höher und umfasst 20% bis 25%. Diese Zahlen werden in Abbildung 5 auf einer Karte veranschaulicht. Dabei sticht auch der dunkler gefärbte Osten des Landes deutlich mit seinen höheren Betreuungsquoten heraus. Hinsichtlich dieser regionalen Differenzierungen im Betreuungssektor, erscheint es logisch, dass es auch bezüglich der Erwerbstätigkeit von Müttern zu einer unterschiedlichen Verteilung der Erwerbsquoten kommt.

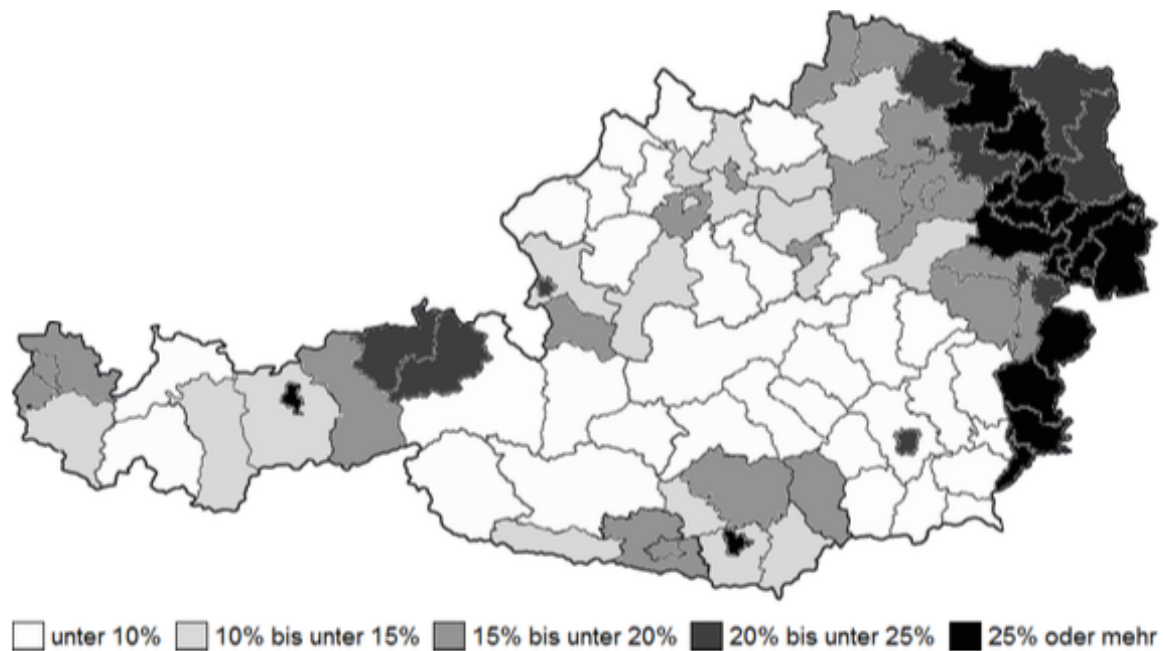


Abbildung 5: Betreuungsquoten von Kindern unter drei Jahren 2011/12

(Quelle: BLUM und KAINDL 2014: 36)

Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren liegen demnach vor allem im Burgenland, in Niederösterreich und in Wien bei über 20%. Es lässt sich ein grundsätzliches Ost-West-Gefälle in Österreich beobachten, wobei vereinzelt die Hauptstädte der Bundesländer mit einer höheren Quote herausstechen. Infolgedessen können nicht nur geographische Differenzierungen zwischen den Ländern, sondern auch Unterschiede innerhalb der Bundesländer analysiert werden. BLUM und KAINDL (2014: 36) merken dabei an, dass „die institutionellen Rahmenbedingungen des jeweiligen Bundeslandes zumindest keine determinierende Wirkung haben, sondern die lokalen Gestaltungsspielräume beim Ausbau der Kindertagesbetreuung hoch liegen.“ Für Graz und seine umliegenden Regionen, welchen im empirischen Teil eine ausführlichere Betrachtung zukommt, lässt sich hierbei eine starke Unterscheidung zwischen dem urbanen und ländlichen Raum feststellen. Vergleicht man etwa die Steiermark mit Oberösterreich, nimmt man in letzterem weniger ausgeprägte Differenzierungen innerhalb des Bundeslandes wahr.

Zu den grundsätzlichen Unterschieden des Betreuungsangebots, kommen darüber hinaus auch wesentliche Qualitätsunterscheidungen im Betreuungssektor selbst (BUBER-ENNSER 2015: 124). Demnach unterscheidet sich die Anzahl der Kinder pro Betreuungskraft in den Ländern. Zudem kommt eine erhöhte privat organisierte Betreuung durch Familienmitglieder im ländlichen Raum, die in den Städten seltener stattfindet. So werden in traditionellen Regionen „Betreuungsleistungen für unter Dreijährige v.a. durch die Familien selbst erbracht.“, was jedoch nicht gezwungenermaßen heißen muss, dass die Mutter diese übernimmt. (BLUM und KAINDL 2014: 8) Folglich können Mütter im ländlichen Raum durch private Hilfeleistungen trotzdem erwerbstätig sein, ohne dass eine formelle Betreuungsmöglichkeit in Anspruch genommen werden muss. Die Autorinnen MOSIMANN und GIGER (2008: 240) weisen weiters darauf hin, dass der Ausbau von „familienergänzende[n] Betreuungsinfrastrukturen für Kinder“ wahrscheinlicher und einfacher ist, wo „die Vorstellung einer traditionellen Familie als ideale Lebensform nicht mehr so tief verankert ist“. Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gebieten ergeben sich durch die Einbeziehung der Einwohnerzahl. Demnach zeigen sich urbane soziokulturelle Prägungen und modernere Strukturen nicht nur in Städten, sondern auch in einwohnerstarken ländlichen Gebieten durch den sogenannten „Zentrumseffekt“. Zudem können diese „aufgrund eines hohen Arbeitsplatzangebots sowie guter Infrastrukturangebote einen signifikanten Einfluss des Pendleranteils auf die Betreuungsplätze aufweisen“ (ebd. 241).

4.1.2. Erwerbstätigkeit von Müttern innerhalb Österreichs

Die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung stehen in direktem Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit von Müttern. Diese stellt sich, wie in Kapitel 4.1.1. erläutert, im österreichischen ländlichen Raum schwieriger dar, als in den urbanen Gebieten des Landes, da institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen vor allem für Kinder unter drei Jahren weniger gegeben sind. Lange Arbeitszeiten von vollzeitbeschäftigten Müttern, die Notwendigkeit pendeln zu müssen und das begrenzte Angebot an leistbaren Betreuungseinrichtungen für Kinder veranlasst Mütter darüber hinaus und insbesondere im ländlichen Raum dazu, ihre Arbeitszeiten zu verringern oder für eine längere Zeit völlig darauf zu verzichten. (vgl. BIFFL 2006: 13). Die Autorin merkt jedoch kritisch an, dass dies ihre Berufsperspektiven vor allem innerhalb Kleinen und mittleren Unternehmen verschlechtert, wobei Karrieremöglichkeiten für hochqualifizierte Frauen, die teilzeitbeschäftigt sind, eher im öffentlichen Sektor möglich sind. (vgl. ebd.)

4.1.3. Kurzcharakteristik der Stadt Graz und der umliegenden steiermärkischen Regionen

In Hinblick auf die Analyse der ausgewählten Region Graz und Umgebung, die Inhalt des empirischen Teils dieser Diplomarbeit ist, werden nun in Kürze allgemeine Bemerkungen zur Region vorgenommen. Die Steiermark zeichnet sich durch differenzierte „raum- und wirtschaftsstrukturelle Charakteristika“ aus. (AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 2011a: 6) Bedeutend ist dabei, dass die Landeshauptstadt Graz eine wichtige Industrieregion darstellt und ihr ländliche Regionen, die von Gebirgszügen und Waldgebieten geprägt sind, gegenüberstehen. (vgl. ebd.) Demnach ist die Steiermark ein Bundesland, in dem Differenzierungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen sehr gut untersucht werden können. Zudem verfügt die Region über eine „technologisch hochwertige[n] Industrie“ und kann als wichtiger Wirtschaftsstandort auf nationaler und internationaler Ebene eingestuft werden. (ebd.) Der steirische Zentralraum gilt in Österreich als einer der „größten städtischen Agglomerationsräume“, wobei die Bevölkerungsentwicklung unterschiedlich ausfällt. Starke Bevölkerungszuwächse gab es vor allem für die Stadt Graz und ihre umliegenden Bezirke. Prognosen zeigen, dass dieser Trend auch in Zukunft fortgesetzt wird. Demgegenüber stehen periphere Gebiete im (nord-)westlichen Teil der Region, die teilweise deutliche Bevölkerungsverluste einbüßen müssen. (vgl. ebd. 9,11) Eine eingehendere Betrachtung findet

die Region im zweiten Hauptteil dieser Arbeit. Im folgenden Kapitel wird nun eine Analyse der unterschiedlichen soziokulturellen Prägungen in Frankreich vorgenommen.

4.2. Regionale Varianz in Frankreich

Im Folgenden werden nun regionale Unterschiede zur Erwerbstätigkeit von Müttern innerhalb der Staatsgrenze in Frankreich analysiert. Zunächst sei darauf hingewiesen, dass es in Frankreich zu einer anderen Einteilung der Gebietskörperschaften kommt. Neben den 18 Regionen (NUTS 2), die mit den österreichischen Bundesländern gleichzusetzen sind, kommt es überdies zu einer Einteilung der NUTS-3-Regionen, den sogenannten Departements. Diese schließen auch die fünf Überseegebiete DOM (Départements d'outre-mer) Guadeloupe, Martinique, Guyane, Réunion und Mayotte mit ein. Grundsätzlich zeigen sich geographische Unterschiede hinsichtlich der Anzahl der pro Frau geborenen Kinder in Frankreich. Diese ist nämlich in den Regionen des Nordens, Nordwestens und Westens am höchsten, wobei die niedrigsten Geburtenraten in den Regionen des Südwestens, im Elsass, in Lothringen und auf Korsika zu verzeichnen sind. (vgl. AERTS 2013: 1) Im Südwesten Frankreichs befindet sich die Stadt Toulouse mit ihren umliegenden Departements, welche Teil der ausführlicheren Auseinandersetzung auf regionaler Ebene ist. Die Fertilitätsrate ist in den französischen Überseegebieten kontinuierlich höher als in Metropolitan-Frankreich, dem französischen Mutterland. Diese Regionen stellen eine Ausnahme dar und reagieren nicht so, wie die französischen Departements in Europa. Aus diesem Grund werden diese Zahlen zumeist gesondert angeführt, da es sonst zu einer ungewollten Verzerrung der Daten des französischen Mutterlandes kommen würde. (vgl. DESPLANQUES 2011: 459)

In Abbildung 6 wird die Anzahl der Kinder pro Frau in den französischen Regionen in einer Karte dargestellt. Die regionalen Unterschiede werden gut veranschaulicht, und es wird deutlich, dass die höchste Fertilitätsrate mit 3,49 Kindern pro Frau in Französisch-Guayana in Südamerika liegt. (vgl. AERTS 2013: 2) Zur erhöhten Geburtenrate in den Überseegebieten kommt auch ein durchschnittlich jüngeres Alter während der ersten Schwangerschaft in diesen Departements. Dies erklärt auch die wesentlich höhere Fertilitätsrate bereits in jungen Jahren. Ferner kommt es auch bei Frauen über 35 Jahren zu mehr Geburten, als im europäischen Frankreich. Das durchschnittliche Alter bei der Geburt des ersten Kindes ist in den DOM viel niedriger und zumeist so hoch, wie in den restlichen Regionen Frankreichs, in denen Frauen

bereits sehr früh ihre Kinder zur Welt bringen. Diese Beobachtungen lassen sich vor allem im Norden von Frankreich vornehmen. (vgl. AERTS 2013: 3f)

Die durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Frau liegt in der bevölkerungsdichtesten Region Île-de-France, zu der auch die Hauptstadt Paris zählt, zwischen 2,00 und 2,37. Diese fällt für eine so stark urbanisierte Region vergleichsweise hoch aus. In den meisten französischen Regionen liegt die Fertilität, die als Anzahl der Kinder pro Frau verstanden werden muss, in jenen Departements auf einem niedrigeren Niveau, in denen sich auch die Hauptstadt der jeweiligen Region befindet. Demnach ist die totale Fertilitätsrate in den umliegenden ländlichen Departements der Region Midi-Pyrénées höher als in der Hauptstadt Toulouse selbst. Daraus lässt sich schließen, dass die

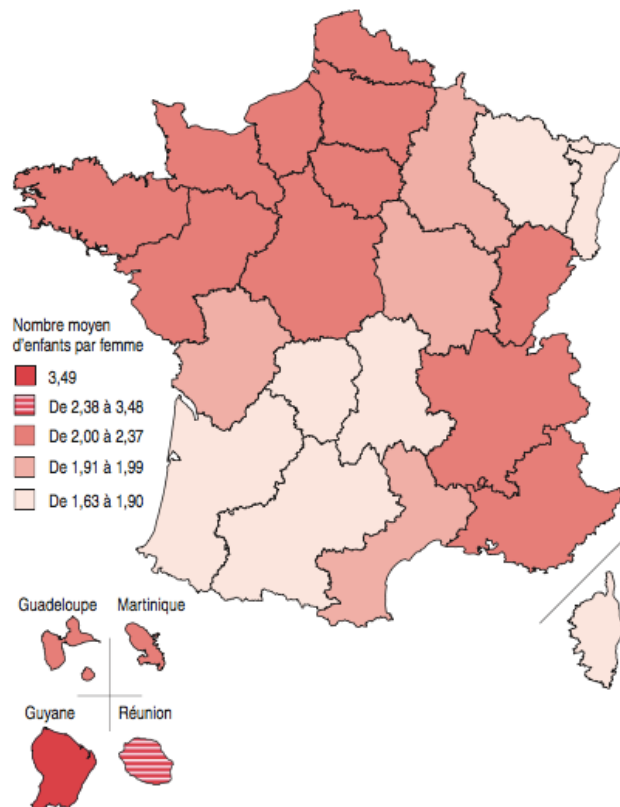


Abbildung 6: Anzahl der Kinder pro Frau in den Regionen Frankreichs im Jahr 2009

(Quelle: INSEE 2009, zitiert nach AERTS 2013:2)

Fertilitätsrate in den meisten urbanisierten Teilen Frankreichs niedriger ist als im ländlichen Raum. Im Vergleich zur gesamtstaatlichen Fertilitätsrate ist die totale Fertilitätsrate in den ländlichen Gemeinden von Metropolitan-Frankreich besonders hoch. Sie beträgt zirka zwei Kinder pro Frau in den kleineren städtischen Siedlungseinheiten und auch im Pariser Ballungsraum. Im Gegensatz dazu fällt sie in den übrigen Ballungszentren mit mehr als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern niedriger aus (etwa 1,85 Kinder pro Frau). Zum Ergebnis einer besonders hohen totalen Fertilitätsrate kommt man demnach vor allem in Regionen mit einer ländlichen Bevölkerung, wie etwa in der Bretagne oder auch im Südwesten des Landes. In größeren Regionen, die insgesamt sehr urbanisiert sind, wie die Île-de-France, Nord-Pas-de-Calais oder Provence-Alpes-Côte d'Azur kommt es zu weniger großen Differenzierungen innerhalb dieser Regionen zwischen den ländlichen und städtischen Gebieten. Demnach sind es

vor allem die kleinen und mittleren Siedlungseinheiten in Frankreich, die am meisten zur hohen totalen Fertilitätsrate beitragen. (vgl. DESPLANQUES 2011: 460)

Während des Babybooms, der die Periode zwischen dem zweiten Weltkrieg und den 1960er und 1970er Jahren meint, in der die Geburtenrate in allen europäischen Staaten deutlich angestiegen ist, war die Disparität der Fertilitätsrate zwischen dem städtischen und ländlichen Raum in Frankreich stärker ausgeprägt. (vgl. AERTS 2013: 1) Doch nach wie vor sind Differenzierungen zwischen Stadt und Land beobachtbar. Die Gründe für eine höhere Fertilitätsrate in ländlichen Gebieten sind mannigfaltig. Ein besonders zentrales Kriterium bildet die Wohnsituation in französischen Städten. Zum einen sind die Mietpreise sehr hoch, zum anderen lebt die städtische Bevölkerung auf engstem Raum, was viele Paare dazu veranlasst, entweder in die französische Peripherie zu ziehen oder den Kinderwunsch aufzugeben. (vgl. DESPLANQUES 2011: 465) GUY DESPLANQUES ist ehemaliger Leiter des französischen Instituts für Demographie. Er hat sich in seiner Arbeit unter anderem mit der Geburtenrate Frankreichs und den Gründen für regionale Unterschiede auseinandergesetzt. Ausschlaggebend für die Disparitäten der totalen Geburtenziffer innerhalb Frankreichs sei laut Desplanques auch das Ausmaß der regionalen Traditionen. Er betont, dass Frauen viele Kinder bekommen, wenn sie selbst aus einer Familie mit vielen Geschwistern/Kindern stammen. (vgl. ebd. 469)

Unterschiede auf regionaler Ebene in Frankreich in Bezug auf die Anzahl der Kinder pro Frau wurden in diesem Kapitel erläutert. Im Folgenden geht es darum, die Möglichkeiten der Kinderbetreuung in den verschiedenen Regionen gegenüberzustellen.

4.2.1. Geographische Grundzüge des Betreuungssektors in Frankreich

Ähnlich wie in Österreich kommt es auch in Frankreich zu regionalen Unterschieden hinsichtlich des Betreuungssektors. Die Möglichkeiten zur Betreuung von Kleinkindern können dabei in den verschiedenen Departements wesentlich abweichen. So kam es zu einer sehr differenzierten Verteilung der Betreuungsmöglichkeiten innerhalb des Landes und in den Regionen waren „zwischen 2 und 30 Plätze für 100 Kleinkinder“ in den Krippen verfügbar. (SALLES 2009: 10) Grundsätzlich kann darauf hingewiesen werden, dass die Art der Betreuung von mehreren Faktoren abhängig ist und dabei „das Betreuungsangebot, die finanziellen Mittel und die Arbeitszeiten der Eltern, die geografische Nähe oder die Öffnungszeiten der Einrichtungen“ die Wahl für die jeweilige Betreuungsform bestimmen. (ebd.)

Theoretisch können Familien in Frankreich frei wählen, welche Art der Betreuungsform sie für ihr Kind nutzen wollen. In der Umsetzung gestalten sich die Wahlmöglichkeiten weniger frei, da nicht jede Betreuungsform in allen Regionen vertreten ist. Auch die räumliche Verteilung der Betreuungsmöglichkeiten ist nicht gleich. Eine institutionelle Betreuung in welcher Form auch immer ist aus geographischer Sicht nicht immer umsetzbar. Überdies sind Familien häufig gezwungen die kostengünstigste Betreuungsform (kommunale Krippen) auszuwählen, da in diesem Fall die Beiträge vom Einkommen der Eltern abhängig gemacht werden. (vgl. FAGNANI und LETABLIER 2002: 204) Krippenplätze sind wie bereits erwähnt sehr ungleich auf die Regionen verteilt. Beinahe 50% der Plätze befinden sich im Großraum Paris, wobei sich diese in konzentrierter Form im Pariser Stadtzentrum und in den angrenzenden Vororten der Hauptstadt befinden. (vgl. ebd.) Hierbei sei aber noch einmal auf die hohe Geburtenrate im Großraum Paris hingewiesen. Pariserinnen können ihren Beruf – in zumeist höheren Positionen, dank der gut ausgebauten Betreuungsinfrastruktur für ihre Kinder, dennoch ausüben und es besteht somit ein positiver Zusammenhang zwischen der totalen Fertilitätsrate und den Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Demgegenüber steht jedoch die Tatsache, dass viele Paare, die sich ein Kind wünschen, letztendlich dazu neigen, die Region Île-de-France zu verlassen. (vgl. DESPLANQUES 2011: 469)

4.2.2. Erwerbstätigkeit von Müttern innerhalb Frankreichs

JEANNE FAGNANI (1990: 187) beschäftigte sich schon in den 1990er Jahren mit der Erwerbstätigkeit von Müttern in Frankreich und stellte diese in Verbindung mit der Größe der Stadt, in der diese leben. Spannend ist dabei, dass es zu geringeren Unterschieden kommt, wenn Mütter nur ein Kind haben. Sobald diese zwei oder mehr Kinder zur Welt bringen, werden regionale Differenzierungen – die berufliche Aktivität und die Größe der Stadt betreffend – größer. (vgl. ebd. 185)

Wie aus der Literatur deutlich hervorgeht, bieten französische Stadtzentren vor allem Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor für qualifizierte Personen an, die sich zumeist eine kleinere Familie wünschen. Weniger qualifizierte Erwerbstätige finden zwar auch einen Arbeitsplatz in der Stadt, leben aber in den umliegenden ländlichen Gebieten. Darüber hinaus locken Städte vor allem Personen an, die alleine leben oder zum Studieren/zur Ausbildung in die Großstadt ziehen. Familien wohnen bevorzugt in den Vororten oder kleineren Städten. Unter den Frauen zwischen 25 und 39 Jahren, die in Paris wohnen, leben 31,3% alleine. Im

Rest von Frankreich liegt der Anteil der Single-Frauen bei 11,6%. Zwei von drei Frauen zwischen 25 und 39 Jahren, die in den kleineren Städten wohnen, sind Mütter. (vgl. DESPLANQUES 2011: 465)

Hinsichtlich des sozialen Umfeldes fällt auf, dass die Fertilität im Arbeitermilieu und landwirtschaftlichen Sektor am höchsten ist. Am niedrigsten ist sie bei Personen, die in höheren Positionen beschäftigt sind. Dies zeigt auch, dass die Anzahl der Kinder pro Frau mit ihrem Bildungsniveau und Berufsstatus in Verbindung gebracht werden kann. Die Mehrheit der Frauen in Frankreich, die sehr hoch qualifiziert sind, haben keine Kinder. Demnach lassen sich mit Hilfe des Bildungsstandes auch die regionalen und lokalen Disparitäten innerhalb Frankreichs hinsichtlich der Fertilitätsrate erklären, da die Verteilung der abgeschlossenen Ausbildung mit dem Wohnort variiert. Frauen, die in südwestlichen Regionen wohnen, haben innerhalb Frankreichs die niedrigste Fertilitätsrate zu verzeichnen und zählen gleichzeitig auch zu einer der qualifiziertesten Bevölkerungsgruppen. Dieser positive Zusammenhang kann jedoch nicht für alle französischen Regionen gleichermaßen hergestellt werden. (vgl. ebd. 467f)

4.2.3. Kurzcharakteristik der Stadt Toulouse und der umliegenden Regionen

Genauere Betrachtung auf regionaler Ebene innerhalb dieser Diplomarbeit kommt in Frankreich der südöstlich gelegenen Hauptstadt Toulouse der Verwaltungsregion Okzitanien und des Departements Haute-Garonne zu. Neben dem letztgenannten werden folgende sechs umliegende Departements analysiert: Ariège, Aude, Tarn, Tarn-et-Garonne, Gers und Hautes-Pyrénées. Okzitanien stellt die fünft bevölkerungsdichteste Region von Frankreich dar, die auch in Zukunft mit einem bedeutenden Bevölkerungszuwachs rechnen muss. Es setzt sich aus den ehemaligen Regionen Midi-Pyrénées und Languedoc-Roussillon zusammen. Ein Fünftel der Bevölkerung lebt in einer der großen Städte, zu der auch Toulouse mit 725 000 Einwohnerinnen und Einwohnern gehört. Mehr als die Hälfte der okzitanischen Bevölkerung lebt jedoch im ländlichen Raum. Die südöstliche Region schließt den französischen Teil der Pyrenäen ein und umfasst somit den zweithöchsten Gebirgszug Frankreichs. Sie liegt zwischen Mittelmeer und Atlantik und schließt außerdem die sehr flache Landschaft um den Fluss Garonne ein. Die Hälfte der Fläche Okzitanien wird landwirtschaftlich genutzt. Darüber hinaus zählen Teile der Region zum größten Weinbaugebiet der Welt. Des Weiteren bietet die Region 213 000 Arbeitsplätze im industriellen Bereich. Die Raumfahrtindustrie und die Luftfahrt bilden dabei die größte ansässige Industrie. Große wirtschaftliche Bedeutung kommt überdies auch dem Tourismus zu. (vgl. RÉGION LANGUEDOC-ROUSSILLON-MIDI-PYRÉNÉES 2017)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Region um Toulouse eine bemerkenswerte wirtschaftliche Stellung in Frankreich einnimmt. Darüber hinaus bietet sie ein hervorragendes Beispiel für Untersuchungen auf regionaler Ebene, da soziokulturelle Unterschiede zwischen dem ländlichen Raum und der Stadt Toulouse analysiert werden können und somit die Forschungsfrage der vorliegenden Diplomarbeit anhand dieser Region gut beantwortet werden kann.

5. Zwischenfazit der soziokulturellen Forschungsperspektive

Die theoretische Forschungsperspektive der vorliegenden Diplomarbeit hat gezeigt, dass hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern unterschiedliche Komponenten berücksichtigt werden müssen, um einen Einblick in soziokulturelle Prägungen auf nationaler und regionaler Ebene in Österreich und Frankreich geben zu können. Gesellschaftliche Auffassungen können dabei oftmals im Hinblick auf die Vergangenheit und historisch geprägte Traditionen erklärt werden. Grundsätzlich wird aber deutlich, dass die europäischen Länder eigene Regeln befolgen, wenn es um die Fertilität und Erwerbstätigkeit der Frau geht. Dabei gilt es auch, diesen Zusammenhang unter Berücksichtigung der politischen Einflüsse und vorherrschenden Meinungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu untersuchen.

Der nationale Vergleich zwischen Österreich und Frankreich hat gezeigt, dass in Österreich Frauen zwar mehr arbeiten aber dementsprechend weniger Kinder bekommen. In Frankreich arbeiten Frauen insgesamt zwar nicht so viel, zum großen Teil aber in Vollzeit und bekommen dennoch mehr Kinder als Österreicherinnen. Folglich kann man sagen, dass die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie für Französinnen besser funktioniert, wobei darauf hingewiesen werden muss, dass die vollständige Erwerbstätigkeit oftmals vorausgesetzt wird. Frauen können in Österreich im Gegensatz dazu Mütter sein und können von der Erwerbstätigkeit zumindest für eine Zeit lang Abstand nehmen. Vor- bzw. Nachteile des jeweiligen Systems werden bei genauerer Betrachtung für beide Staaten deutlich, wobei Frankreich immer wieder mit einer sehr hohen Geburtenrate und vorbildlichen Familienpolitik auffällt. In Österreich hingegen, wird die Mutterschaft gefördert indem Mütter lange bei ihren Kindern bleiben können und eine eigene Betreuung oftmals durch eine Teilzeitbeschäftigung möglich gemacht wird. Auffallend ist bei der österreichischen Familienpolitik, dass Förderungen zu einem

Großteil aus Geldleistungen bestehen. Gegensätzliche Auffassungen gibt es auf nationaler Ebene in Erziehungsfragen. Die französische Kultur sieht nämlich vor, Kinder so schnell wie möglich in die Gesellschaft zu integrieren. (vgl. FAGNANI 2002: 113) Dies erleichtert zwar die Wahl für die Erwerbstätigkeit von Müttern, gleichzeitig wird vor allem in den letzten Jahren deutlich, dass sich immer mehr französische Mütter eine Mutterschaft ohne vollständiger Erwerbstätigkeit wünschen. (vgl. BADINTER 2010: 182ff) Französische Mütter müssen neben der vollzeitigen Erwerbstätigkeit nebenbei auch noch Mütter sein, den Haushalt erledigen und natürlich ihrer Rolle als (Ehe-)Frauen gerecht werden. Die demographische Sichtweise zeigt ein für das Bevölkerungswachstum sehr gute Geburtenrate als positives Argument und blendet dabei soziokulturelle Schwierigkeiten, die mit diesen Gegebenheiten einhergehen, völlig aus.

Auf regionaler Ebene lassen sich sowohl in Frankreich als auch in Österreich, unterschiedliche soziokulturelle Prägungen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern beobachten. In beiden Ländern kommt es zu regionalen Disparitäten zwischen dem städtischen und ländlichen Raum, wobei darauf hingewiesen werden muss, dass nationale Prägungen diese überlagern. In den Städten ist die totale Fertilitätsrate nicht so hoch, wie im ländlichen Raum. Dies gilt vor allem für Österreich, in Frankreich gibt es diesbezügliche Ausnahmen, wie etwa Paris. Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind in den Städten in beiden Ländern in einem höheren Ausmaß gegeben.

Im Hinblick auf die im einleitenden Kapitel vorgestellte Forschungsfrage dieser Diplomarbeit lässt sich nun auf Basis des theoretischen Teils folgendes Zwischenfazit erstellen, das in weiterer Folge noch einmal mit der Empirie validiert wird. Nationale soziokulturelle Prägungen sind in Österreich und Frankreich maßgeblich für die Erwerbstätigkeit von Müttern verantwortlich. In beiden Ländern lassen sich aber gleichermaßen auch innerhalb dieser nationalen Prägungen regionale Differenzierungen untersuchen. Diese fallen sehr ähnlich aus, auch wenn die Geburtenrate in Frankreich in allen Regionen höher ist, als in Österreich. Die vorgestellten Hypothesen lauteten wie folgt: (1) Wenn die Akzeptanz auf nationaler Ebene höher ist, dann arbeiten Frauen öfter in Vollzeit und bekommen trotzdem mehr Kinder. (2) Wenn die Akzeptanz auf regionaler Ebene höher ist, dann bekommen Frauen weniger Kinder und nehmen eine fortschrittlichere Stellung im zweiten demographischen Übergang ein.

Diesbezüglich lässt sich sagen, dass unter Berücksichtigung der vorgestellten Literatur die erste Hypothese vollständig und die zweite Hypothese zum Teil zutrifft. Hypothese 2 lässt sich

hinsichtlich der Stellung im zweiten demographischen Übergang erst im empirischen Teil dieser Arbeit untersuchen. Die Akzeptanz hinsichtlich der Erwerbstätigkeit der Mütter richtet sich folglich nach den Auffassungen der Gesellschaft und ist auf nationaler Ebene da höher, wo Frauen mehr arbeiten. Die Anzahl der Kinder pro Frau ist in weiterer Folge von den Infrastrukturmöglichkeiten zur Kinderbetreuung abhängig und kann auch maßgeblich von der Familienpolitik gesteuert werden, denn wie auch ELISABETH BADINTER (2010: 148) betont: „Keinem Land kann seine Geburtenrate gleichgültig sein.“

6. Nationale und regionale Prägungen der Erwerbstätigkeit von Müttern

Neben den vielen genannten Faktoren, die die Erwerbstätigkeit von Müttern in Frankreich und Österreich auf nationaler sowie regionaler Ebene prägen, spielen die Ansichten der Bevölkerung diesbezüglich eine bedeutende Rolle. Gesellschaftliche Meinungen beeinflussen soziokulturelle Prägungen in einer nicht zu unterschätzenden Art und Weise. Im empirischen Teil dieser Arbeit geht es deshalb wesentlich um Auffassungen der Bevölkerung zur Erwerbstätigkeit von Müttern, wobei die erklärende und somit unabhängige Variable, die sich aus den Antworten der Aussage „Ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet“ ergibt im Mittelpunkt der Betrachtung steht. Die weitgehende Akzeptanz der Erwerbstätigkeit von Müttern wird dabei, in Anlehnung an die Analysen der Autorinnen PANOVA und BUBER-ENNSER (2016), als liberale Einstellung bzw. als gleichstellungliberale Sicht auf die Erwerbstätigkeit von Müttern interpretiert. In einem weiteren Schritt werden die Auffassungen der Gesellschaft mit Maßzahlen des zweiten demographischen Übergangs in Verbindung gebracht. Diese stellen die abhängigen Variablen für die Analyse dar und sind gleichzeitig auch Teil des SDT-Indizes. Demnach wird die unabhängige Variable zur Einstellung hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern erstens mit der totalen Fertilitätsrate, zweitens mit dem Fertilitätsalter bzw. dem durchschnittlichen Alter der Frau bei Geburt des Kindes, und drittens mit der Unehelichenquote, also dem Anteil der unehelich geborenen Kinder, in Verbindung gebracht. Dieser Zusammenhang wird schließlich auf nationaler und regionaler Ebene für beide Länder untersucht und verglichen. Auf regionaler Ebene kommt es in Österreich zur Analyse des Bundeslandes Steiermark mit der Hauptstadt Graz und in Frankreich wird ein Teil der süd-östlichen Region Okzitanien untersucht, wobei der Stadt Toulouse besonderes Augenmerk zukommt. Im folgenden Kapitel des empirischen Teils werden die Auffassungen zur

Erwerbstätigkeit von Müttern gleichermaßen für Österreich und Frankreich unter der Annahme vorgestellt, dass die Einstellung der Gesellschaft Einfluss auf die Variablen des zweiten demographischen Übergangs hat. Der Index des STD gibt, wie in Kapitel 2.1. erläutert, die Stellung des jeweiligen Landes im demographischen Wandel an. Demnach wird davon ausgegangen, dass eine fortschrittlichere Stellung im zweiten demographischen Übergang die liberalere Auffassung zur Erwerbstätigkeit von Müttern zur Folge hat. Der Zusammenhang wird danach für beide Länder auf nationaler und regionaler Ebene untersucht, wobei in einem letzten Kapitel ein starker Fokus auf die beiden ausgewählten Untersuchungsgebiete auf regionaler Ebene gelegt wird und dabei Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen näher erläutert werden.

6.1. Akzeptanz gegenüber der Erwerbstätigkeit von Müttern

Die Akzeptanz gegenüber der Erwerbstätigkeit von Müttern, die die unabhängige Variable der Regressionsanalyse darstellt, ergibt sich aus den Befragungen des Generations & Gender Programmes, wobei die Antworten auf die folgende Aussage analysiert werden: *„A pre-school child is likely to suffer, if his/her mother works.“* Dabei konnten Frauen und Männer zwischen 18 und 45 Jahren zwischen den folgenden fünf Antwortmöglichkeiten auswählen: *„strongly agree“*, *„agree“*, *„neither agree nor disagree“*, *„disagree“* und *„strongly disagree“*. Für einen besseren Umgang mit den Aussagen wurden die Antworten zunächst so eingeteilt, dass die Möglichkeiten *„stimme sehr zu“* und *„stimme zu“* allgemein als Zustimmung zusammengefasst wurden und sich die Ablehnung der Aussage gleichermaßen aus den beiden Antwortmöglichkeiten *„stimme nicht zu“* und *„stimme überhaupt nicht zu“* ergibt.

Die Ergebnisse zur Aussage *„Ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet“* wurden in einem zweiten Schritt in eine einzige metrische Variable umgewandelt, indem die Anteile der Ablehnung durch die Anteile der Zustimmung dividiert wurden und somit die erklärende Variable *„Gleichstellungsliberale Sicht auf die Erwerbstätigkeit von Müttern“* für die Durchführung einer linearen Regressionsanalyse entsteht. Demnach wurden die Regionen so eingeteilt, dass *„gleichstellungsliberalere“* und *„traditionellere“* Gebiete untersucht werden können, da die Ablehnung der Aussage für eine liberalere Sichtweise steht und die Zustimmung allgemein als traditionell interpretiert wird. Die Werte hinsichtlich der Einteilung zur Aussage *„Ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet“* ergeben sich wie folgt:

gleichstellungsliberal	> 0,75
eher gleichstellungsliberal	> 0,55 bis 0,75
eher traditionell	> 0,33 bis 0,55
traditionell	< 0,33

6.1.1. Einstellungen zur mütterlichen Erwerbstätigkeit in Österreich

In Österreich wurden insgesamt 4924 Personen befragt. 41,3% der Befragten stimmen der Meinung zu, dass ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet, wohingegen 24% weder zustimmen, noch diese Aussage ablehnen und 34,7% nicht damit einverstanden sind. Generell ist der Anteil der Personen mit einer traditionellen Einstellung hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern also höher, als der von Personen mit einer gleichstellungsliberalen Einstellung.

Auf Bundeslandebene können für Österreich interessante Beobachtungen gemacht werden. Das liberalste Bundesland ist Wien, gefolgt von Niederösterreich und dem Burgenland, in letzterem wurden jedoch nur 146 Personen befragt. Im Vergleich dazu waren es in Wien 936 Personen, wobei diese mit nur 32,9% der Aussage zustimmen und 41% der Wienerinnen und Wiener nicht zustimmen. Innerhalb der Bundeshauptstadt kommt es auf Bezirksebene wie erwartet zu folgendem Resultat: Am traditionellsten eingestellt sind jene Personen, die in Favoriten wohnen, demgegenüber steht die liberale Position von Wienerinnen und Wienern, die im siebten Bezirk (Neubau) und in der inneren Stadt leben, wo 71,5% die vorgestellte Aussage ablehnen. Die traditionellsten Bundesländer sind im Gegensatz dazu Vorarlberg, Tirol und die Steiermark, die auch auf NUTS-3 Ebene noch genauer untersucht wird. Der höchste Anteil der Zustimmung ist mit 53% in Tirol zu beobachten. Demnach sind mehr als die Hälfte der Personen zwischen 18 und 45 Jahren in Tirol der Meinung, dass ein Vorschulkind leidet, wenn die Mutter erwerbstätig ist. Nur ein Viertel der Tirolerinnen und Tiroler etwa sind nicht der Auffassung, dass das Kind unter der Erwerbstätigkeit der Mutter leidet. In Vorarlberg fällt der Anteil der gleichstellungsliberaler eingestellten Bevölkerung noch geringer aus und beträgt 20,5%.

Auf großmaßstäbiger Betrachtung können Unterschiede in den Regionen untersucht werden. Demnach sind die gleichstellungsliberalsten NUTS-3 Regionen in Österreich die Bundeshauptstadt Wien, das Wiener Umland Nord und Süd, alle Regionen Oberösterreichs außer das Innviertel, Liezen, die Region Pinzgau-Pongau, das Süd- und Mittelburgenland, und die Regionen der Landeshauptstädte Graz, Innsbruck und Klagenfurt-Villach. Das

Mittelburgenland stellt zwar eine liberale Region dar, über dieses Ergebnis muss jedoch aufgrund der geringen Anzahl an befragten Personen hinweggesehen werden und fällt auch aus den zukünftigen Analysen vollständig heraus. Die traditionellsten Regionen auf NUTS-3 Ebene sind das Tiroler Unterland, Osttirol, der Lungau, sowie die West- und Südsteiermark. In folgender Karte werden die beschriebenen Unterschiede hinsichtlich der Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern auf NUTS-3 Ebene dargestellt. Auffallend ist dabei die teilweise beobachtbare Stadt/Land-Differenzierung in manchen österreichischen Bundesländern und der traditionellere Westen im Gegensatz zur liberaleren Einstellungen im Nord-Osten.

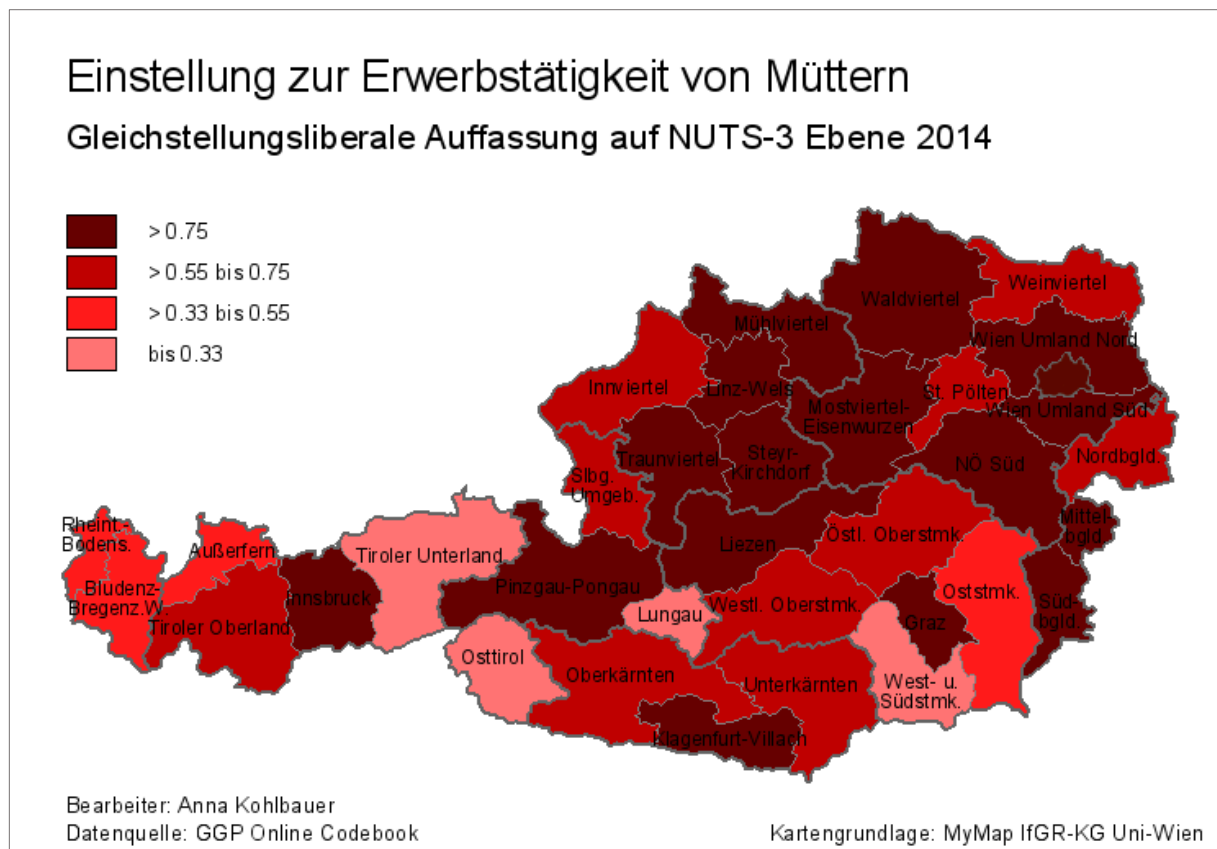


Abbildung 7: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Österreich

(Quelle: eigene Darstellung)

Für das ausgewählte Untersuchungsgebiet der Steiermark werden die Unterschiede auf regionaler Ebene in Abbildung 8 sichtbar gemacht. Die Landeshauptstadt Graz und die Region Liezen stechen dabei insofern heraus, als dass deren Bevölkerung der Erwerbstätigkeit von Müttern positiver gegenüberstehen, als in den übrigen Regionen der Steiermark. Die beiden Regionen Graz und die Östliche Obersteiermark werden nach der OECD-Regionaltypologie als intermediäre Regionen definiert, wobei die anderen vier Regionen in die Kategorie „überwiegend ländlich“ fallen. Intermediäre Regionen werden auch als „stadtnah“ beschrieben und sind somit eher städtische Regionen, wie etwa die Landeshauptstädte Österreichs mit der

Ausnahme von Wien und dem Rheintal-Bodenseegebiet, die zur Kategorie „überwiegend städtisch“ gehören. Die Bevölkerung der südlichen und sehr ländlichen Regionen der Steiermark vertreten zur Erwerbstätigkeit von Müttern eine traditionelle Meinung. Hier kann eine starke Differenzierung zwischen der Stadt und dem ländlichen Umland festgestellt werden, da ein gleichstellungsliberales Gebiet unmittelbar auf sehr traditionelle Sichtweisen trifft. In der West- und Südsteiermark etwa sind 77,3% der befragten Personen der Meinung, dass ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter erwerbstätig ist. Die Gebiete nördlich von Graz befinden sich in der Mitte der Positionierung: Personen aus der Westlichen Obersteiermark und der Östlichen Obersteiermark sind der Erwerbstätigkeit von Müttern eher liberal eingestellt. Im Allgemeinen können Differenzierungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen im ausgewählten Untersuchungsgebiet hinsichtlich der Auffassungen zur mütterlichen Erwerbstätigkeit festgestellt werden. Wenngleich die Steiermark im Hinblick auf den untersuchten Datensatz eines der traditionellsten Bundesländer Österreichs darstellt, sind die Ergebnisse von Graz beinahe ident mit jenen der liberaler eingestellten Wienerinnen und Wiener. Somit müssen neben den nationalen Ergebnissen und jenen auf Ebene der Bundesländer auch immer noch regionale Unterschiede beobachtet werden, um soziokulturelle Prägungen innerhalb Österreichs untersuchen zu können.

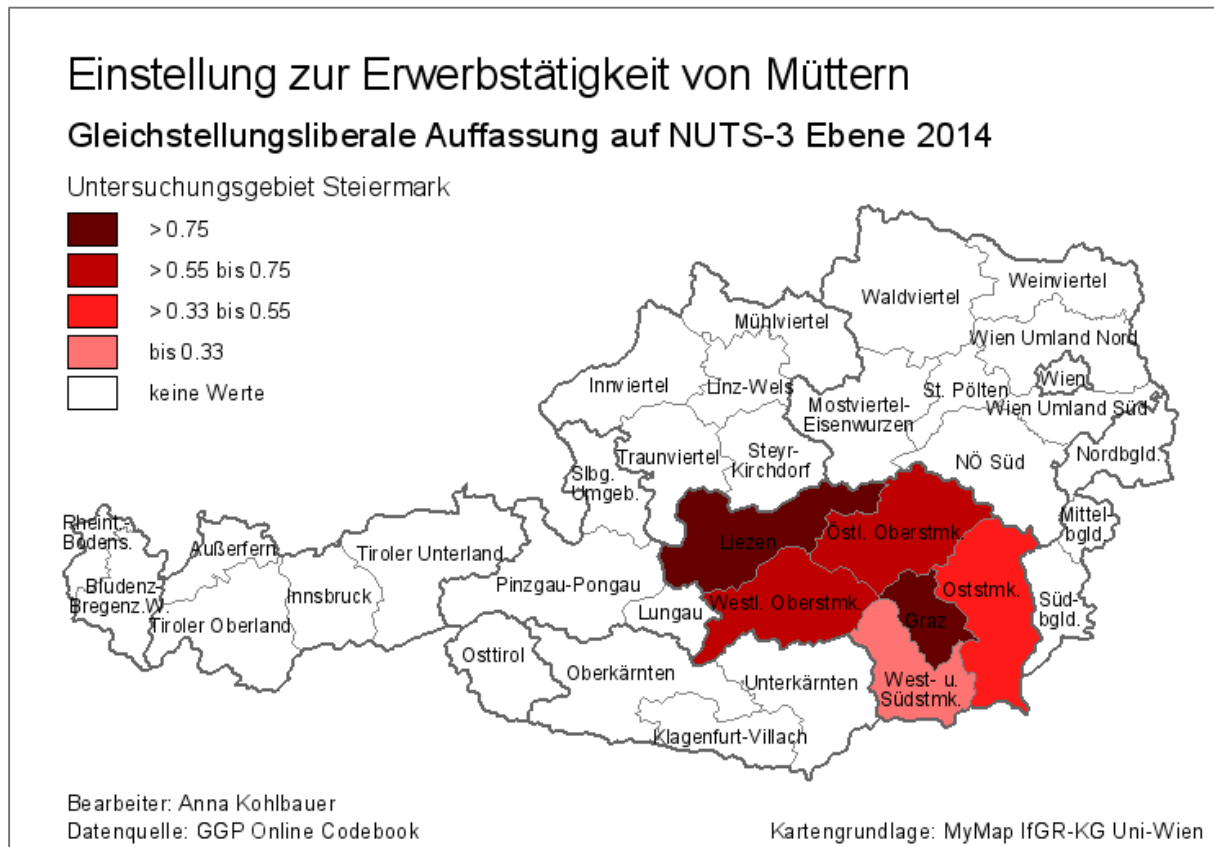


Abbildung 8: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in der Steiermark
(Quelle: eigene Darstellung)

6.1.2. Auffassungen der mütterlichen Erwerbstätigkeit in Frankreich

9965 Französinnen und Franzosen wurden im Laufe der Umfrage des GGPs befragt. 51,3% davon stimmen der Aussage zu, dass ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet. Im Gegensatz dazu lehnen 34,9% diese vollkommen ab, wobei 13,9% eine neutrale Meinung vertreten und diesbezüglich weder positiv noch negativ eingestellt sind. Dementsprechend sind mehr als die Hälfte der französischen Bevölkerung der Meinung, dass die mütterliche Erwerbstätigkeit negative Auswirkungen auf das kindliche Befinden hat. Dieser Wert liegt auf nationaler Ebene viel höher als nach der theoretischen Auseinandersetzung erwartet wurde. Deshalb ist es notwendig, die Ergebnisse auch in Bezug auf regionale Unterschiede zu untersuchen und diese auf NUTS-2 sowie auf NUTS-3 Ebene zu analysieren. Bei den folgenden Analysen geht es nur um Regionen von Metropolitan-Frankreich. Alle Überseedepartements fließen nicht in die Betrachtung der soziokulturellen Prägungen ein.

Für die 22 Regionen Frankreichs, die den österreichischen Bundesländern entsprechen, können die Ergebnisse wie folgt zusammengefasst werden. Die gleichstellungliberalsten Regionen Frankreichs sind nach der Basse-Normandie (Niedernormandie), die Region Île-de-France, die Paris miteinschließt und die Region Poitou-Charentes im zentralen Westen des Landes. In der Basse-Normandie lehnen 42,6% die Aussage ab, dies ist der höchste Anteil der Ablehnung für die französischen Regionen. Die traditionellste Region ist Korsika. Hier finden 63,6% der befragten Personen, dass ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter erwerbstätig ist. Auch in den restlichen südlichen Regionen ist der Anteil der traditionell gestimmten Bevölkerung höher. In der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur etwa liegt die Zustimmung der Aussage bei 59,7%. Auch im östlich gelegenen Elsass sind die befragten Personen traditioneller eingestellt, wenn es um die Erwerbstätigkeit von Müttern geht. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass der Anteil der Zustimmung in allen französischen Regionen höher ist, als der Anteil der Ablehnung. Folglich gibt es auf NUTS-2 Ebene in allen Regionen mehr Personen, die der Erwerbstätigkeit von Müttern negativ gegenüberstehen, als gleichstellungliberal eingestellte Personen, die diese nicht als Nachteil für das Kind empfinden.

Wirft man einen Blick auf die unterschiedlichen Antworten der Befragung auf NUTS-3 Ebene, dann können für die 96 Regionen folgende Aussagen getroffen werden, die in der folgenden Karte in Abbildung 9 graphisch dargestellt werden. Die liberalsten Regionen sind zugleich auch jene, die von der OECD-Regionaltypologie als eher ländlich eingestuft werden. Die restlichen

Regionen in denen die Mehrheit der Bevölkerung ablehnt, dass ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet, sind zum Großteil intermediäre, also stadtnahe Regionen. Man könnte annehmen, dass, ähnlich wie in Österreich, die gleichstellungsliberalsten Regionen auch die am meisten urbanisierten darstellen, allerdings stehen diese der mütterlichen Erwerbstätigkeit insgesamt eher neutral gegenüber. In den überwiegend städtischen Regionen rund um die Hauptstadt Paris ist der Anteil der gleichstellungliberalen Personen meistens etwas geringer, als der Anteil der Personen mit traditioneller Einstellung. Zu den liberalsten Regionen gehören neben dem ländlichen und im Westen gelegenen Vienne und dem ebenso ländlichen und südöstlich gelegenen Departement Hautes-Alpes darüber hinaus die folgenden Departements: Seine-et-Marne, Loir-et-Cher, Calvados, Pyrénées-Atlantiques, Tarn-et-Garonne, Haute-Vienne, Puy-de-Dôme und Corse-du-Sud. Die traditionellsten Departements Frankreichs (Aveyron, Ardèche, Savoie, Cantal, Aude, Vaucluse und Haute-Corse) liegen alle im Südosten des Landes und sind zumeist intermediäre Regionen. Für die beiden Departements Lozère und Alpes-de-Haute-Provence wurden vom GGP keine Daten erhoben, diese Gebiete sind in der Karte weiß hinterlegt.

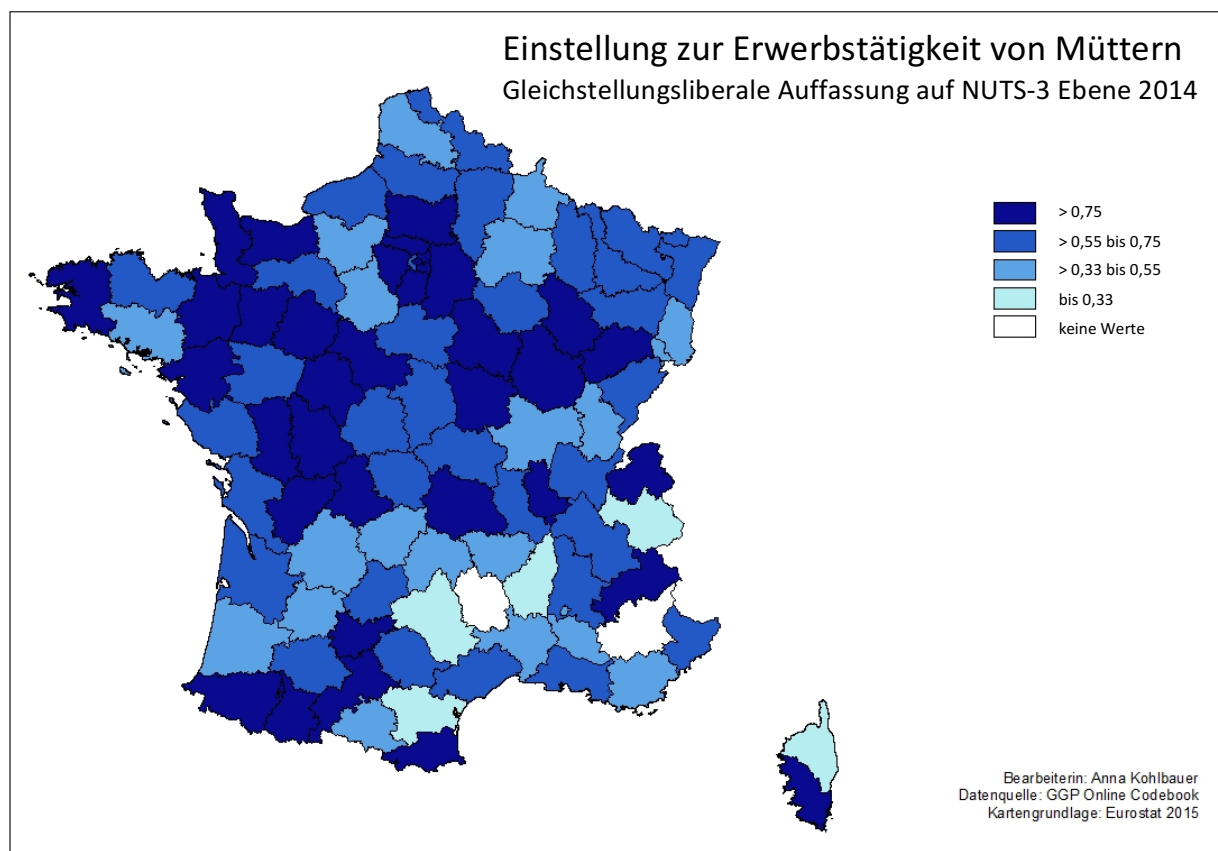


Abbildung 9: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Frankreich
(Quelle: eigene Darstellung)

Für das ausgewählte Untersuchungsgebiet der Region Okzitanien werden unterschiedliche geographische Prägungen hinsichtlich der Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Abbildung 10 dargestellt. Die Region setzt sich aus 13 Departements zusammen, wobei das einzige überwiegend städtische Departement Haute-Garonne mit der Hauptstadt Toulouse ist. Das gleichstellungliberalste Departement ist vor Haute-Garonne das direkt nördlich davon gelegene Tarn-et-Garonne. Demgegenüber steht das traditionellste Departement Aude, das in der Karte hellblau hinterlegt ist. Die übrigen Departements nehmen hinsichtlich der mütterlichen Erwerbstätigkeit eine mittlere Position ein, wobei der Anteil jener Personen, die finden, dass ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet, bis auf eine Ausnahme (Hautes Pyrénées) immer über 50% ist. Demnach kann eigentlich weniger von einer „neutralen“ Position gesprochen werden, da die Meinungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern in der Region insgesamt sehr traditionell ausfallen.

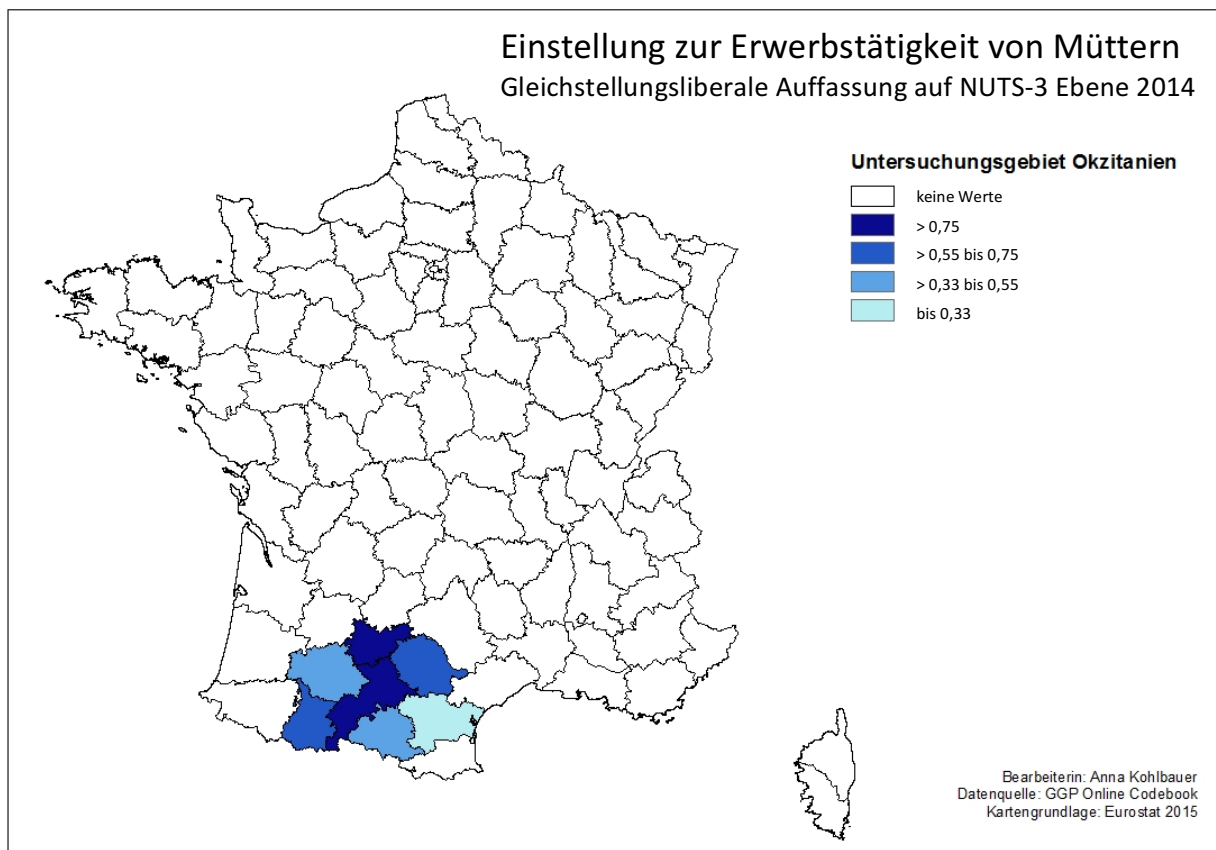


Abbildung 10: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Okzitanien
(Quelle: eigene Darstellung)

6.1.3. Die Ansichten zur mütterlichen Erwerbstätigkeit im nationalen Vergleich

Nimmt man einen Vergleich dieser Ansichten auf nationaler Ebene zwischen Österreich und Frankreich vor, können nachstehende Bemerkungen gemacht werden. Wie man anhand des Diagramms in Abbildung 11 feststellen kann, ist der Anteil der traditionell eingestellten Personen in Frankreich knapp höher als in Österreich. Dies widerspricht teilweise der aus der Literatur entnommenen Inhalte und benötigt einer eigenständigen Erklärung. Mehr als 50% der Französischen und Franzosen glauben, dass die Erwerbstätigkeit der Mutter negative Auswirkungen auf ein Vorschulkind mit sich zieht. Der gleiche Anteil liegt in Österreich nur bei 41%. Darüber hinaus fällt bei der vergleichenden Betrachtung auf, dass der Anteil jener, die eine weder positive noch negative Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern vertreten, in Österreich deutlich höher ist als in Frankreich. Interessanterweise ist der Anteil jener Personen, die der untersuchten Aussage zugestimmt haben in den beiden Ländern genau gleich groß und liegt bei 35%. Demnach kann darauf hingewiesen werden, dass der einzige Unterschied auf nationaler Ebene zwischen Österreich und Frankreich darin liegt, dass in Frankreich 10% der Bevölkerung traditioneller eingestellt sind und derselbe Anteil in Österreich den größeren Bereich der unschlüssigen Bevölkerung ausmacht.

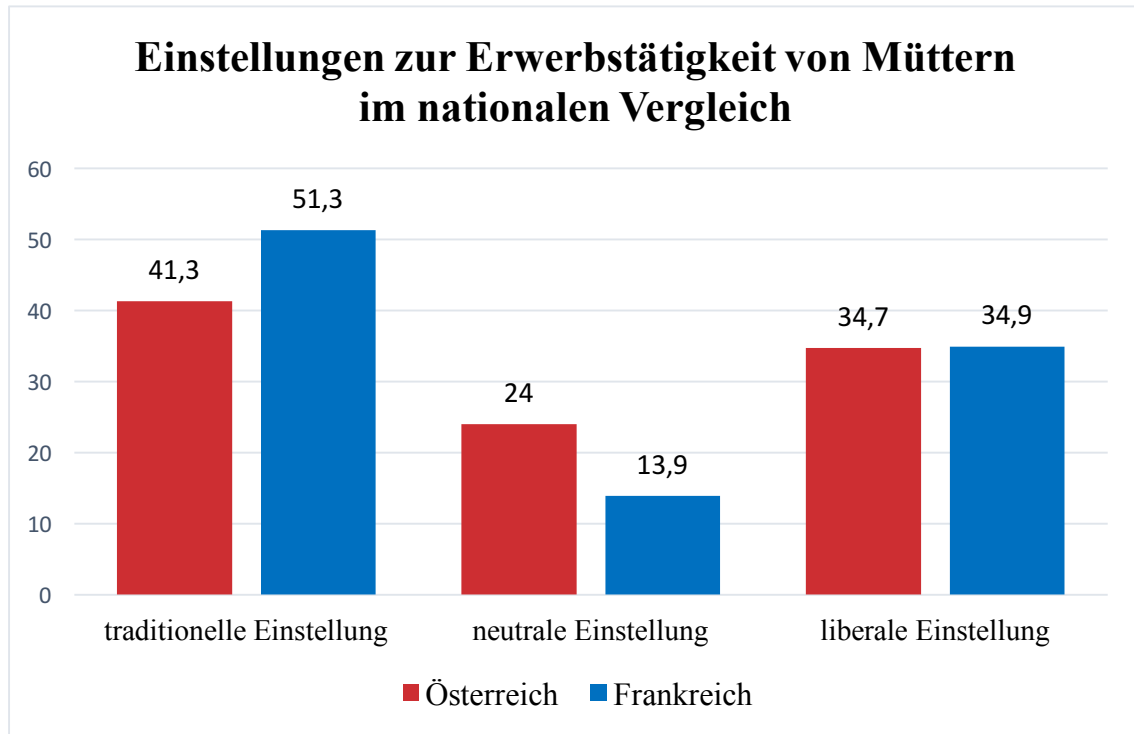


Abbildung 11: Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Österreich und Frankreich

(Quelle: eigene Darstellung)

Überraschenderweise ist die französische Gesellschaft der Erwerbstätigkeit von Müttern gegenüber negativer eingestellt als die österreichische Bevölkerung. Die Auffassungen sind in Frankreich eventuell auch deshalb nicht so liberal, da nur wenige Französinnen teilzeitbeschäftigt sind und die vollzeitige Erwerbstätigkeit natürlich eher belastende Folgen für ein Vorschulkind mit sich bringt. Die Teilzeitbeschäftigung ist, wie bereits in Kapitel 3.3. erwähnt, in Österreich bei Müttern von Vorschulkindern eine sehr häufige und beliebte Wahl der Erwerbstätigkeit. Französinnen haben oftmals keine andere Wahl, als sofort wieder vollständig in ihren Beruf zurückzukehren. Dies bietet eine mögliche Erklärung für das Ergebnis im nationalen Vergleich, da die befragten Französinnen und Franzosen bei der Erwerbstätigkeit von Müttern gleich an eine vollzeitige Beschäftigung denken und sich im Gegensatz dazu Österreicherinnen und Österreicher bei der Befragung vorstellen, dass die Mutter in Teilzeit arbeitet und diese somit nicht so starke Auswirkungen auf das Kind hat. Dass die Mehrheit der Bevölkerung Frankreichs die Meinung vertritt, ein Vorschulkind leide, wenn seine Mutter arbeitet, kann auch dahingehend interpretiert werden, dass ein gesellschaftlicher Bruch in Frankreich in Bezug auf die Mutterschaft spürbar ist. Französinnen kehren immer mehr zu dem Modell zurück, in dem Frauen ihrer Rolle als Mutter mehr Aufmerksamkeit schenken wollen und die Erziehung zuhause immer wichtiger und bewusst befürwortet wird. Viele Französinnen wollen nicht mehr länger dem gesellschaftlichen Druck der arbeitenden Mutter standhalten, obwohl viele Französinnen und Franzosen das „Modell der Halbzeitmutter (...) immer noch unzureichend und damit verwerflich finden.“ (BADINTER 2010: 182) Die französische Gesellschaft versucht „die Mutterrolle wieder aufzuwerten“, dies hat jedoch das „schlechte Gewissen der Mütter“ zur Folge und verursacht erneut eine traditionellere Einstellung hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern. (ebd. 183)

Im Hinblick auf die geographische Betrachtungsweise kann im nationalen Vergleich abschließend darauf hingewiesen werden, dass der Zusammenhang zwischen den Regionaltypen und den Ergebnissen der Befragungen in Frankreich weniger ausgeprägt ist als in Österreich. Österreichische Städte liefern ein deutlich liberaleres Ergebnis als die ländliche Bevölkerung des Landes. Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen sind in Frankreich weniger sichtbar, da die Meinungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern diesbezüglich weniger stark in die eher städtischen, intermediären und eher ländlichen Regionen eingeteilt werden können. In Österreich können Differenzierungen auf regionaler Ebene zwischen den westlichen und östlichen Regionen festgestellt werden, währenddessen in Frankreich Unterschiede stärker zwischen dem Norden und den Süden Frankreichs untersucht werden

können. Im folgendem Unterkapitel geht es nun um die Zusammenhänge dieser Ergebnisse mit den Variablen des zweiten demographischen Übergangs auf nationaler Ebene.

6.2. Zusammenhänge mit den Variablen des zweiten demographischen Übergangs auf nationaler Ebene

Der demographische Übergang ist als Wandel in den Ländern des Westens zu beobachten. Drei Variablen dieses Indizes werden herausgenommen und mit der erklärenden Variable in Zusammenhang gebracht. Demnach würde die vollständige Akzeptanz der Erwerbstätigkeit von Müttern eine Fortschrittlichkeit der Region bedeuten, wobei auch auf die Variablen des zweiten demographischen Übergangs Rücksicht genommen werden muss. Inwiefern dieser Wandel für die beiden untersuchten Länder wirklich ein Maßstab ihrer Fortschrittlichkeit ist, wird im Anschluss erläutert.

Bei der folgenden Regressionsanalyse werden Korrelationen zwischen den einzelnen zu erklärenden Variablen mit der unabhängigen Variable anhand von Streudiagrammen, sogenannten Scatterplots, vorgestellt. Dabei kann die räumliche Verteilung der verschiedenen Werte graphisch dargestellt werden, und das Diagramm bietet einen guten Überblick über mögliche Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Fällen. Die Regressionsgerade ist in den Scatterplots immer rot hinterlegt und stellt jene Gerade dar, die durch die Punktwolke gelegt wird. Die Steigung dieser Geraden kann in weiterer Folge positiv oder negativ sein und zeigt somit an, ob zwischen den Variablen ein positiver Zusammenhang, wenn die Gerade nach rechts oben verläuft, oder ein negativer Zusammenhang, wenn die Gerade nach rechts unten verläuft, besteht. Die Bezugslinien der X- und Y-Achse, die in den Diagrammen schwarz hinterlegt sind, stellen jeweils den nationalen Durchschnitt von Österreich bzw. Frankreich dar, und dienen als Richtwert für die übrigen Regionen. Zuletzt sei noch auf das Bestimmtheitsmaß R^2 hingewiesen, das die „Gesamtgüte eines Regressionsmodells“ misst und den Anteil angibt, der sich durch die jeweilige Regression erklären lässt. (AUFHAUSER et al. 2013: 91)

In diesem Kapitel (6.2.) geht es vorwiegend um die Analyse aller Regionen in Österreich und Frankreich, um einen nationalen Vergleich durchführen zu können. In Kapitel 6.3. stehen Untersuchungen auf regionaler Ebene im Mittelpunkt. Dabei wird jeweils eine Region in den beiden Ländern ausgewählt und die räumliche Verteilung der Zusammenhänge anhand großmaßstäbiger Betrachtung zwischen städtischen und ländlichen Regionen visualisiert.

6.2.1. Die totale Fertilitätsrate

Die unterschiedliche Verteilung hinsichtlich der totalen Fertilitätsrate wurde in Kapitel 4 bereits vorgestellt. Es wird nun nicht mehr wesentlich auf die unterschiedliche Höhe der totalen Fertilitätsrate eingegangen, vielmehr geht es darum, die Zusammenhänge mit der erklärenden Variable darzustellen. Das Streudiagramm in Abbildung 12 zeigt einen negativen Zusammenhang zwischen den beiden Variablen für die NUTS-3 Regionen Österreichs. Demnach kann folgende Aussage getroffen werden: Je gleichstellungsliberaler die Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Österreich ist, desto niedriger ist die totale Fertilitätsrate in denselben Regionen. Oder anders ausgedrückt: In Regionen, in denen der Anteil der traditionell eingestellten Bevölkerung hoch ist, ist auch die Anzahl der Kinder pro Frau höher. Das Bestimmtheitsmaß R^2 beträgt dabei 0,228. Dies bedeutet, dass 23% der Variation der Fertilitätsrate durch das Regressionsmodell erklärt werden kann. Ausnahmen sind etwa die Region Pinzgau-Pongau, die sehr liberal ist und die totale Fertilitätsrate dennoch deutlich über dem Österreichdurchschnitt liegt, oder die West- und Südsteiermark, die im Viertel links unten platziert ist und somit in beiden Fällen einen niedrigen Wert aufweist.

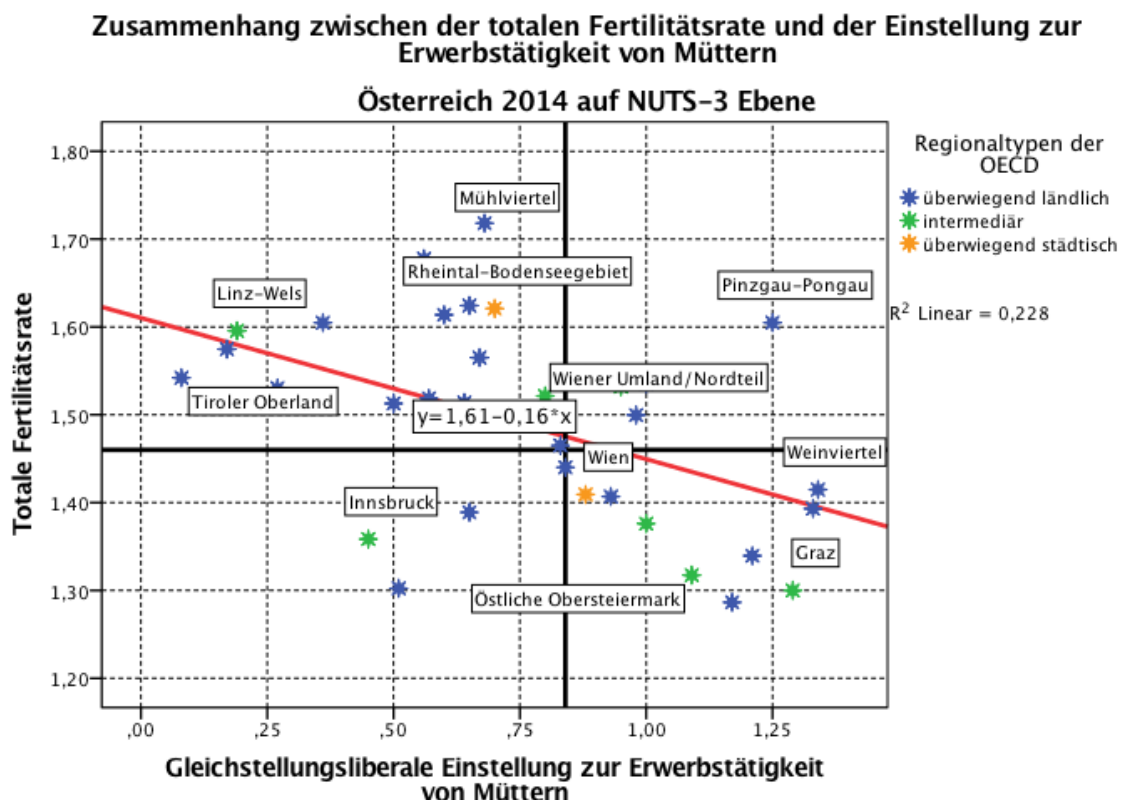


Abbildung 12: Zusammenhang liberale Einstellung und TFR in Österreich
(Quelle: eigene Darstellung)

Im Gegensatz dazu sieht die Situation in Bezug auf dieselben Variablen in Frankreich anders aus. Für die Regionen Frankreichs kann kein Zusammenhang zwischen der totalen Fertilitätsrate als abhängige Variable und der gleichstellungsliberalen Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern getroffen werden. Zum einen wird in Abbildung 13 deutlich, dass die totale Fertilitätsrate in Frankreich wenig streut und sich in allen Regionen rund um den Frankreich-Durchschnitt von 2,00 bewegt. Zum anderen erklärt die Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern nicht die insgesamt hohe Geburtenrate Frankreichs, obwohl Französinen mit einem Vorschulkind in einem hohen Ausmaß in Vollzeit arbeiten.

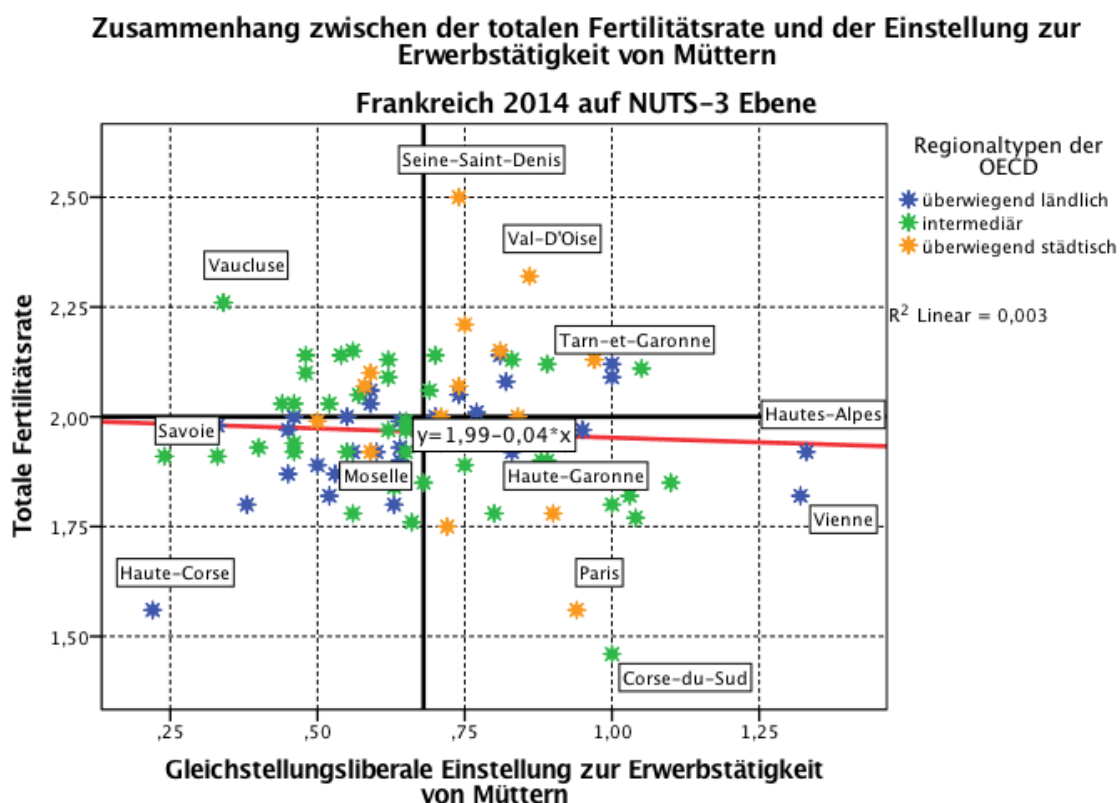


Abbildung 13: Zusammenhang liberale Einstellung und TFR in Frankreich
 (Quelle: eigene Darstellung)

In beiden Ländern wird darüber hinaus deutlich, dass das Ausmaß der totalen Fertilitätsrate nicht nach den Regionaltypen der OECD kategorisiert werden kann. Demnach gibt es keine messbaren Unterschiede zwischen der totalen Fertilitätsrate im ländlichen bzw. im städtischen Raum. In der Theorie zum zweiten demographischen Übergang wird oftmals die liberalere und fortschrittlichere Stellung eines Landes mit einer niedrigeren Fertilitätsrate in Verbindung gebracht. Dieser Zusammenhang kann in den Analysen nur für Österreich hergestellt, und für die Regionen Frankreichs nicht bestätigt werden.

6.2.2. Das durchschnittliche Alter der Frau bei Geburt ihres Kindes

Das durchschnittliche Alter der Frau bei der Geburt ist für Französinen und Österreicherinnen beinahe gleich hoch und liegt bei 30,3 und 30 Jahren. Im nationalen Vergleich kann in diesem Sinne keine fortschrittlichere Stellung für eines der beiden Länder festgestellt werden. Auffallend ist lediglich das höchste Fertilitätsalter in Paris mit 33,5 Jahren. Anhand des Streudiagramms in Abbildung 14 wird deutlich, dass für die Regionen Österreichs kein Zusammenhang zwischen der Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern und dem Fertilitätsalter besteht. Die Regionen sind über das gesamte Diagramm verteilt und es lässt sich keine Wechselbeziehung zwischen den Werten erkennen. Auch hinsichtlich der Regionaltypologie können keine eindeutigen Aussagen getroffen werden. Die Landeshauptstädte weisen zwar ein höheres Fertilitätsalter als der Österreichdurchschnitt von 30 Jahren auf, dennoch ist bei den Werten der Y-Achse eine große Variation insgesamt und somit eine Schwankungsbreite bezüglich des Fertilitätsalters in Österreich erkennbar.

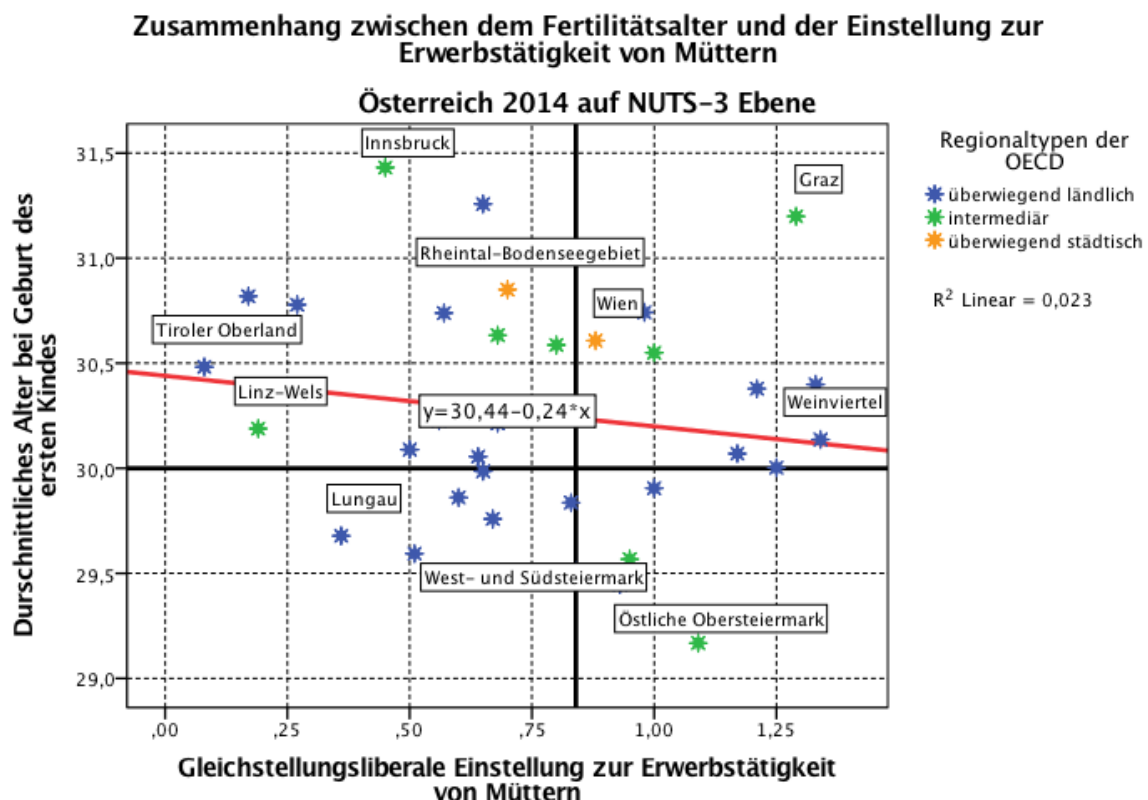


Abbildung 14: Zusammenhang liberale Einstellung und Fertilitätsalter in Österreich
(Quelle: eigene Darstellung)

In Frankreich wird, wie in Abbildung 15 visualisiert, der Zusammenhang der Variablen deutlich in die Regionaltypen eingeteilt. In den Städten ist das Fertilitätsalter am höchsten, demnach bekommen Frauen im städtischen Raum später Kinder. In den überwiegend ländlichen Regionen ist das durchschnittliche Alter der Frau bei Geburt des ersten Kindes niedriger. Die ländlichen Regionen befinden sich in Abbildung 15 ganz unten, währenddessen die städtischen Regionen zumeist über dem Frankreich-Durchschnitt lokalisiert sind. Die intermediären Regionen verhalten sich ähnlich dem Durchschnittswert von Gesamt-Frankreich. In Bezug auf die Korrelation mit der unabhängigen Variable kann ein minimaler positiver Zusammenhang zwischen dem Fertilitätsalter und der Einstellung zur mütterlichen Erwerbstätigkeit festgestellt werden. Je gleichstellungliberaler die Auffassungen der Bevölkerung sind, desto höher ist auch das Fertilitätsalter. Diese Aussage ist jedoch nur bedingt und nicht für alle Regionen gültig. Die ländlichen Regionen Frankreichs, sind zwar insgesamt gesehen im Gegensatz zu den städtischen Regionen des Landes traditioneller eingestellt, dennoch gibt es viele Regionen, die eine Ausnahme darstellen. Viele der ländlichen und städtischen Regionen weisen die gleiche Auffassung hinsichtlich der mütterlichen Erwerbstätigkeit auf, obwohl sie sich in Bezug auf das Fertilitätsalter stark unterscheiden. Der Zusammenhang ist hierbei für die städtischen Regionen klar sichtbar.

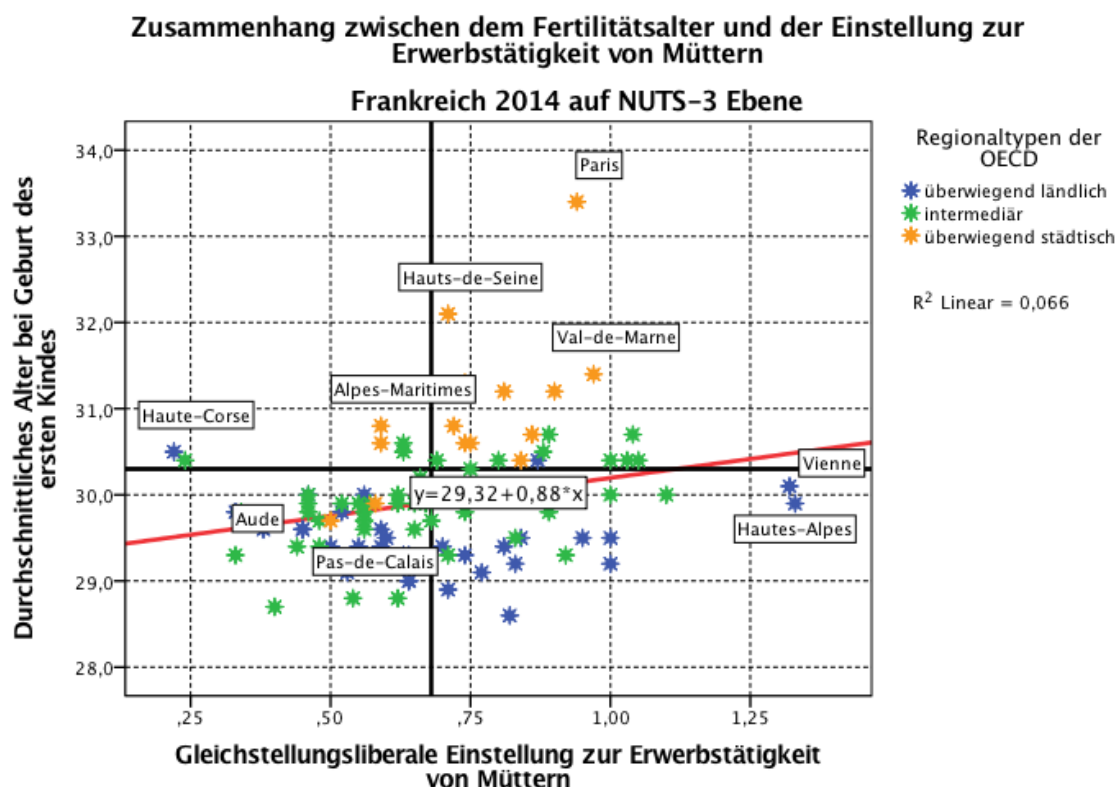


Abbildung 15: Zusammenhang liberale Einstellung und Fertilitätsalter in Frankreich
(Quelle: eigene Darstellung)

6.2.3. Der Prozentsatz der unehelich geborenen Kinder

STOCK et al. (2012: 397) merken an, dass sich bereits in den 1970er Jahren in den europäischen Ländern die „Eheschließung und die Geburt des ersten Kindes zunehmend entkoppelt“ haben. Im nationalen Vergleich gibt es dabei große Unterschiede zwischen der Unehelichenquote in Frankreich (58,5%) und Österreich (41,7%). Betrachtet man alle Regionen in einem Diagramm, kann jedoch für keines der beiden Länder ein wesentlicher Zusammenhang mit der unabhängigen Variable hergestellt werden, dieser ist auf regionaler Ebene in den ausgewählten Gebieten in einem späteren Kapitel viel deutlicher sichtbar. Hohe Raten von unehelich geborenen Kindern findet man in Österreich vor allem im alpinen Raum vor. Hier kommt es zu einer Quote von bis zu 60% in den ländlichen und weniger entwickelten Gebieten im Süden von Österreich und insbesondere in der Steiermark und in Kärnten.

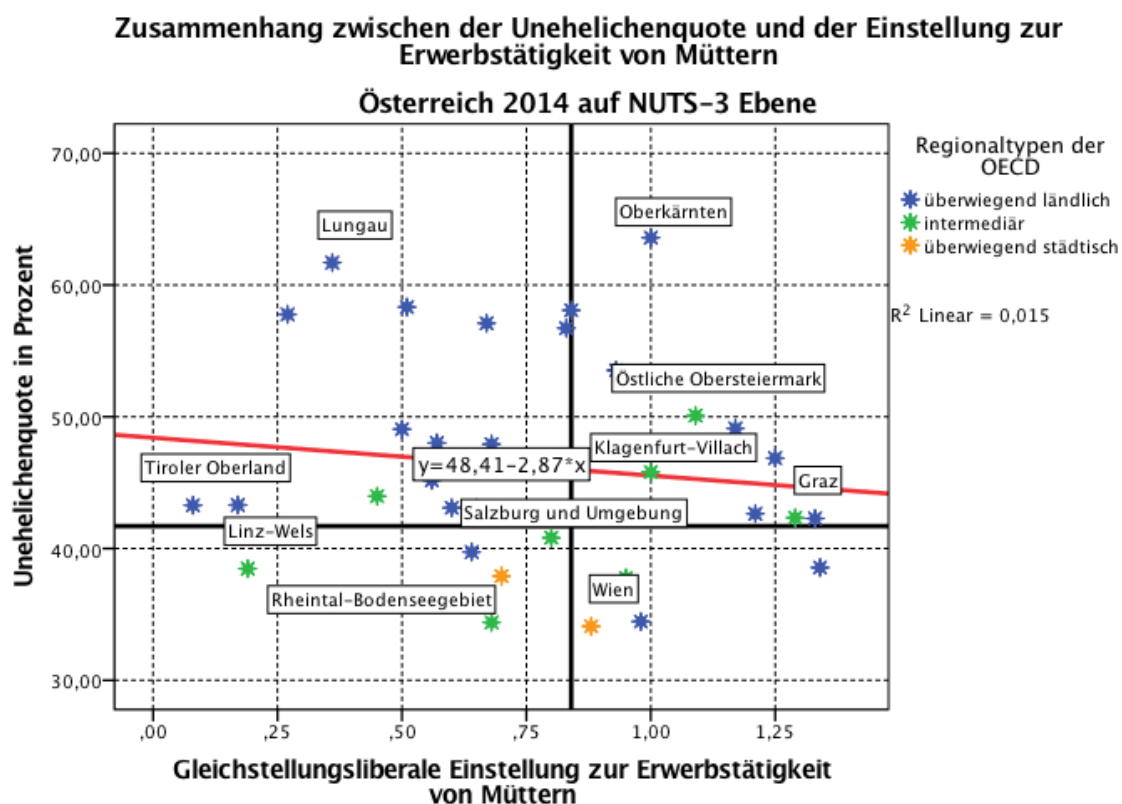


Abbildung 16: Zusammenhang liberale Einstellung und Unehelichenquote in Österreich
(Quelle: eigene Darstellung)

Nicht erwartungsgemäß stellen sich darüber hinaus die Werte in Bezug auf die Regionaltypologie heraus. Die Unehelichenquote ist nämlich sowohl in Frankreich, als auch in Österreich in den überwiegend städtischen Regionen am niedrigsten, wobei der Anteil der

unehelich geborenen Kinder zunehmend mit den intermediären und schließlich überwiegend ländlichen Prägungen der Regionen ansteigt. In Österreich kann nur für einzelne Regionen ein negativer Zusammenhang zwischen der abhängigen und der unabhängigen Variable untersucht werden (siehe Abbildung 16). Je gleichstellungliberaler die Bevölkerung in diesen Regionen bezüglich der Erwerbstätigkeit von Müttern eingestellt ist, desto niedriger ist hier auch der Anteil der unehelich geborenen Kinder. Grundsätzlich ist jedoch in den Regionen Österreichs keine Verbindung zwischen der abhängigen und der unabhängigen Variable erkennbar.

Wie in Abbildung 17 deutlich wird, kann auch für die Regionen Frankreichs kein Zusammenhang zwischen den untersuchten Werten festgestellt werden. Auffallend ist lediglich, dass die Mehrheit der Regionen eine sehr hohe Unehelichenquote von beinahe 70% aufweisen. Der französische Durchschnitt dieser Quote wird folglich von den überwiegend städtischen Regionen Frankreichs auf unter 60% verringert. Die verschiedenen Ausprägungen zwischen den überwiegend städtischen, intermediären und überwiegend ländlichen Gebieten wird jedoch sehr gut zum Ausdruck gebracht, wobei der fehlende Zusammenhang mit der Einstellung zur mütterlichen Erwerbstätigkeit sichtbar wird.

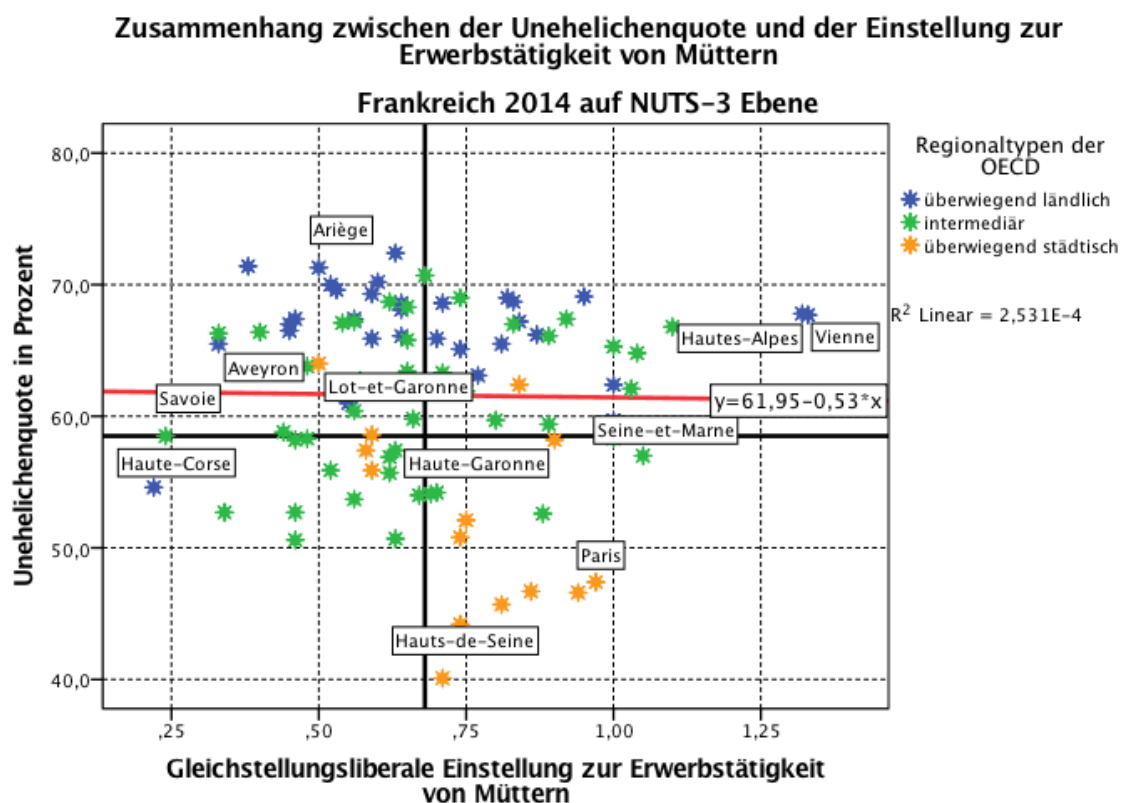


Abbildung 17: Zusammenhang liberale Einstellung und Unehelichenquote in Frankreich
(Quelle: eigene Darstellung)

6.2.4. Vergleich zwischen Österreich und Frankreich auf nationaler Ebene

Im Folgenden wird nun der Vergleich zwischen den nationalen Werten für Österreich und Frankreich durchgeführt. Je gleichstellungliberaler das jeweilige Land ist, desto weniger hoch ist die totale Fertilitätsrate. Die französische Bevölkerung ist gemäß der GGP-Befragung traditioneller hinsichtlich der mütterlichen Erwerbstätigkeit eingestellt und hat demnach auch eine höhere Geburtenrate. Umgekehrt sind die Österreicherinnen und Österreicher gleichstellungliberaler eingestellt und verzeichnen auch eine niedrigere Fertilitätsrate. Je gleichstellungliberaler das jeweilige Land ist, desto höher ist auch das Fertilitätsalter. Dies gilt in Frankreich auch auf regionaler Ebene, währenddessen in Österreich für die Regionen insgesamt keine eindeutigen Aussagen diesbezüglich gemacht werden können. Schließlich gilt für beide Länder: je gleichstellungliberaler die Einstellung ist, desto niedriger ist die Unehelichenquote in Bezug auf den Landesdurchschnitt, wobei die letzte Feststellung nicht mit der theoretischen Auseinandersetzung übereinstimmt. Dabei wird nämlich die höhere Unehelichenquote als ein fortschrittlicheres Ergebnis beschrieben. (vgl. SOBOTKA 2008: 224) Innerhalb der Regionen kann für Frankreich in Hinblick auf den Anteil der unehelich geborenen Kinder keine eindeutige Aussage getroffen werden. Auf nationaler Ebene gilt folglich: Je gleichstellungliberaler das jeweilige Land ist, desto niedriger ist die totale Fertilitätsrate, desto höher ist das Fertilitätsalter, und desto niedriger ist die Unehelichenquote.

Wird diese Formel nun auf nationaler Ebene in Österreich und Frankreich angewendet und als Grad ihrer Fortschrittlichkeit im Sinne des zweiten demographischen Übergangs beschrieben, stellt sich in diesem Fall Österreich fortschrittlicher als Frankreich dar. Diese Aussage gilt jedoch nur, wenn man die niedrige Unehelichenquote wirklich auch als progressiv auslegt. Dieses Ergebnis muss anhand der bereits ausgeführten Interpretationen schließlich mit Bedacht gesehen und kann nicht auf andere Länder übertragen werden. Es zeigt sich einmal mehr, dass der Index des zweiten demographischen Übergangs nicht einfach so im Sinne einer Fortschrittlichkeit interpretiert werden kann, da dieser eine niedrige totale Fertilitätsrate und eine hohe Unehelichenquote als liberal und somit mit einer fortschreitenden Stellung gleichsieht. Die empirische Analyse dieser Diplomarbeit zeigt, dass dies für die beiden ausgewählten Länder nicht zutreffend ist. Im theoretischen Teil ist deutlich ausgeführt worden, dass Frankreich hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern und dem zweiten demographischen Übergang eine fortschrittlichere Stellung als Österreich einnimmt. Inwiefern

diese Analysen nun gegenüber stehen, sollte im folgenden Kapitel noch einmal aufgegriffen und in einem späteren Kapitel noch zu Ende geführt werden.

Im Hinblick auf die zu Beginn vorgestellten Hypothesen, die anhand der theoretischen Auseinandersetzung validiert wurden, muss für den empirischen Teil dieser Diplomarbeit angemerkt werden, dass die erste Hypothese nicht zutreffend ist und auch nicht mit der Empirie übereinstimmt. Diese lautete wie folgt: Wenn die Akzeptanz auf nationaler Ebene höher ist, dann arbeiten Frauen öfter in Vollzeit und bekommen trotzdem mehr Kinder. Die erste Hypothese muss demnach teilweise abgelehnt werden, da die Akzeptanz auf nationaler Ebene in Österreich höher ist, wo Frauen zwar insgesamt mehr arbeiten, jedoch öfter in Teilzeit beschäftigt sind und trotzdem weniger Kinder bekommen. Die hohe Geburtenrate der Französischen und ihr gleichzeitiges Engagement im Beruf lässt sich demnach nicht mit einer positiven Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern erklären. Gleichmaßen ist man der mütterlichen Erwerbstätigkeit in Österreich offensichtlich nicht so negativ eingestellt, die Mutterschaft wird aber dennoch oftmals ohne einer vollständigen Erwerbstätigkeit durchlebt. Folglich werden soziokulturelle Prägungen der beiden untersuchten Länder in den Mittelpunkt gestellt, die die verschiedene Stellung im zweiten demographischen Übergang erklären.

6.3. Vergleich auf regionaler Ebene in Österreich und Frankreich

In diesem Kapitel werden geographische Differenzierungen in Bezug auf die vorgestellten Indikatoren auf regionaler Ebene in Österreich und Frankreich untersucht. Dabei geht es wesentlich um Unterschiede zwischen dem urbanen und ländlichen Raum in den ausgewählten Untersuchungsgebieten des Bundeslandes Steiermark für Österreich und der Region Okzitanien für Frankreich. Inwiefern die Erwerbstätigkeit von Frauen mit zumindest einem Kind in den Regionen akzeptiert wird, wurde bereits in Kapitel 6.2. vorgestellt. Nun werden die verschiedenen Ausprägungen zu den gesellschaftlichen Ansichten den Merkmalen des zweiten demographischen Übergangs gegenübergestellt. Die vorangestellte Hypothese lautete: Wenn die Akzeptanz auf regionaler Ebene höher ist, dann bekommen Frauen weniger Kinder und nehmen eine fortschrittlichere Stellung im zweiten demographischen Übergang ein

In den folgenden Unterkapitel stehen die beiden Untersuchungsgebiete im Mittelpunkt der Betrachtung, wobei in einem abschließenden Teil die Regionen gegenübergestellt werden und die Gültigkeit der zweiten Hypothese dieser Diplomarbeit bestimmt wird.

6.3.1. Steiermark mit der Hauptstadt Graz

Die Steiermark besteht aus sechs NUTS-3 Regionen. Diese werden in diesem Kapitel hinsichtlich der vorgestellten Variablen untersucht. Geographische Differenzierungen werden dabei mit Karten der Region sichtbar gemacht. Grundsätzlich sticht bei allen drei erklärenden Variablen die Landeshauptstadt Graz heraus und zeigt somit Unterschiede zwischen einer städtischen Region und dem umliegenden ländlichen Raum. Abbildung 18 veranschaulicht in einer Karte die Höhe der totalen Fertilitätsrate in den Regionen, wobei deutlich wird, dass diese in der Oststeiermark am höchsten ist und in der Östlichen Obersteiermark, in Graz und in der West- und Südsteiermark am niedrigsten ausfällt. Bei der bivariaten Analyse wird hinsichtlich der totalen Fertilitätsrate mit der unabhängigen Variable zur gleichstellungliberalen Einstellung der fehlende Zusammenhang auf regionaler Ebene erkennbar.

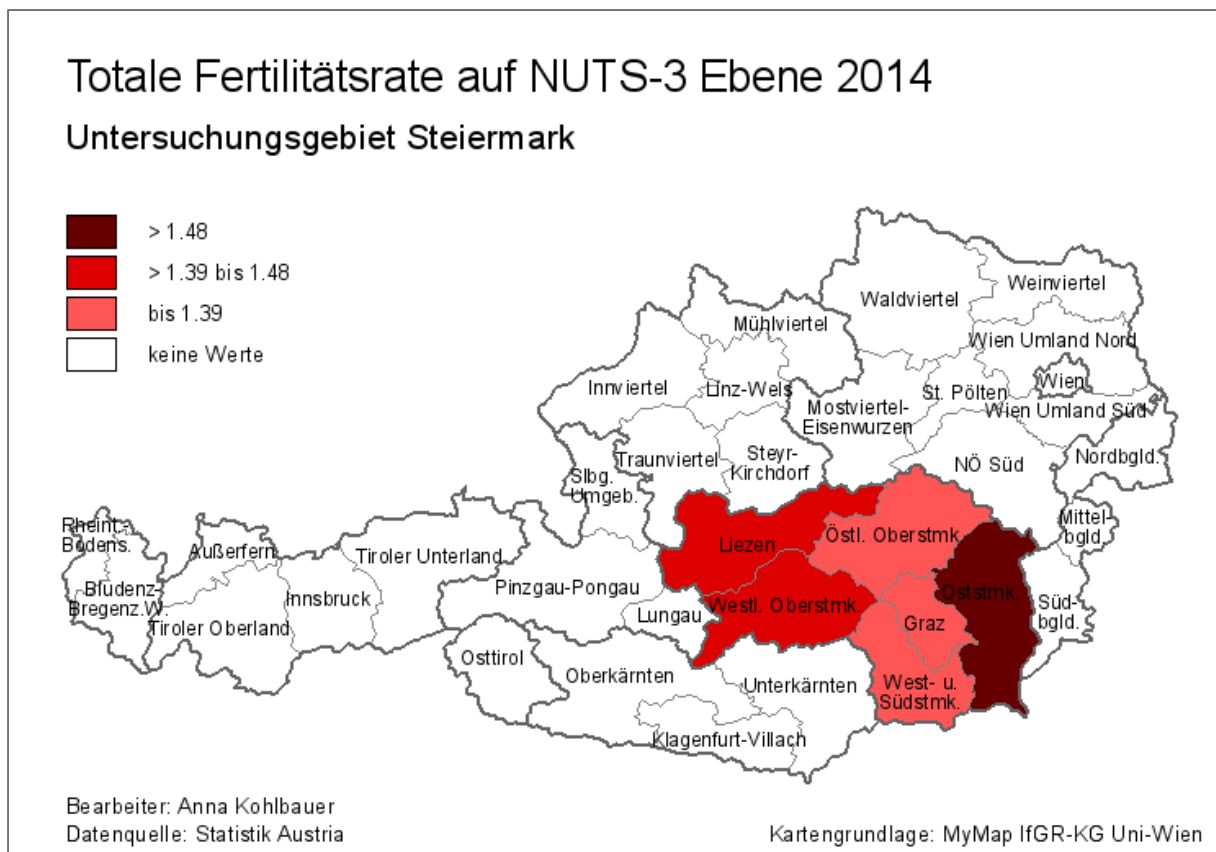


Abbildung 18: Karte der TFR in der Steiermark

(Quelle: eigene Darstellung)

Demzufolge wird auf die Abbildung dieser Verbindung in Form eines Streudiagramms verzichtet, da die Regressionsgerade beinahe waagrecht verläuft und auch das Bestimmtheitsmaß keine brauchbaren Ergebnisse liefert. Zur Erinnerung sollte jedoch noch

einmal betont werden, dass die liberalsten Regionen Graz und Liezen sind und jene des Südens am traditionellsten eingestellt sind.

Für die zweite zentrale und erklärende Variable, die des durchschnittlichen Alters der Frau bei der Geburt ihres ersten Kindes, findet sich ein positiver Zusammenhang mit der Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern. Dieser wird in Abbildung 19 dargestellt. Folglich gilt: je gleichstellungliberaler die Bevölkerung der jeweiligen steirischen Region eingestellt ist, desto höher ist auch das Fertilitätsalter. Das Bestimmtheitsmaß R^2 beträgt hierbei 42%. Nur in Graz liegen beide Werte über dem österreichischen Durchschnitt. Dementsprechend befindet sich diese städtische Region im Diagramm rechts oben. Liezen (grüner Punkt) liegt zwar als einzige Region, was die liberale Einstellung betrifft, über dem Österreich-Wert, befindet sich jedoch hinsichtlich des Fertilitätsalters darunter. Auch in den folgenden Diagrammen sticht Liezen immer wieder etwas heraus und platziert sich oftmals mit dem größten senkrechten Abstand zur Regressionsgerade.

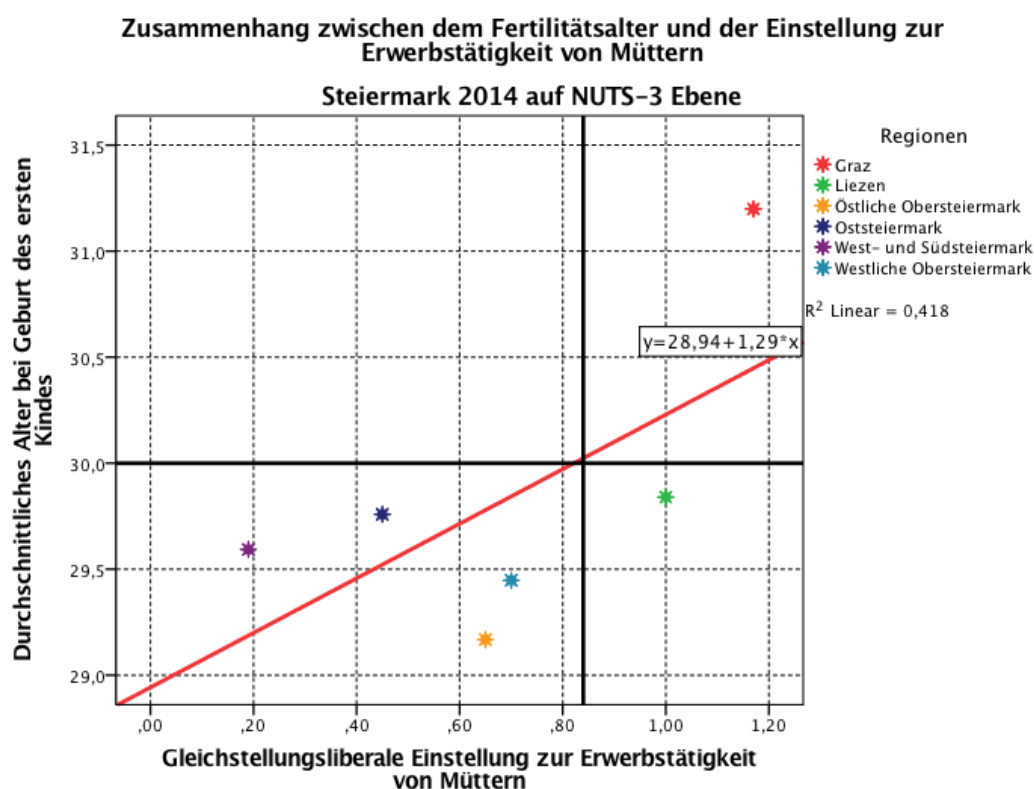


Abbildung 19: Zusammenhang liberale Einstellung und Fertilitätsalter in der Steiermark
(Quelle: eigene Darstellung)

Das AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG (2011b: 9) betont, dass sich Liezen durch einen „industriell-gewerblichen Schwerpunkt“ auszeichnet und sich auch hinsichtlich der Bevölkerungsbewegung stark im Aufbruch befindet. Demzufolge lässt sich die liberalere Haltung in Bezug auf die mütterliche Erwerbstätigkeit insofern erklären, da die Wirtschaft in dieser Region insgesamt eine positive Entwicklung auch infolge des aufstrebenden Tourismus erfährt. (vgl. ebd.) Dieser trägt wesentlich zur Wertschöpfung der Region bei und bewirkt auch ein höheres Beschäftigungsniveau insgesamt. (vgl. ebd. 24)

In der folgenden Karte werden die vorangestellten Inhalte noch einmal sichtbar gemacht. Einmal mehr sticht das hohe Fertilitätsalter in Graz heraus, wobei auch auffallend ist, dass sich die beiden Regionen im Süden gleich wie Liezen verhalten, obwohl diese eine traditionellere Stellung einnehmen und sich auch die totale Fertilitätsrate deutlich unterscheidet. Das niedrigste Fertilitätsalter nehmen die beiden Regionen der westlichen und östlichen Obersteiermark ein, die stark vom Alpenraum eingenommen werden.



Abbildung 20: Karte des durchschnittlichen Fertilitätsalters in der Steiermark
 (Quelle: eigene Darstellung)

Für den letzten Indikator der Analyse auf regionaler Ebene in Österreich können folgende Bemerkungen gemacht werden: Hinsichtlich der Unehelichenquote, die den Anteil der unehelich geborenen Kinder angibt, ist der Zusammenhang mit der gleichstellungsliberalen Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern negativ. Demnach erklärt die Auffassung der Bevölkerung die Unehelichenquote in einer negativen Art und Weise, da diese Quote mit der gleichstellungsliberaleren Einstellung zur mütterlichen Erwerbstätigkeit sinkt. Anders ausgedrückt kann man sagen: je gleichstellungsliberaler die befragten Personen eingestellt sind, desto niedriger ist der Anteil der unehelich geborenen Kinder in der gleichen Region. Auf dieses Paradoxon, das nicht mit den Inhalten der Literatur im Einklang steht, wurde bereits in Kapitel 6.2.4. eingegangen. Das Bestimmtheitsmaß R^2 beträgt hierbei 48%. In Abbildung 21 wird die nach rechts unten sinkende Regressionsgerade in einem Streudiagramm dargestellt. Liezen stellt sich auch in diesem Fall als Ausreißer dar und ist am weitesten von dieser entfernt. Auffallend ist schließlich auch, dass alle Regionen der Steiermark eine höhere Unehelichenquote aufweisen als der Wert in Gesamt-Österreich.

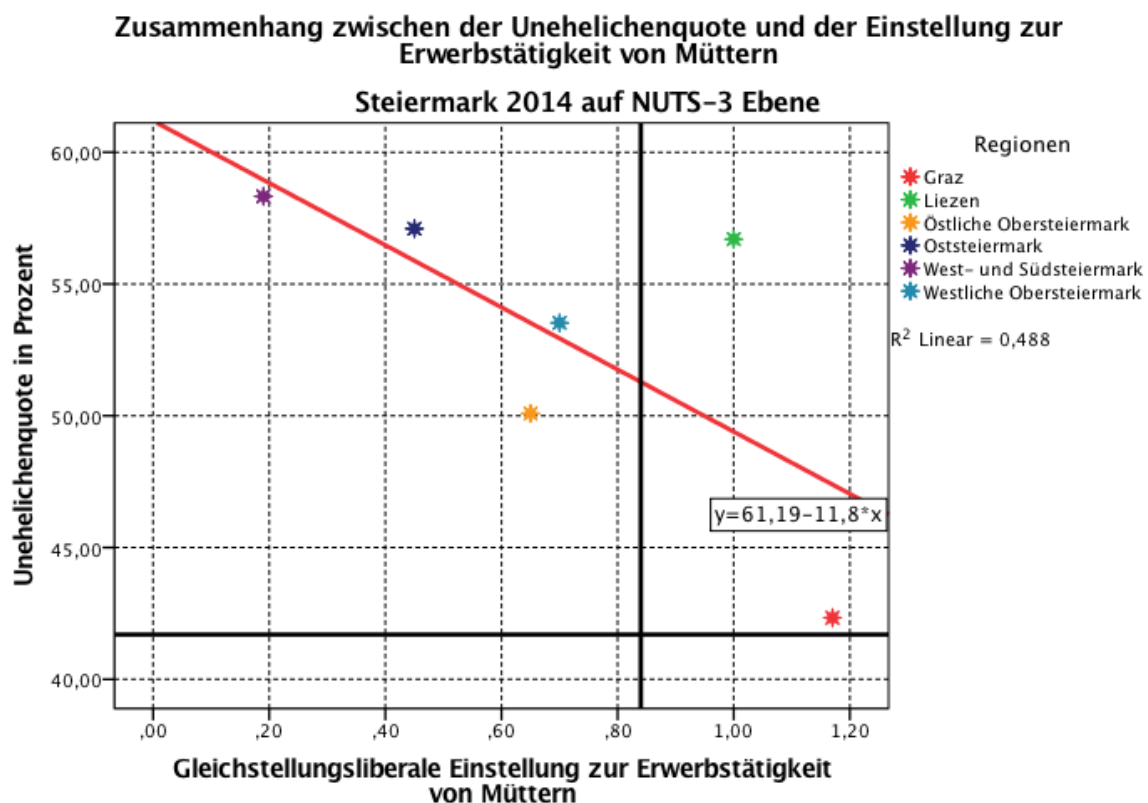


Abbildung 21: Zusammenhang liberale Einstellung und Unehelichenquote in der Steiermark
(Quelle: eigene Darstellung)

In Abbildung 22 wird die Unehelichenquote auf NUTS-3 Ebene für das Untersuchungsgebiet der Steiermark in einer Karte abgebildet. Hier wird einmal mehr der niedrige Anteil der unehelich geborenen Kinder in Graz deutlich, wobei die Quote in Liezen (im Norden) und in den Regionen der Oststeiermark und der West- und Südsteiermark am höchsten ist. Mittelmäßige Werte zwischen 46% und 54% sind in der westlichen und östlichen Obersteiermark zu verzeichnen.

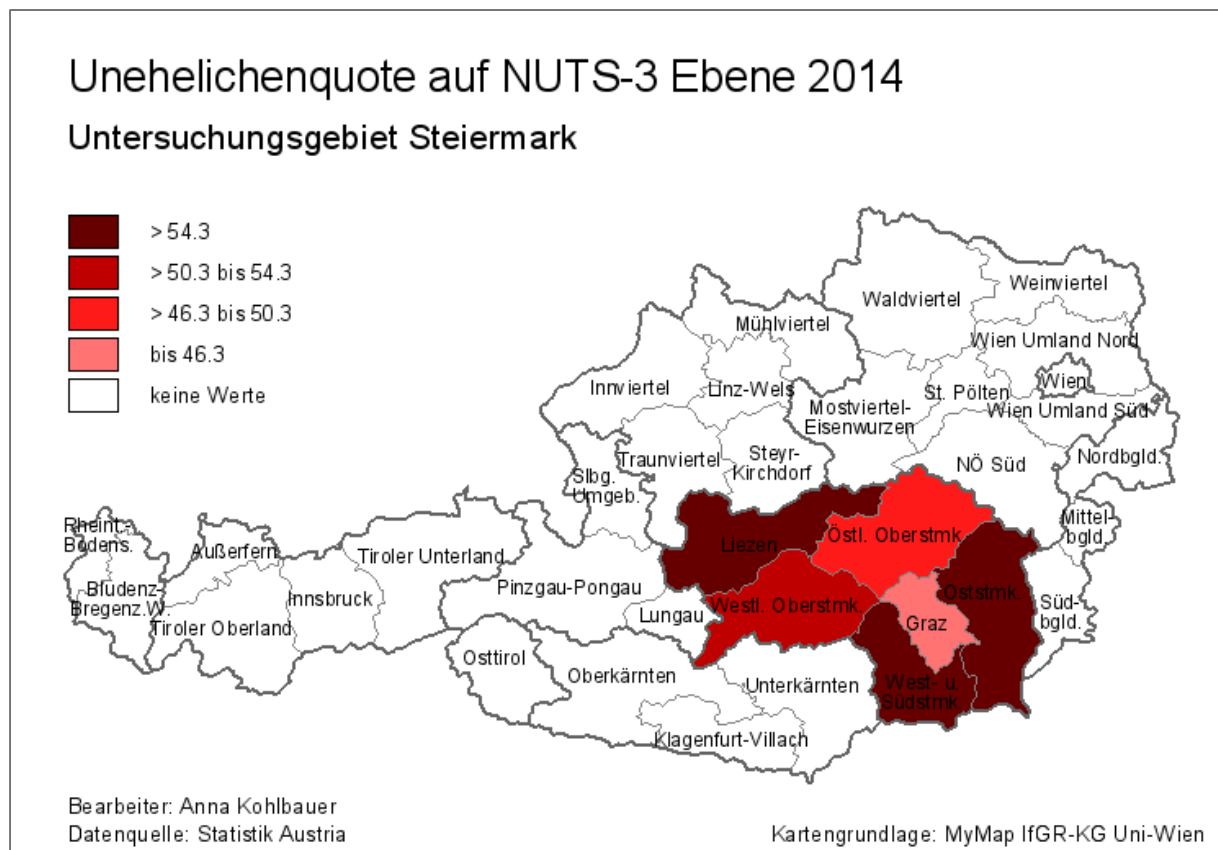


Abbildung 22: Karte der UEQ in der Steiermark

(Quelle: eigene Darstellung)

Abschließend zu den bivariaten Analysen auf regionaler Ebene in Österreich kann zusammenfassend darauf hingewiesen werden, dass Graz als die am meist urbanisierte Region in Bezug auf die Indikatoren zum zweiten demographischen Übergang und auch hinsichtlich der gleichstellungliberalen Auffassung zur Erwerbstätigkeit von Müttern die fortschrittlichste Region der Untersuchung darstellt. Dabei gelten dieselben Aussagen wie auf gesamtösterreichischer Auseinandersetzung in Bezug auf die Ausprägungen der Merkmale, die in Wechselbeziehung zu der gleichstellungliberalen Einstellung der steirischen Bevölkerung stehen. Die Oststeiermark befindet sich hierbei an letzter Stelle und muss anhand der verschiedenen Merkmalsausprägungen als rückständigste Region in Bezug auf die liberale

Haltung zur mütterlichen Erwerbstätigkeit und hinsichtlich des zweiten demographischen Übergangs bewertet werden. Im kommenden Kapitel werden nun die Analysen gleichermaßen für die regionale Ebene in Frankreich im Untersuchungsgebiet Okzitanien durchgeführt.

6.3.2. Okzitanien mit der Hauptstadt Toulouse

Okzitanien ist die südöstlichste Region Frankreichs und setzt sich aus 13 Departements zusammen, wobei das Untersuchungsgebiet auf die sieben Departements rund um die Hauptstadt Toulouse (Departement Haute-Garonne) eingegrenzt wurde. Hinsichtlich des ersten zentralen Merkmals des zweiten demographischen Übergangs lässt sich anhand des Streudiagramms in Abbildung 23 sagen, dass aufgrund der großen senkrechten Abstände der Regionen zur Regressionsgerade kein eindeutiger Zusammenhang dargestellt werden kann. Auch das Bestimmtheitsmaß ist zu niedrig. Die Korrelation zwischen der totalen Fertilitätsrate und der gleichstellungliberalen Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern ist demnach insignifikant positiv. Auffallend ist, dass die beiden liberalsten Regionen (Haute-Garonne und Tarn-et-Garonne) einerseits die niedrigste und andererseits die höchste Fertilitätsrate der Region verzeichnen. Dies ist eine weitere Erklärung für den fehlenden Zusammenhang zwischen den beiden Variablen.

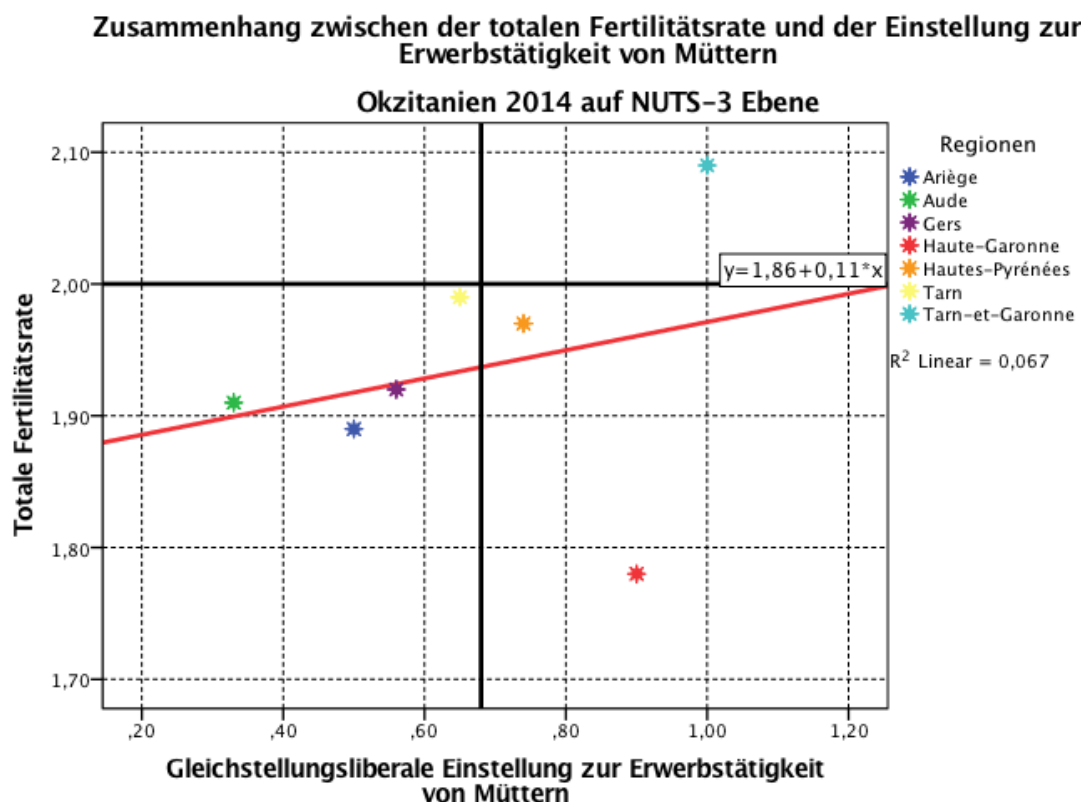


Abbildung 23: Zusammenhang liberale Einstellung und TFR in Okzitanien
(Quelle: eigene Darstellung)

Aude ist am traditionellsten eingestellt, wobei die totale Fertilitätsrate 1,91 Kinder pro Frau beträgt. Schließlich bringt das Streudiagramm zum Ausdruck, dass die TFR aller Regionen, bis auf die Region Tarn-et-Garonne, unter dem französischen Durchschnitt liegen.

Auch wenn kein signifikanter Zusammenhang zwischen der Auffassung zur Erwerbstätigkeit von Müttern und der totale Fertilitätsrate im Untersuchungsgebiet analysiert werden kann, werden regionale Disparitäten der TFR zwischen Toulouse und dem ländlichen Umland in der Karte in Abbildung 24 sichtbar gemacht. Diese ist im städtischen Raum am niedrigsten und hierbei hellblau eingezeichnet. In den anderen umliegenden Departements ist sie um einiges höher, und in Tarn-et-Garonne im Norden am höchsten.

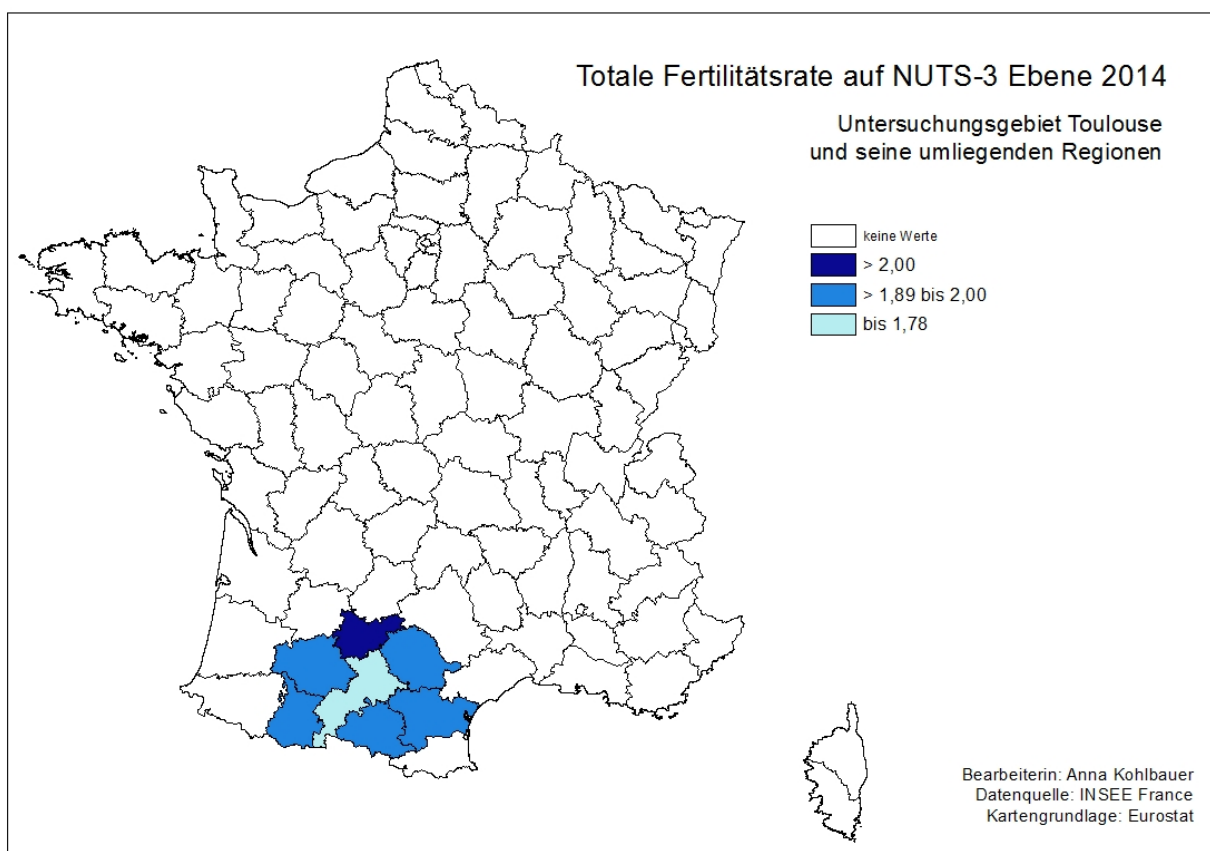


Abbildung 24: Karte der TFR in Okzitanien

(Quelle: eigene Darstellung)

In Bezug auf das zweite Merkmal der Analyse lassen sich ähnlich wie auf nationaler Ebene für alle Regionen Frankreichs Unterschiede hinsichtlich des Fertilitätsalters in den verschiedenen Regionaltypen erkennen. Darüber hinaus kann auch eine Verbindung mit der gesellschaftlichen Auffassung hinsichtlich dem beruflichen Engagement von Müttern in den Regionen hergestellt werden. In Abbildung 25 wird der positive Zusammenhang zwischen den beiden Variablen anhand der steigenden Regressionsgerade visualisiert. Demnach gilt für die ausgewählten

Departements von Okzitanien: Je gleichstellungsliberaler die Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in den Regionen ist, desto höher ist das durchschnittliche Alter der Frau bei Geburt ihres ersten Kindes. Lediglich die einzige überwiegend städtische Region Haute-Garonne befindet sich dabei über dem französischen Durchschnitt. Alle anderen sechs Departements liegen darunter, wobei diese auch intermediäre bzw. überwiegend ländliche Regionen umfassen. Die Steigung bzw. der Zusammenhang dieser Variablen ist hier ähnlich der regionalen Ebene in Österreich, sowie den Regionen insgesamt in den beiden Untersuchungsländern.

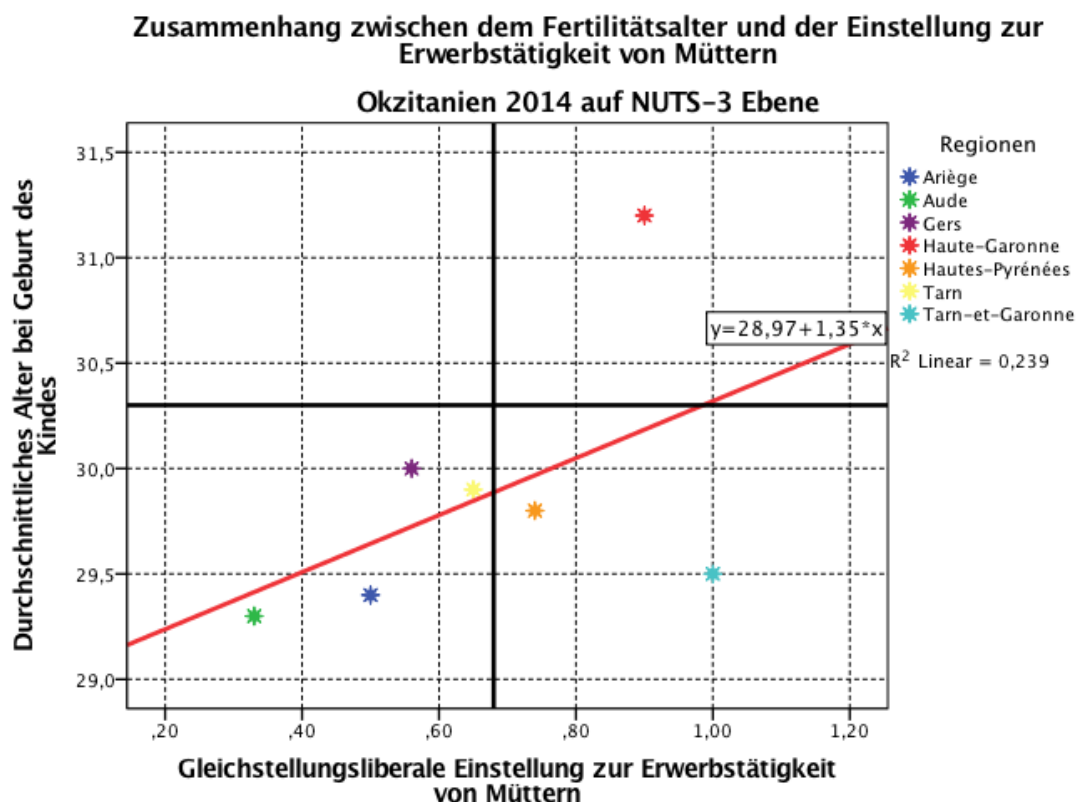


Abbildung 25: Zusammenhang liberale Einstellung und Fertilitätsalter in Okzitanien
(Quelle: eigene Darstellung)

Der bereits erwähnte Unterschied hinsichtlich des Fertilitätsalters in den Departements des Untersuchungsgebietes Okzitanien wird in der folgenden Abbildung deutlich. Dabei sticht vor allem wieder das Departement Haute-Garonne mit der Hauptstadt Toulouse heraus und ist dunkelblau markiert. Die beiden Regionen südöstlich davon Aude und Ariège, sowie das nördlich gelegene Tarn-et-Garonne verzeichnen hierbei das niedrigste Fertilitätsalter. Dies erklärt auch die höhere totale Fertilitätsrate in diesen Departements: Frauen bekommen in diesen ländlichen Regionen nicht nur früher ihre Kinder, sondern insgesamt auch mehr. Dabei muss auch betont werden, dass hinsichtlich der Regionaltypologie zwar Unterschiede zwischen

der überwiegend städtischen Region (Haute-Garonne) und den intermediären bzw. überwiegend ländlichen Regionen analysiert werden, zwischen den beiden letztgenannten Regionaltypen jedoch keine eindeutigen Differenzierungen ermittelt werden können.

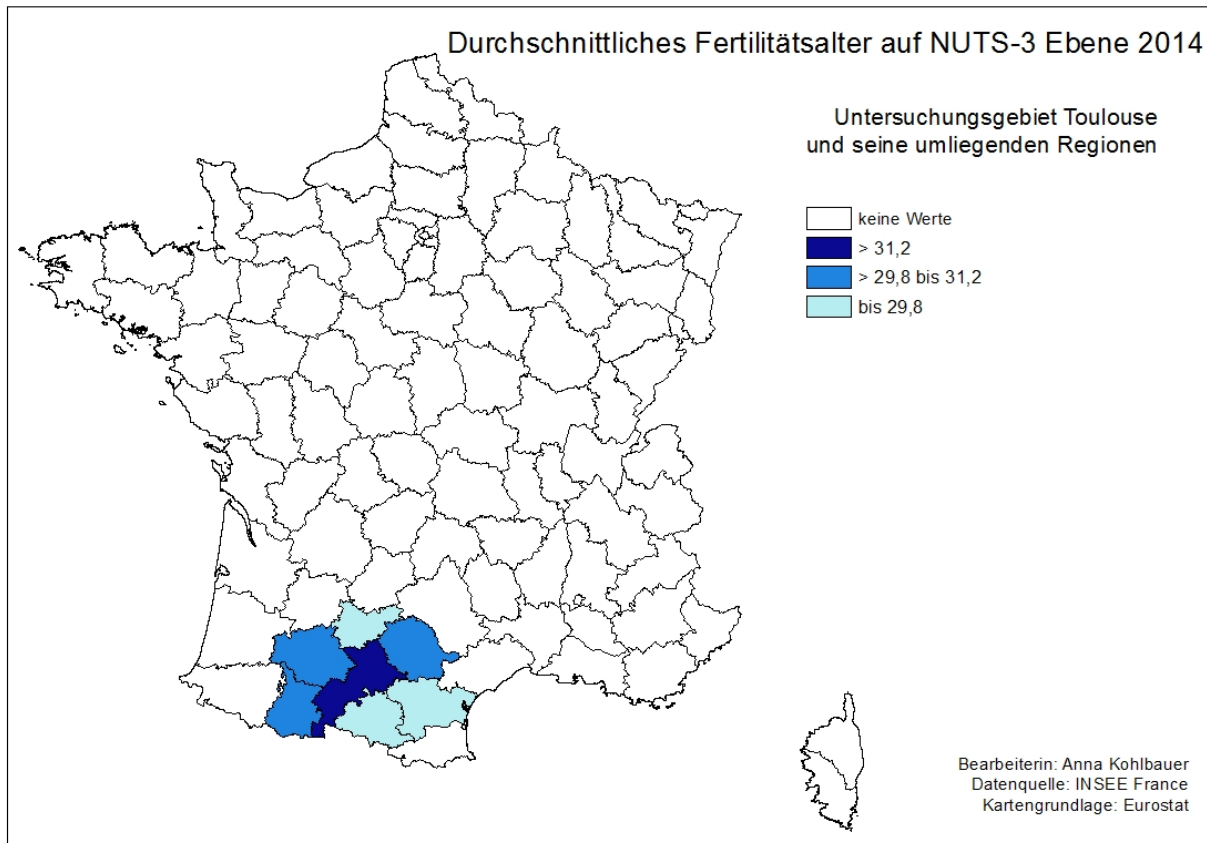


Abbildung 26: Karte des durchschnittlichen Fertilitätsalter in Okzitanien

(Quelle: eigene Darstellung)

Der Zusammenhang zwischen der letzten Variable, dem Anteil der unehelich geborenen Kinder, und der liberalen Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern ist in den französischen Regionen Okzitaniens signifikant negativ. Auffallend ist dabei, dass insgesamt beinahe alle untersuchten Regionen eine höhere Unehelichenquote als der Durchschnitt von Gesamt-Frankreich aufweisen. Dieselbe Beobachtung wurde bereits in Bezug auf das Untersuchungsgebiet in Österreich gemacht. Auch hier zeigt sich wieder, dass in der am meisten urbanisierten Region Haute-Garonne die niedrigste Unehelichenquote identifiziert werden kann. Je gleichstellungliberaler die befragten Personen der jeweiligen Region hinsichtlich der mütterlichen Erwerbstätigkeit eingestellt sind, desto niedriger ist der Anteil der unehelich geborenen Kinder. Umgekehrt ist die Unehelichenquote da höher, wo die französische Bevölkerung traditionellere Meinungen zur beruflichen Beschäftigung von Müttern einnimmt oder diese nur zu einem geringen Anteil akzeptieren kann. Das Bestimmtheitsmaß R^2 liegt hier bei 0,524, das heißt, dass 52% der abhängigen Variable mit den

Werten der unabhängigen Variable erklärt werden können. Diese Ausführungen werden im Scatterplot in Abbildung 27 dargestellt.

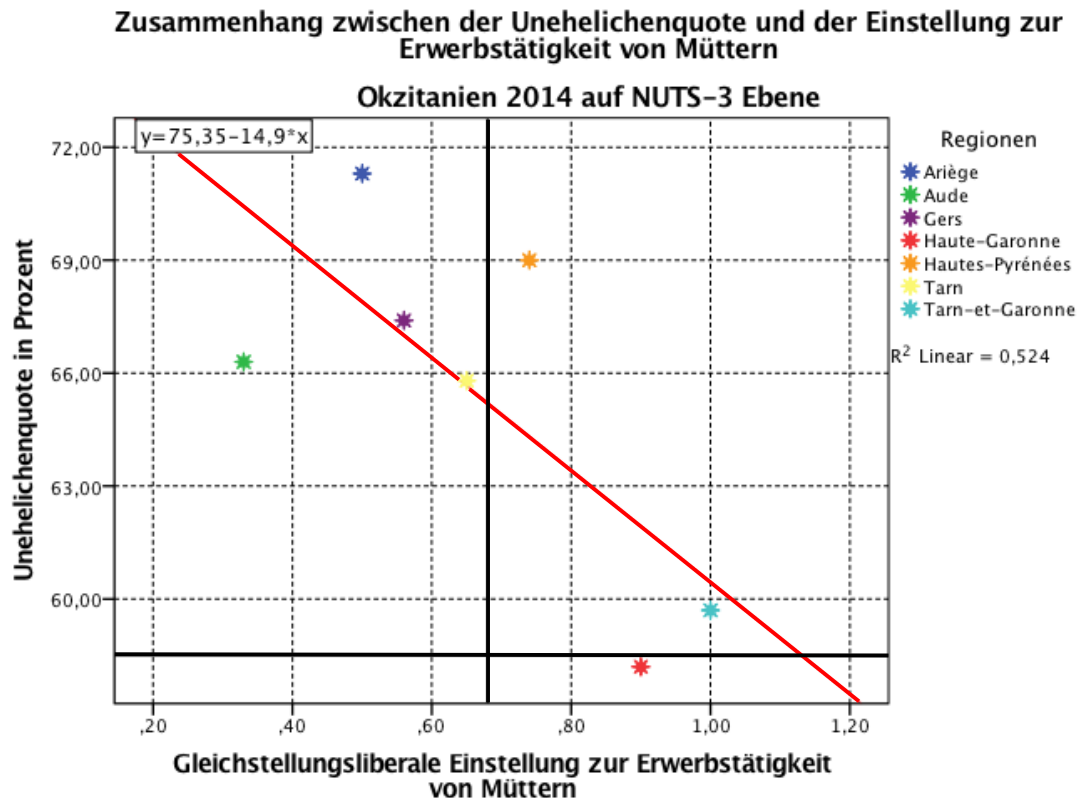
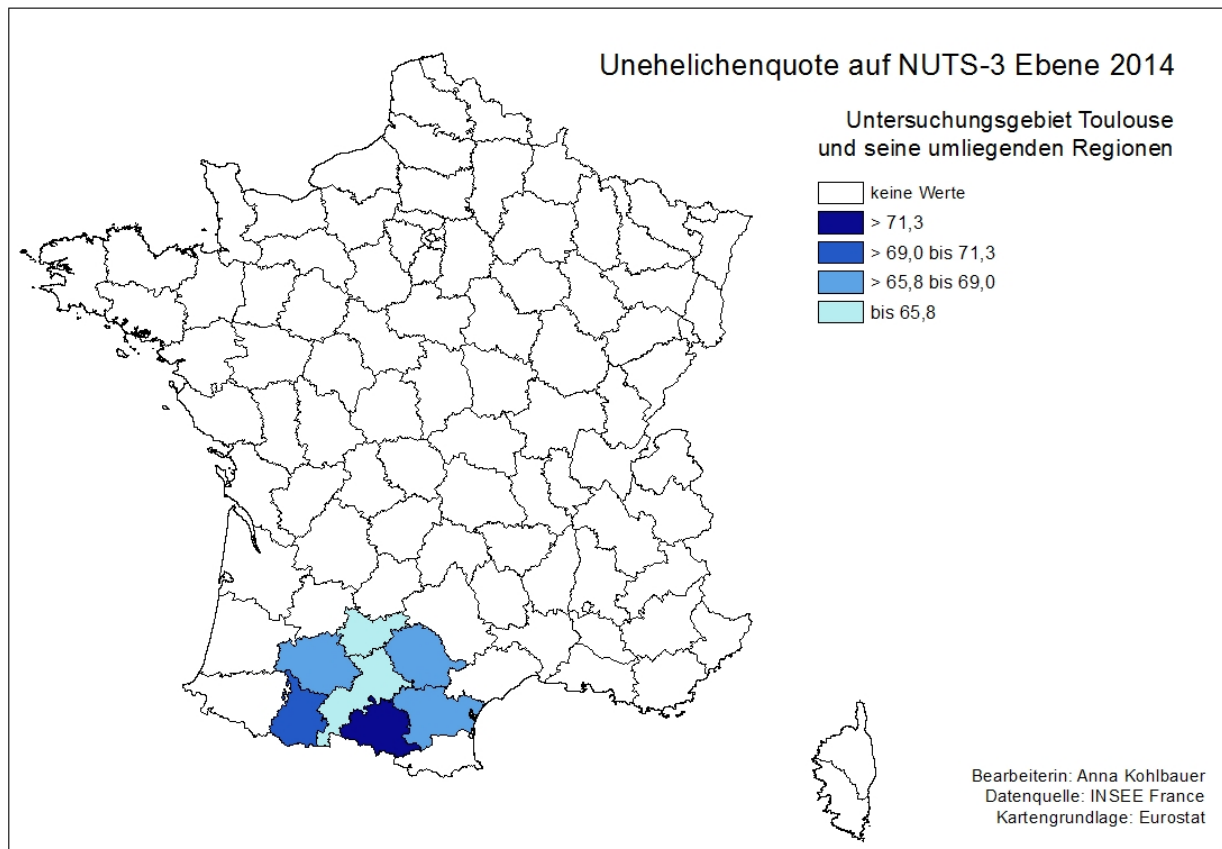


Abbildung 27: Zusammenhang liberale Einstellung und Unehelichenquote in Okzitanien
(Quelle: eigene Darstellung)

In Abbildung 28 wird nun abschließend auch noch die Unehelichenquote auf NUTS-3 Ebene in einer Karte dargestellt. In Haute-Garonne und Tarn-et-Garonne ist die Unehelichenquote wie bereits erwähnt am niedrigsten und folglich hellblau hinterlegt. Tarn-et-Garonne stellt einmal mehr eine Ausnahme in den Analysen auf regionaler Ebene dar. Die Bevölkerung ist hier liberal eingestellt, weist aber dennoch eine hohe totale Fertilitätsrate, ein niedriges Fertilitätsalter und schließlich auch eine niedrige Unehelichenquote auf. Auffallend ist in Abbildung 28 auch, dass die beiden Regionen im Süden, die direkt von den Pyrenäen umgeben sind, eine höhere Unehelichenquote als die restlichen Regionen aufweisen. Dabei zeigt sich eine ähnliche Prägung wie in den Regionen der Steiermark, wo die Unehelichenquote ebenfalls in Alpennähe höher ist. Womöglich sind die ehemalige Agrarstruktur und das abgelegene Gebirge der Pyrenäen ebenfalls ein Indiz dafür, dass die hohe Unehelichenquote ein Relikt bestimmter Strukturen in der früheren Agrargesellschaft darstellt.



*Abbildung 28: Karte der UEQ in Okzitanien
(Quelle: eigene Darstellung)*

Abschließend kann zu den bivariaten Analysen auf regionaler Ebene in Frankreich noch einmal darauf hingewiesen werden, dass hier die fortschrittlichsten Regionen Tarn-et-Garonne und Haute-Garonne sind, wobei diese eine überwiegend städtische und eine überwiegend ländliche Region umfassen. Mit Hilfe der ausgewählten Indikatoren des zweiten demographischen Übergangs und der Ergebnisse der Befragung zur Erwerbstätigkeit von Müttern, kann auch im Sinne des demographischen Wandels darauf hingewiesen werden, dass die Regionen Aude und Ariège am wenigsten weit fortgeschritten sind. Grundsätzlich ist die Einteilung der Ergebnisse in die Regionaltypologie der OECD nicht eindeutig möglich, wobei Haute-Garonne als meist urbanisierte Region immer wieder in den Analysen heraussticht und somit Differenzierungen zwischen der Hauptstadt Toulouse und den umliegenden Regionen untersucht werden können. Demnach kommen die Unterschiede nicht durch den unterschiedlichen Grad der Besiedelung zustande, sondern vielmehr sticht Toulouse dahingehend in der Region heraus, weil sie den zentralen Mittelpunkt der Region darstellt und sich durch den Charakter der Hauptstadt anders verhält als ihre umliegenden Gebiete.

6.3.3. Vergleich der beiden ausgewählten Regionen in Österreich und Frankreich

Die vorgenommenen Analysen haben geographische Differenzierungen auf regionaler Ebene in Österreich und Frankreich veranschaulicht. Hinsichtlich der Untersuchungsgebiete kann für beide Länder gezeigt werden, dass sich jeweils die Hauptstadt der Regionen am fortschrittlichsten und gleichstellungsliberalsten im Gegensatz zu den umliegenden NUTS-3 Regionen verhält. Dabei ist in Österreich generell eine starke Differenzierung zwischen der Stadt und dem ländlichen Raum für alle untersuchten Variablen erkennbar. In Frankreich ist diese Beobachtung nicht so eindeutig und zeigt, dass Toulouse zwar durch den Hauptstadt-Charakter in den Analysen heraussticht, die Ergebnisse zu den einzelnen Indikatoren aber nicht so sehr in die verschiedenen Regionaltypen eingeteilt werden können. Auf regionaler Ebene werden sowohl in der Steiermark, als auch in Okzitanien dieselben Zusammenhänge festgestellt: In beiden Gebieten kommt es zu einem fehlenden Zusammenhang mit der totale Fertilitätsrate, zu einem positiven Zusammenhang mit dem Fertilitätsalter und einem negativen Zusammenhang mit der Unehelichenquote. Deshalb gilt für beide Länder auf regionaler Ebene: je gleichstellungsliberaler die Bevölkerung der jeweiligen Region der mütterlichen Erwerbstätigkeit gegenübersteht, desto höher ist das Fertilitätsalter, und desto niedriger ist der Anteil der unehelich geborenen Kinder. Hinsichtlich der totalen Fertilitätsrate kann kein wesentlicher Zusammenhang hergestellt werden, obwohl diese in den beiden Hauptstädten und somit liberalsten Gebieten am niedrigsten ist. Dabei kommt es aber in beiden Ländern zu Ausnahmen auch im ländlichen Raum.

Die vorgestellte Hypothese „Wenn die Akzeptanz auf regionaler Ebene höher ist, dann bekommen Frauen weniger Kinder und nehmen eine fortschrittlichere Stellung im zweiten demographischen Übergang ein“ kann schließlich für die beiden Städte Graz und Toulouse (Departement Haute-Garonne) bestätigt werden, da die städtische Bevölkerung in beiden Ländern eine gleichstellungsliberalere Auffassung zur mütterlichen Erwerbstätigkeit vertritt und gleichzeitig aber auch weniger Kinder bekommen. Für einige ländlichere Regionen kann aufgrund der unterschiedlichen soziokulturellen Prägungen die Hypothese allerdings nicht bestätigt werden. Diese Regionen verhalten sich oftmals durch die verschiedene Siedlungsstruktur, den Einfluss des Gebirges oder bestimmte Merkmale anders als die restlichen Gebiete. Die gleichstellungsliberalere Einstellung in den Städten, kann hier schließlich auch wieder auf einen besseren Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zurück

geführt werden und steht somit im Einklang mit der theoretischen Auseinandersetzung dieser Diplomarbeit.

7. Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerung

Die vorliegende Forschungsarbeit hat gezeigt, dass geographische Unterschiede auf nationaler Ebene zwischen Österreich und Frankreich, sowie auf regionaler Ebene in den Untersuchungsgebieten hinsichtlich der Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern gegeben sind. Ausgehend von den Ergebnissen der vorgestellten Befragung des Generations & Gender Programmes, können in Bezug auf die abhängigen Variablen verschiedene Wechselbeziehungen untersucht werden. Während den Analysen wurde deutlich, dass die Antworten auf die Aussage „Ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet“ zusätzlich zu den Variablen des zweiten demographischen Übergangs von verschiedenen Faktoren abhängig gemacht werden können.

Erstens, spielen die Gegebenheiten der Kinderbetreuung und Infrastrukturmaßnahmen des Landes eine wesentliche Rolle. Das Beschäftigungsniveau von Frauen mit einem Vorschulkind ist im nationalen Vergleich in Frankreich und im regionalen Vergleich in den städtischen Regionen höher und erklärt wiederum die unterschiedliche Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Die liberaler eingestellte Bevölkerung der Städte findet folglich, dass ein Vorschulkind nicht unter dem beruflichen Engagement der Mutter leidet, da diese im ausreichend ausgebauten Kinderbetreuungssektor gut aufgehoben sind. Sind Möglichkeiten zur institutionellen Betreuung jedoch weniger verbreitet, stellt sich innerhalb der Bevölkerung eine traditionellere Meinung ein, da etwa im ländlichen Raum Einrichtungen zur Kinderbetreuung unzulänglich gegeben sind, und man somit sehr wohl sagen kann, dass ein Kind leidet, wenn die Mutter arbeitet.

Zweitens, müssen auch Differenzierungen der Beschäftigungsstruktur von Müttern berücksichtigt werden. Wie bereits in Kapitel 3.3.2. erläutert, bestehen zwischen Österreich und Frankreich große Unterschiede zwischen den Anteilen der Voll- bzw. Teilzeitarbeit von Müttern. Demnach muss das bei der Befragung herausgekommene Resultat, dass Französisinnen und Franzosen eine traditionellere Einstellung einnehmen, so erklärt werden, da die französische Bevölkerung immerzu von einer vollzeitigen Anstellung ausgeht, währenddessen das Modell der Teilzeitarbeit von Müttern in Österreich vorherrschend ist. Es zeigt sich, dass

die Infrastrukturmaßnahmen in den Regionen einerseits, und die Beschäftigungsstruktur von Müttern in den beiden Ländern andererseits wiederum die Einstellung der Bevölkerung hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern prägen und somit die Ergebnisse unter Berücksichtigung verschiedener soziokultureller Prägungen untersucht werden müssen.

8. Fazit und Ausblick

Auf die in Kapitel 1.2. vorgestellte Fragestellung eingehend, kann abschließend ausgeführt werden, dass sowohl in Frankreich als auch in Österreich innerhalb der nationalen Prägungen regionale Unterschiede vorherrschen, wenn es um die Erwerbstätigkeit von Müttern geht. Ungeachtet davon ist es bezeichnend, dass die theoretische und empirische Auseinandersetzung dieser Diplomarbeit zwei Ergebnisstränge liefern. In einem ersten Schritt wurden unterschiedliche Geschlechterverhältnisse herausgearbeitet. Dabei wurde klar, dass Französinnen trotz ihrer Erwerbstätigkeit dem Kinderkriegen positiv gegenüberstehen. Dies zeigt sich anhand der relativ hohen Vollzeitquoten bei gleichzeitiger Geburtenrate über dem Reproduktionsniveau. Im Gegensatz dazu haben traditionelle Einstellungen hinsichtlich der Mutterschaft in Österreich dominiert und das Hausfrauenmodell stellte lange Zeit das einzig vorherrschende Familienmodell dar. Die vollzeitige Erwerbstätigkeit der französischen Mutter hat sich bereits in der Vergangenheit als selbstverständlich herausgestellt, gleichermaßen hat die französische Regierung immer wieder familienpolitische Maßnahmen geschaffen, die eine Erwerbstätigkeit für Mütter möglich gemacht haben. Dem gegenüber stehen in Österreich sehr wohl auch gleichstellungsliberale familienpolitische Maßnahmen, die jedoch erst später forciert wurden und nun langsam Wirksamkeit zeigen. Die Erwerbstätigkeit von Müttern ist in Österreich durch die teilweise unzureichenden institutionellen Kinderbetreuungsmöglichkeiten dennoch schwieriger zu bewerkstelligen und hat die hohe Teilzeitquote der Österreicherinnen zur Folge. Währenddessen die Mutterschaft in Frankreich durch die frühe Sozialisation von Kindern in der Gesellschaft kulturell anders geprägt ist und dies auch einen maßgeblichen Grund für die hohe Geburtenrate darstellt, bewirkt die Erwerbstätigkeit für Österreicherinnen eine Reduzierung der Kinderzahl und das Aufschieben einer Schwangerschaft, welche später jedoch nicht mehr in dem Ausmaß nachgeholt wird, wie es in Frankreich der Fall ist.

Demgegenüber stehen in einem zweiten Schritt die Beobachtungen des empirischen Teils. Anhand der statistischen Auswertung wurde deutlich, dass die französische Bevölkerung,

mittlerweile eine traditionellere Einstellung hinsichtlich der mütterlichen Erwerbstätigkeit einnimmt, und Österreicherinnen und Österreicher eine gleichstellungsliberalere Haltung diesbezüglich zeigen. Auch wenn die Erwerbstätigkeit von Müttern in Hinblick auf die Wochenarbeitszeit in den beiden Ländern unterschiedlich ausfällt, steht die französische Bevölkerung der mütterlichen Erwerbstätigkeit negativer gegenüber, als man es in Österreich tut, da ein höherer Anteil der Französinen und Franzosen der Aussage zustimmen, dass ein Vorschulkind leidet, wenn seine Mutter arbeitet. In Verbindung mit den Variablen des zweiten demographischen Übergangs kann nun hinsichtlich einer liberaleren Stellung zum Ausdruck gebracht werden, dass die gleichstellungsliberale Haltung unter Berücksichtigung verschiedener nationaler und regionaler Prägungen mit einer fortschrittlicheren Stellung im zweiten demographischen Übergang in Zusammenhang gebracht werden kann. Dies steht nicht immer im Einklang mit den ausgearbeiteten Analysen dieser Arbeit und wirft schließlich die folgende Frage auf: Was bedeutet „Fortschrittlichkeit“ hinsichtlich des zweiten demographischen Übergangs eigentlich? Die verantwortlichen Autoren des Konzeptes beschreiben den Fortschritt mit einer sinkenden Fertilitätsrate, wenngleich Staaten mit moderner und gleichstellungsbewusster Familienpolitik auch eine hohe Kinderanzahl vorweisen. Inwiefern lässt sich hierbei also von Fortschrittlichkeit sprechen? Wäre es nicht eher ein Fortschritt, wenn sich die Fertilitätsrate auf einem hohen Niveau einpendelt, Mütter dennoch ein erfülltes Berufsleben haben können und weniger abhängig von der Mutterschaft insgesamt sind? Wäre der Fortschritt nicht auch in einem Bildungssystem zu messen, das mit ganztägiger Betreuung gegen Segregation in der Gesellschaft und Ungleichheiten verschiedener Bildungsgruppen ankämpft und somit auch die Erwerbstätigkeit von Müttern attraktiver gestaltet? Diesbezügliche Überlegungen könnten womöglich noch weitergeführt werden, eines sollte jedoch am Schluss dieser Diplomarbeit klar werden: Auch wenn geographische Differenzierungen heutzutage nicht mehr so stark beobachtet werden können, wie es etwa noch in den 1990er Jahren der Fall war, existieren dennoch Unterschiede innerhalb verschiedener Staaten und Kulturen auf nationaler sowie regionaler Ebene. Folglich scheint es falsch, nur von einem einzigen demographischen Übergang zu sprechen, den alle Bevölkerungskreise durchlaufen und sich somit ein Ranking der Länder in ihrer Entwicklung ergibt. Es wäre folglich auch falsch zukünftige Entwicklungen positiv oder negativ zu bewerten. Vergleiche zwischen Bevölkerungsgruppen haben immer stattgefunden und werden auch kommende Entwicklungen prägen, dennoch sollte klar werden, dass soziokulturelle Prägungen in jedem Land unterschiedliche Züge annehmen und Fortschrittlichkeit in einem gewissen Maße auch unterschiedlich interpretiert werden muss.

Literaturverzeichnis

AERTS A.T. (2013): La fécondité dans les régions depuis les années 1960. (=INSEE Première 1430).

AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG (Hrsg.) (2011a): Raumplanung Steiermark. Regionsprofil Steirischer Zentralraum. – Wien.

AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG (Hrsg.) (2011b): Raumplanung Steiermark. Die Steiermark im Profil. – Wien.

ANXO D., MENCARINI L., PAILHÉ A., SOLAZ A., TANTURRI M.L. und FLOOD L., (2011): Gender Differences in Time Use over the Life Course in France, Italy, Sweden, and the US. – In: Feminist Economics 17 (3), S. 159-195.

ARBEITERKAMMER (Hrsg.) (2017a): Neue Arbeitszeitmodelle müssen allen etwas bringen!;
online unter:
<https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitszeit/Arbeitszeitmodelle.html>
(8.5.2017).

ARBEITERKAMMER (Hrsg.) (2017b): Kind da, Job weg?; online unter:
https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/familie/Kind_da_Job_weg.html
(8.5.2017).

ARBEITERKAMMER (Hrsg.) (2017c): 21.000 Kinderbetreuungsplätze für Unter-Dreijährige
fehlen.; online unter:
https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/familie/21.000_Kinderbetreuungsplaetze_fehlen.html (10.6.2017).

AUFHAUSER E. und RÖHRLING G. (2013): Einführung in die statistische Datenanalyse für Lehramtsstudierende. Arbeitsmaterialien zur Lehrveranstaltung. Institut für Geographie und Regionalforschung. – Wien.

BAIERL A. und KAINDL M. (2017): Familienleistungen und Kinderbetreuung im internationalen Vergleich. (= OIF Working Paper 88).

BADINTER E. (2010): Der Konflikt. Die Frau und die Mutter. C.H.Beck. – München.

BAS P. (2006): Kinder sind erfolgreicher, wenn die Mutter arbeitet. – In: Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung., 16.2.2006.; online unter: <http://www.faz.net/-gqe-rzow>
(8.5.2017).

BECKER A. (2000): Mutterschaft im Wohlfahrtsstaat. Familienbezogene Sozialpolitik und die Erwerbsintegration von Frauen in Deutschland und Frankreich. Wissenschaftlicher Verlag Berlin. – Berlin.

BERGER A. (2013): Frankreichs erfolgreiche Familienpolitik. – In: Deutsche Welle, 11.6. 2013.; online unter: <http://dw.com/p/18nI2> (8.5.2017).

BIFFL G. (2006): Gender and the Labour Market: Comparing Austria and Japan. – In: WIFO Working Papers 279, S. 1-20.

BLUM S. und KAINDL M. (2014): Bund-Länder-Programm zum Betreuungsausbau. Fallstudien zur Umsetzung in sechs österreichischen Städten. (= Österreichisches Institut für Familienforschung 14).

BROSSÉ-VERBIEST S. und WAGNER N. (2003): Familienpolitik in Frankreich. (=Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung 114).

BUBER-ENNSER I. (2015): Childrearing in Austria: Work and Family Roles. – In: Journal of Research in Gender Studies 5 (2), S.121-146.

BUJARD M. (2011): Geburtenrückgang und Familienpolitik. Ein interdisziplinärer Erklärungsansatz und seine empirische Überprüfung im OECD-Länder-Vergleich 1970-2006. – Heidelberg. (=Wirtschafts-und Sozialpolitik 5).

BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (Hrsg.) (2012): (Keine) Lust auf Kinder?; online unter: www.demografie-portal.de/SharedDocs/Downloads/DE/Studien/BiB_Keine_Lust_auf_Kinder.pdf;jsessionid=4C5F1E08B69A1E806741C36A47EDC03D.1_cid389?_blob=publicationFile&v=1 (6.6.2017).

CALLA C. (2016): #regrettingmotherhood. Das Wort „Rabenmutter“ gibt es auf Französisch nicht. – In: Die Zeit, 6.4.2016.

DARES (2013): Le travail à temps partiel; online unter: <http://dares.travail-emploi.gouv.fr/dares-etudes-et-statistiques/etudes-et-syntheses/synthese-stat-synthese-eval/article/le-travail-a-temps-partiel> (13.6.2017).

DESPLANQUES G. (2011): Les disparités géographiques de fécondité en France. – In: Espace populations société 2011 (3), S. 459-473.

DUDEN (2001): Das Fremdwörterbuch. Bibliographisches Institut und Brockhaus. – Mannheim.

DUDEN (2010): Das Bedeutungswörterbuch. Bibliographisches Institut. – Mannheim.

DUNCAN S. (1995): Theorizing European Gender Systems. – In: Journal of European Social Policy 5 (4), S. 263-284.

DUNCAN S. und EDWARDS R. (2003): State Welfare Regimes, Mothers' Agencies and Gendered Moral Rationalities. – In: KOLLIND K. und PETERSON A. (Hrsg.) Thoughts on Family, Gender, Generation and Class. – Göteborg.

EHMER J., EHRHARDT J. und KOHLI M. (2012): Fertilität in historischer Perspektive. – In: STOCK G., BERTRAM H., FÜRNKRANZ-PRSKAWETZ A., HOLZGREVE W., KOHLI M. und STAUDINGER U.M. (Hrsg.): Zukunft mit Kindern. Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Campus Verlag. – Frankfurt.

ESPING-ANDERSEN G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton University Press. – Great Britain.

ESPING-ANDERSEN G. (2003): Women in the new welfare equilibrium. – In: The European Legacy 8 (5), S. 599-610.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (2009): Die Auswirkungen der demografischen Alterung in der EU bewältigen.; online unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52009DC0180&from=DE> (6.6.2017).

EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (2013): Barcelona-Ziele.; online unter: http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/documents/130531_barcelona_de.pdf (8.5.2017).

EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (2015): Special Eurobarometer 428 „Gender Equality Report“; online unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_428_en.pdf (8.5.2017).

EUROSTAT (2014): EU-SILC survey – Formal childcare by age group and duration.; online unter: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do> (7.6.2017).

EUROSTAT (2015a): Gender pay gap in unadjusted form.; online unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tsdsc340&plugin=1> (8.5.2017).

EUROSTAT (2015b): Employment rate of adults by sex, age groups, educational attainment level, number of children and age of youngest child (%); online unter: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do> (8.5.2017).

EUROSTAT (2015c): Percentage of part-time employment of adults by sex, age groups, number of children and age of youngest child; online unter: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do> (8.5.2017).

EUROSTAT (2016): Main reason for part-time employment – Distributions by sex and age (%); online unter: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do> (10.6.2017).

FAGNANI J. (1990): City size and mothers' labour force participation. – In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 81 (3), S. 182-188.

FAGNANI J. (2002): Why do French women have more children than German women? Family policies and attitudes towards child care outside the home. – In: Community, Work & Family 5(1), S. 103-119.

FAGNANI J. und LETABLIER M. (2002): Die französische Politik der Kleinkindbetreuung in den Fängen der Beschäftigungspolitik. – In: Feministische Studien 20 (2), S. 199-213.

FAGNANI J. und LETABLIER M. (2004): Work and Family Life Balance: the impact of the 35 hour laws in France. – In: Work, employment and society 18 (3), S. 551-572.

FAGNANI J. (2012): Recent reforms in childcare and family policies in France and Germany: What was at stake? – In: Children and Youth Services Review 34 (3), S. 509-516.

FAGNANI J. (2013): Neue Etappe auf dem Weg zur Gleichstellung von Mann und Frau. – In: Perspektive. Friedrich-Ebert-Stiftung. – Paris.

FUCHS S. (2014): Gesellschaft ohne Kinder. Woran die neue Familienpolitik scheitert. Springer. – Wiesbaden.

GENERATIONS AND GENDER PROGRAMME (2009): Number of adults by working status and age of youngest child (Austria / France / 2009 / Female / Less than 6 years); online unter: <http://www.ggp-i.org/data/online-codebook> (8.5.2017).

GAULHOFER K. und WEISER U. (2012): Kinderwunsch: Lieber kinderlos als „Rabenmutter“. – In: Die Presse, 17.12.2012.

GILBERT N. (2008): A Mother's Work. How Feminism, the Market and Policy Shape Family Life. Yale University Press. – New Haven.

HAKIM C. (2000): Work-Lifestyle Choices in the 21st Century. Oxford University Press. – New York.

KNOBLOCH U. (2013): Interview mit der Wirtschaftsphilosophin Dr. Ulrike Knobloch- In: Frauen und Männer: Gleichberechtigt? Philosophisches Themendossier 104 (8), S. 17-19.; auch online unter: <https://www.philosophie.ch/attachment/36/download/TD8> (15.3.2017).

KULAWIK T. (2005): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterregime im internationalen Vergleich.; online unter: [http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/systemvergleich/konomie_und_Sozialpolitik/Wohlfahrtsstaatliche Konzepte Kinderbetreuungskulturen und Geschlechterarrangements in Europa/kulawik.pdf](http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/systemvergleich/konomie_und_Sozialpolitik/Wohlfahrtsstaatliche_Konzepte_Kinderbetreuungskulturen_und_Geschlechterarrangements_in_Europa/kulawik.pdf) (14.6.2017).

KUMMER S. (2006): Das Unbehagen in der Gleichheit. Auswege aus der Gender-Sackgasse. – In: Imago Hominis 13 (2), S. 105-122.

LESTHAEGHE R. (2010): The Unfolding Story of the Second Demographic Transition. (=Population Studies Center Research Report 10 (696)).

LESTHAEGHE R. (2014): The second demographic transition: A concise overview of its development. – In: PNAS 111 (51), S. 18112-18115.

MOSIMANN A. und GIGER N. (2008): Zwischen Parteipolitik und gesellschaftlicher Notwendigkeit. Familienergänzende Kinderbetreuung auf kommunaler Ebene. – In: Soziale Welt 59 (3), S. 227-246.

OECD (Hrsg.) (2015) OECD Economic Surveys: Austria 2015. OECD Publishing. – Paris.

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR FAMILIENFORSCHUNG (Hrsg.) (o.J.a): Die Zielsetzung des GGP.; online unter: <http://www.ggp-austria.at/ziele/> (6.6.2017).

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR FAMILIENFORSCHUNG (Hrsg.) (o.J.b): Die Erhebung – Panelprogramm.; online unter: <http://www.ggp-austria.at/erhebung/> (6.6.2017).

PAILHÉ A. und SOLAZ A. (2006): Employment and childbearing: women bear the burden of the work-family balance. – In: Population and Societies 426, S. 1-4.

PANOVA R. und BUBER-ENNSER I. (2016): Attitudes towards Parental Employment: A Ranking across Europe, in Australia and in Japan. – In: Journal of Research in Gender Studies 6 (2), S. 11-37.

PFAU-EFFINGER B. (1998): Gender cultures and the gender arrangement – a theoretical framework for cross-national gender research. – In: Innovation: The European Journal of Social Science Research 11 (2), S. 147-166.

- PFAU-EFFINGER B. (2004): Socio-historical paths 98ft he male breadwinner model – an explanation of cross-national differences. – In: The British Journal of Sociology 55 (3), S. 377-399.
- PFAU-EFFINGER B. (2005): Culture and Welfare State Policies: Reflections on a Complex Interrelation. – In: Cambridge University Press 34 (1), S. 3-20.
- PRSKAWETZ A., SOBOTKA T., BUBER I., ENGELHARDT H. und GISSER R. (2008): Austria: Persistent low fertility since the mid-1980s. – In: Demographic Research 19 (12), S. 293-360.
- RÉGION LANGUEDOC-ROUSSILLON-MIDI-PYRÉNÉES (Hrsg.) (2017): La Région Occitanie. Pyrénées – Méditerranée.; online unter: www.regionLRMP.fr (8.5.2017).
- RIEDERER B. und BUBER-ENNSER I. (2016): Realisation of fertility intentions in Austria and Hungary: Are Capitals different? (= VID Working Papers 8).
- RILLE-PFEIFFER C. und KAPPELLA O. (2017): Familienpolitik in Österreich: Wirkungsanalyse familienpolitischer Maßnahmen des Bundes. – Opladen, Berlin und Toronto. (=Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Familienforschung 27).
- SALLES A. (2009): Die französische Familienpolitik: ein Erfolgsmodell unter Reformdruck. – In: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg.): DGAP-Analyse Frankreich 6. – Berlin.
- SCHREYÖGG A. (2011): Was begünstigt die berufliche Ungleichheit von Frauen und Männern in Deutschland. – In: Organisationsberatung Supervision Coaching 18, S. 471-478.
- SOBOTKA T. (2008): Overview Chapter 6: The diverse faces 98ft he Second Demographic Transition in Europe. – In: Demographic Research 19 (8), S. 171-224.
- STATISTIK AUSTRIA (2014): Rohe Geburtenrate, Gesamtfertilitätsrate, durchschnittliches Fertilitätsalter und Unehelichenquote nach regionalen Gliederungen.; online unter: http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=103257 (13.6.2017).
- STATISTIK AUSTRIA (2016): Frauen mit Kindern nach Merkmalen der Erwerbstätigkeit (ILO) und Alter des jüngsten Kindes; online unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/familie_und_arbeitsmarkt/080131.html (13.6.2017).

- STOCK G., BERTRAM H., FÜRNKRANZ-PRSKAWETZ A., HOLZGREVE W., KOHLI M. und STAUDINGER U.M. (Hrsg.) (2012): Zukunft mit Kindern. Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Campus Verlag. – Frankfurt.
- TOULEMON L., PAILHÉ A. und ROSSIER C. (2008): France: High and stable fertility. – In: Demographic Research 19 (16), S. 503-556.
- UNITED NATIONS ECONOMIC COMMISSION FOR EUROPE (Hrsg.) (2015): Indicators of Gender Equality. – New York und Genf.
- VAN DE KAA D.J. (1987): Europe's Second Demographic Transition. – Washington D.C. (= Population Bulletin 42 (1)).
- VAN DE KAA, D.J. (1999): Europe and its population: the long view. – In: Van de Kaa D.J., Leridon H., Gesano G. und Okolski M., European Populations: Unity in Diversity, Dordrecht etc., Kluwer Academic Publishers., S. 1-49.
- VAN DE KAA D. J. (2002): The Idea of a Second Demographic Transition in Industrialized Countries. Paper presented at the Sixth Welfare Policy Seminar 99ft he National Institute of Population an Social Security, Tokyo, Japan, 29.1. 2002.
- WALBY S. (1999): The European Union and equal opportunities. – In: European Societies 1 (1), S. 59-80.
- WUNDERLICH H. (2014): Familienpolitik vor Ort. Strukturen, Akteure und Interaktionen auf kommunaler Ebene. Springer VS. – Wiesbaden.
- ZIEFLE A. (2009): Familienpolitik als Determinante weiblicher Lebensverläufe? VS Verlag für Sozialwissenschaften. – Wiesbaden.
- ZULEHNER P. M. und STEINMAIR-PÖSEL P. (2014): Gleichstellung in der Sackgasse? Frauen, Männer und die erschöpfte Familie von heute. Styria premium. – Wien u.a.

Anhang

Die Regionaltypologie der OECD nach NUTS-3 Regionen in Österreich und Frankreich

ÖSTERREICH
Mittelburgenland
Nordburgenland
Südburgenland
Mostviertel-Eisenwurzen
Niederösterreich-Süd
Sankt Pölten
Waldviertel
Weinviertel
Wiener Umland/Nordteil
Wiener Umland/Südteil
Wien
Klagenfurt-Villach
Oberkärnten
Unterkärnten
Graz
Liezen
Östliche Obersteiermark
Oststeiermark
West- und Südsteiermark
Westliche Obersteiermark
Innviertel
Linz-Wels
Mühlviertel
Steyr-Kirchdorf
Traunviertel
Lungau
Pinzgau-Pongau
Salzburg und Umgebung
Außerfern
Innsbruck
Osttirol
Tiroler Oberland
Tiroler Unterland
Bludenz-Bregenzer Wald
Rheintal-Bodenseegebiet

Predominantly urban (PU)	Überwiegend städtisch
Intermediate (IN)	Intermediär
Predominantly rural (PR)	Überwiegend ländlich

FRANKREICH
Paris
Seine-et-Marne
Yvelines
Essonne
Hauts-de-Seine
Seine-Saint-Denis
Val-de-Marne
Val-D'Oise
Ardennes
Aube
Marne
Haute-Marne
Aisne
Oise
Somme
Eure
Seine-Maritime
Cher
Eure-et-Loir
Indre
Indre-et-Loire
Loir-et-Cher
Loiret
Calvados
Manche
Orne
Côte-d'Or
Nièvre
Saône-et-Loire
Yonne
Nord
Pas-de-Calais

Meurthe-et-Moselle
Meuse
Moselle
Vosges
Bas-Rhin
Haut-Rhin
Doubs
Jura (FR)
Haute-Saône
Territoire de Belfort
Loire-Atlantique
Maine-et-Loire
Mayenne
Sarthe
Vendée
Côtes-d'Amor
Finistère
Ille-et-Vilaine
Morbihan
Charente
Charente-Maritime
Deux-Sèvres
Vienne
Dordogne
Gironde
Landes
Lot-et-Garonne
Pyrénées-Atlantiques
Ariège
Aveyron
Haute-Garonne
Gers
Lot

Hautes-Pyrénées
Tarn
Tarn-et-Garonne
Corrèze
Creuse
Haute-Vienne
Ain
Ardèche
Drôme
Isère
Loire
Rhône
Savoie
Haute-Savoie
Allier
Cantal
Haute-Loire
Puy-de-Dôme
Aude
Gard
Hérault
Lozère
Pyrénées-Orientales
Alpes-de-Haute-Provence
Hautes-Alpes
Alpes-Maritimes
Bouches-du-Rhône
Var
Vaucluse
Corse-du-Sud
Haute-Corse

